

## Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

Im aktuellen Stabilitätsprogramm wird zunächst für das Jahr 2013 eine Erhöhung des strukturellen Budgetdefizits auf 1,8% des BIP und erst in den Folgejahren eine Rückführung auf 0,4% des BIP (2017) ausgewiesen. Dieser Verlauf des strukturellen Budgetdefizits im Jahr 2013 und der Folgejahre könnte durch den Basiseffekt des Jahres 2012 etwas überzeichnet sein.

Die **Ausgabenquote** steigt ausgehend von 51,2% des BIP im Jahr 2012 auf Basis des aktuellen Stabilitätsprogramms 2013 infolge der anhaltend schwachen Konjunktur auf 51,3% des BIP an. Die ausgewiesene Rückführung der Ausgabenquote auf 48,6% des BIP bis zum Jahr 2017 spiegelt die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen gemäß Loipersdorf und der beiden Stabilitätsgesetze wider. Die jährliche budgetäre Entlastung auf der Ausgabenseite gegenüber dem Jahr 2011 liegt in Summe zwischen 0,3% des BIP (2012) und 1,8% des BIP (2016). Den Konsolidierungsmaßnahmen stehen auch „Offensivmaßnahmen“ gegenüber, die Zusatzausgaben gegenüber 2011 in der Größenordnung von 0,1% des BIP (2012) und zwischen 0,2% und 0,3% des BIP p. a. in den Jahren 2013 bis 2016 nach sich ziehen. Insgesamt wird gemäß Stabilitätsprogramm für die Jahre 2012 bis 2017 von einem **durchschnittlichen Zuwachs der Ausgaben** von 2,4% p. a. ausgegangen, der klar unter jenem des nominellen BIP von 3,5% liegt.

Die **Einnahmenquote** erhöht sich im Jahr 2013 auf 48,9% des BIP (2012: 48,7% des BIP) und verharnt während des verbleibenden Geltungszeitraums des Stabilitätsprogramms bei 48,8% des BIP. Beim Anstieg 2013 kommt die Abgeltungssteuer Schweiz (1,0 Mrd EUR) zum Tragen. Die budgetwirksamen Mehreinnahmen gegenüber dem Jahr 2011 aus dem Loipersdorf-Paket und den beiden Stabilitätsgesetzen belaufen sich im Jahr 2012 auf 0,5% des BIP bzw. über 0,8% des BIP in den Folgejahren. Insgesamt wird gemäß Stabilitätsprogramm ein **durchschnittliches Einnahmenwachstum** von 3,5% p. a. unterstellt.

### 7.2.3 Gesamtstaatlicher Verschuldungspfad 2012 bis 2017

**Tabelle 33: Bestimmungsgründe der Veränderung der Schuldenquote des Staates 2012 bis 2017**

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Schuldenquote in % des BIP</b>	<b>73,4</b>	<b>73,6</b>	<b>73,0</b>	<b>71,3</b>	<b>69,3</b>	<b>67,0</b>
<b>Veränderung der Schuldenquote</b>	<b>+0,9</b>	<b>+0,2</b>	<b>-0,6</b>	<b>-1,8</b>	<b>-1,9</b>	<b>-2,3</b>
davon: Beitrag <sup>1)</sup>						
des primären Saldo <sup>2)</sup>	-0,1	-0,3	-1,1	-1,9	-2,4	-2,7
der Zinszahlungen des Staates	+2,6	+2,6	+2,6	+2,5	+2,5	+2,4
des nominellen BIP-Wachstums	-2,2	-2,1	-2,6	-2,6	-2,5	-2,3
des Stock-Flow-Adjustment	+0,6	+0,0	+0,5	+0,3	+0,4	+0,3

1) - = reduziert (+ = erhöht) die Schuldenquote.

2) - = Primärüberschuss.

Quelle: BMF; österreichisches Stabilitätsprogramm vom April 2013.

Die **Verschuldungsquote** Österreichs erhöhte sich 2012 **abermals durch** das Budgetdefizit und schulderhöhende Sondereffekte auf Bundesebene (**Beiträge zum EFSF und ESM**) und lag Ende 2012 mit 73,4% des BIP deutlich über der Verschuldungsobergrenze von 60% des BIP. Nach einem geringen Anstieg der Verschuldungsquote im Jahr 2013 (73,6% des BIP) setzt ab dem Jahr 2014 laut aktuellem Stabilitätsprogramm eine Rückführung auf 67,0% des BIP bis zum Jahr 2017 ein.<sup>133</sup>

Für die Entwicklung der Verschuldungsquote sind mehrere **Einzelkomponenten** maßgeblich (Tabelle 33): Während im Jahr 2012 hohe Stock-Flow-Adjustments (insbesondere infolge der Dotierung

<sup>133</sup> Bei der Entwicklung der Verschuldungsquote sind die Beiträge Österreichs im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement der Eurozone enthalten, die gemäß Stabilitätsprogramm vom April 2012 max. 3,0% des BIP (2014) erreichen.

## Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

des ESM und weiterer Hilfsmaßnahmen für Griechenland über die EFSF) und ein relativ geringes nominelles Wirtschaftswachstum den Anstieg der Verschuldungsquote erklären, wirken ab dem Jahr 2013 die Primärüberschüsse, die Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen und das gegenwärtig äußerst niedrige Marktzinsniveau zunehmend quotensenkend.

### 7.3 Fiskalposition Österreichs unter Anwendung der neuen Fiskalregeln der EU

Das **mittelfristige Budgetziel Österreichs (MTO)** wird durch die Einführung der **Schuldenbremse** mit einem strukturellen Budgetdefizit (konjunkturbereinigt und ohne einmalige Maßnahmen) von maximal 0,45% des BIP definiert. Damit steht die nationale Zielsetzung mit der EU-Vorgabe auf der Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Code of Conduct im Einklang, wonach – in Abhängigkeit von der Höhe der Staatsverschuldung und des Potenzialwachstums – ein strukturelles Budgetdefizit für Österreich von bis zu 0,5% des BIP zulässig ist. Zudem verpflichtete sich Österreich durch den fiskalpolitischen Pakt, eine Obergrenze für das strukturelle Budgetdefizit des Gesamtstaates von maximal 0,5% des BIP in nationalem Recht zu verankern. Dem wurde mit Inkrafttreten des Österreichischen Stabilitätspakts 2012 (per 1.1.2012) entsprochen. Im Jahr 2012 lag der strukturelle Budgetsaldo laut aktuellem Stabilitätsprogramm bei –1,4% des BIP.

Unter Anwendung der **neuen fiskalpolitischen Vorgaben der EU** (Näheres in Abschnitt 3.1.1) zeigt sich im Vergleich zu den Anpassungspfaden gemäß aktuellem Österreichischen Stabilitätsprogramm Folgendes:

- Für die erforderliche **strukturelle fiskalische Anpassung** Österreichs zur Erreichung des MTO gelten in den **Jahren 2011 bis 2013** die **Vorgaben des ÜD-Verfahrens** (Ratsempfehlung, Dezember 2009) in Höhe von **durchschnittlich ¼ Prozent des BIP pro Jahr**. Die Einhaltung des Anpassungspfades ist gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) anhand der „**effektiven**“ strukturellen Anpassung („effective action“) zu beurteilen, die in diesem Zeitraum mit durchschnittlich **1,0% des BIP p. a.** den Vorgaben entsprach. Die effektive strukturelle Anpassung setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:
  - **Strukturelle Anpassung gemäß Stabilitätsprogramm** von durchschnittlich 0,5% des BIP p. a. zwischen 2011 und 2013.
  - „**Korrekturfaktor**“ von 0,5% des BIP p. a., der die Revisionen des Potenzialwachstums bereinigen soll.<sup>134</sup> Damit wird jenem Umstand Rechnung getragen, dass zum Zeitpunkt der Ratsempfehlung von einem höheren durchschnittlichen Potenzialwachstum für die Anpassungsperiode 2011 bis 2013 ausgegangen wurde, als sich auf Basis der aktuellen EK-Berechnungen (Mai 2013) ergab.
- In den Folgejahren (ab 2014) muss – so lange das nationale MTO nicht erreicht wird – die **strukturelle Defizitquote jährlich um durchschnittlich 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die Anpassung zu beschleunigen. Daraus ergibt sich für Österreich eine erforderliche durchschnittliche strukturelle Anpassung von **über 0,5% des BIP p. a.** (gute konjunkturelle Rahmenbedingungen laut aktuellem Stabilitätsprogramm ab 2015). Ausgehend von einem strukturellen Budgetsaldo von –1,8% des BIP im Jahr 2013 liegt die durchschnittliche jährliche Reduktion in den Jahren 2014 bis 2017 gemäß Stabilitätsprogramm bei 0,3% des BIP, bis im Jahr 2017 ein strukturelles Budgetdefizit von 0,4% des BIP und das MTO erreicht werden. Demzufolge erfüllt die vorgesehene strukturelle Anpassung Österreichs ab dem Jahr 2014 die EU-Vorgaben nicht zur Gänze.
- Der **jährliche (reale) Ausgabenzuwachs** des Staates darf die mittelfristige Wachstumsrate des

<sup>134</sup> Abweichung des durchschnittlichen Potenzialwachstums der Anpassungsperiode zum Zeitpunkt der Ratsempfehlung von jenem der aktuell verfügbaren EK-Berechnungen. Wird diese Abweichung mit der strukturellen Ausgabenquote des ersten Jahres der Anpassungsperiode multipliziert, so erhält man den sogenannten „Korrekturfaktor“.

## Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

Potenzialoutputs<sup>135</sup> nicht überschreiten. So lange das mittelfristige Budgetziel nicht erreicht wird, ist der Ausgabenzuwachs stärker zu dämpfen. Für Österreich müsste der **Ausgabenzuwachs zumindest einen Prozentpunkt unter der Referenzwachstumsrate** liegen, um eine MTO-Anpassung von 0,5% des BIP p. a. zu erfüllen.<sup>136</sup> Die Referenzwachstumsrate des Potenzialoutputs Österreichs beträgt für das Jahr 2013 1,5% und für 2014 1,2%. Damit liegt der **zulässige reale Ausgabenzuwachs Österreichs** für die Jahre 2013 und 2014 bei **0,5% bzw. 0,2%**. Diese Werte werden gemäß Ausgabenpfad des Stabilitätsprogramms – unter Berücksichtigung der von der Ausgabenregel ausgenommenen Ausgaben – für die Jahre 2013 und 2014 **eingehalten** (Tabelle 34). Höhere Zuwachsraten in den Folgejahren sind nicht als Verstoß gegen die Ausgabenregel zu werten, sofern das MTO bereits ab 2015 erreicht und die mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs nicht überschritten wird.

- Die **Rückführung der Schuldenquote** muss in Österreich nach Beendigung des ÜD-Verfahrens innerhalb eines Übergangszeitraums von drei Jahren (z. B. 2014 bis 2016) so gestaltet sein, dass eine Einhaltung der **neuen Schuldenregel** am Ende der Übergangsperiode (z. B. Ende 2016) sichergestellt wird. Mit einer Rückführung der Schuldenquote von 73,0% des BIP (2014) auf 69,3% des BIP (2016) gemäß Stabilitätsprogramm **erfüllt Österreich die Kriterien** der Schuldenregel deutlich (**Benchmark** laut Schuldenregel 2016: 71,2% des BIP).

**Tabelle 34: Anwendung der Ausgabenregel gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt für Österreich 2012 bis 2017**

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gesamtausgaben, nominell in Mrd EUR	159	164	167	170	174	179
Gesamtausgaben, Vorjahresänderung in %	+4,5	+3,2	+1,8	+1,7	+2,4	+2,9
Gesamtausgaben ohne abzugsfähige Ausgaben <sup>1)</sup> , Vorjahresänderung in %	+3,9	+1,8	+1,7	+2,0	+2,1	+3,4
BIP-Deflator, Vorjahresänderung in %	+2,2	+2,0	+1,8	+1,8	+1,7	+1,6
Gesamtausgaben ohne abzugsfähige Ausgaben, real, Vorjahresänderung in % <sup>2)</sup>	+1,7	-0,2	-0,1	+0,2	+0,4	+1,8
Zulässiger realer Ausgabenzuwachs gemäß Ausgabenregel, in % <sup>3)</sup>	0,5	0,5	0,2	0,2	0,2	.
1) Im Sinne der EU-Verordnung Nr. 1175/2011; u. a. Zinszahlungen, Ausgaben für Unionsprogramme und Ausgaben, die durch einnahmenseitige diskretionäre Maßnahmen gedeckt sind. 2) Annäherung durch Abzug der Veränderungsrate des BIP-Deflators von den nominellen Wachstumsraten. 3) Durchschnittliche Wachstumsrate des Potenzialoutputs der Jahre t-5 bis t+4 abzüglich eines Abschlags von 1 Prozentpunkt, da das mittelfristige Haushaltsziel noch nicht erreicht wurde. Quelle: BMF; österreichisches Stabilitätsprogramm vom April 2013, Europäische Kommission und eigene Berechnungen.						

## 7.4 Empfehlungen des Rats der Europäischen Union zur Budgetpolitik Österreichs

Die **Europäische Kommission** führte Ende Mai 2013 – dem Ablauf des „Europäischen Semesters“ folgend – gemeinsam mit dem **Nationalen Reformprogramm Österreichs 2013** (siehe Abschnitt 4.3) eine **Bewertung**<sup>137</sup> des aktuellen **österreichischen Stabilitätsprogramms** für die Jahre 2012 bis

<sup>135</sup> Die Referenzwachstumsrate entspricht dem Durchschnittswert der Jahre t-5 bis t+4 und ist für jedes Jahr neu zu berechnen.

<sup>136</sup> Unter der Annahme einer Einnahmenelastizität von 1, einer Ausgabenquote von 50% des BIP und unveränderter Zinsbelastung ergibt sich ein Wert von einem Prozentpunkt.

<sup>137</sup> Siehe [http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013\\_austria\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/csr2013_austria_de.pdf).

## Aktuelles Stabilitätsprogramm für Österreich

2017 durch. Auf Grundlage dieser Bewertung **empfohl** der **Rat der Europäischen Union**<sup>138</sup> Österreich für den **Zeitraum 2013–2014** Folgendes:

- Den gesamtstaatlichen **Haushaltsplan für 2013** – wie vorgesehen – **umzusetzen**, sodass die nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits und die strukturelle Anpassung entsprechend den Ratsempfehlungen im Rahmen des ÜD-Verfahrens erreicht werden; nach der Korrektur des übermäßigen Defizits in **geeignetem Tempo strukturelle Anpassungsanstrengungen** zu unternehmen, um das **MTO bis 2015 zu erreichen**;
- Die **Finanzbeziehungen** zwischen unterschiedlichen Regierungsebenen zu **straffen** (z. B. Vereinfachung und Entflechtung der Kompetenzen, Zusammenführung der Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung);
- Die **Harmonisierung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters** von Frauen und Männern zu **beschleunigen** sowie das **tatsächliche Pensionsantrittsalter** und die **Beschäftigungsquote** älterer Arbeitnehmer **anzuheben** (Kopplung des gesetzlichen Pensionsalters an die Lebenserwartung, Überwachung der Umsetzung neuer Reformen zur Beschränkung der Inanspruchnahme von Frühpensionsregelungen);
- Die **Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen** (insbesondere durch Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots und der Langzeitpflegedienste), den hohen **geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentenunterschied zu reduzieren** und das Arbeitsmarktpotenzial von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern;
- Die tatsächliche **Steuer- und Beitragsbelastung der Arbeit** bei Geringverdienern in budgetneutraler Weise (Verlagerung auf weniger wachstumsschädliche Steuerquellen wie etwa periodische Immobiliensteuern) zu **senken**;
- Die jüngsten **Reformen im Gesundheitswesen** effektiv umzusetzen (Lukrierung von Effizienzvorteilen) und ein finanziell tragfähiges Modell für die **Bereitstellung von Langzeitpflegediensten** zu entwickeln;
- Weitere Maßnahmen zur **Verbesserung der Bildungsergebnisse** (u. a. durch Forcierung der frühkindlichen Bildung) und der **strategischen Planung im Hochschulwesen** sowie zur **Senkung der Abbrecherquote** zu ergreifen;
- Den **Wettbewerb im Dienstleistungssektor** – insbesondere bei den freien Berufen und im Schienenverkehr – weiter zu **fördern** und unverhältnismäßige Zugangs- und Ausübungsbeschränkungen abzubauen;
- Die verstaatlichten und teilverstaatlichten **Banken** zur Wahrung der Finanzstabilität weiterhin **eng zu überwachen** und ihre **Umstrukturierung zu beschleunigen**.

**Insgesamt** stellte die Europäische Kommission fest, dass **Österreich** sich unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut behaupten konnte und dass ausreichende Fortschritte in Richtung Einhaltung der mehrdimensionalen Fiskalregeln in den kommenden Jahren erzielt werden sollten. Allerdings stehen kompetenzrechtliche Strukturereformen in Österreich aus Sicht der EU aus. Ferner werden u. a. die markant rückläufige Entwicklung der Ausgabenquote und das makroökonomische Wachstumsszenario im aktuellen Stabilitätsprogramm als zu optimistisch eingestuft.

<sup>138</sup> Siehe <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/13/st10/st10619.en13.pdf>.

## Zusammenfassung des Berichts 2012

# 8. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

## 8.1 Ökonomische und institutionelle Rahmenbedingungen 2012

- Die monetären und realökonomischen Entwicklungen im **Euroraum** standen im **Berichtsjahr 2012** abermals im Zeichen der **Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrisen**. Standard & Poor's stufte Mitte Jänner 2012 die **Bonität** von neun Ländern des Euro-Währungsgebiets – darunter auch Österreich – herab. Erst mit der Ende Juli 2012 erfolgten Ankündigung von EZB-Präsident Draghi, im Rahmen des **geldpolitischen Mandats** alles Erforderliche zu tun, um den Euro zu erhalten, kam es zu einer Beruhigung auf den Finanzmärkten. Im **Euroraum** schrumpfte im Jahr 2012 das reale BIP um 0,6% im Jahresabstand und jenes der EU-27 um 0,3% (2011: +1,4% bzw. +1,6%; Quelle: Eurostat; Abschnitt 2.1).
- Ende Jänner beschlossen 25 Staats- und Regierungschefs der EU (EU-27 ohne Vereinigtes Königreich und ohne Tschechische Republik) den **Fiskalpakt**. Bei **Griechenland** kam es im März 2012 zu einer Umschuldung. Am 29. Juni 2012 wurde die **Errichtung** einer „**Bankenunion**“ für die Währungsunion mit einheitlichem Aufsichtsmechanismus unter **Einbindung** der EZB, einheitlichem Sanierungs- und Abwicklungsregime sowie einem **harmonisierten** Einlagensicherungssystem für Kreditinstitute beschlossen. Im August 2012 wurde **seitens** der EZB das Programm der **geldpolitischen Outright-Geschäfte** (**unbeschränkter Staatsanleihekauf** unter strikter Konditionalität – OMT) angekündigt. Am 8. Oktober 2012 trat schließlich der Vertrag zur Einrichtung des **ESM in Kraft** (Abschnitte 2.1 und 2.3).
- Vor dem Hintergrund **sehr volatiler Marktverhältnisse** und eines starken **Auseinanderdriftens** der **Renditen im ersten Halbjahr** 2012 fiel das **langfristige Zinsniveau** (Fristigkeit: 9 bis 10 Jahre) im Euroraum von 3,8% im Jänner auf 2,7% im Dezember 2012. Der **Renditeabstand** von **Österreich zu Deutschland** erreichte Anfang des Jahres den Höchststand (mit kurzfristigen Spitzen von bis zu 1,8 Prozentpunkten), der bis Dezember 2012 wieder auf durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte schrumpfte (Ø 2012: +0,8 Prozentpunkte; Abschnitt 2.1).
- Die **Gebietskörperschaften in Österreich** konnten 2012 ihren **Finanzierungsbedarf** zu **historisch niedrigen Kosten** decken: Die Drei-Monats-Zinssätze auf dem **Geldmarkt** (EURIBOR) lagen im Jänner bei durchschnittlich 1,2% und im Dezember bei 0,2%. Der **10-Jahres-Zinssatz des Bundes** fiel 2012 mit volatilem unterjährigem Verlauf auf 2,4% im Jahresdurchschnitt (2011: 3,3%). Die **Staatsanleihen-Zinsstruktur** verschob sich über alle Laufzeitsegmente nach unten (Abschnitte 2.1 und 5.1.1).
- Die **Wirtschaftsleistung Österreichs** **expandierte** 2012 im Jahresabstand mit **0,8% abgeschwächt** (2011: +2,7%) und verlor im Jahresverlauf an Dynamik. Das **reale BIP** schrumpfte sogar im vierten Quartal **gegenüber** dem Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt) um 0,1%. Trotz konjunktureller **Verlangsamung** entwickelte sich die heimische **Wirtschaft** abermals stärker als jene in den meisten anderen EU-Staaten (Abschnitt 2.3).
- Die vor dem Hintergrund der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise reformierten **fiskalpolitischen Steuerungsmechanismen in der EU** wurden in **drei Legislativpaketen** festgelegt (Abschnitt 3.1):
  - „**Sixpack der EU**“ mit fünf **EU-Verordnungen** und einer Richtlinie: Verschärfte Fiskalregeln im **SWP**, Richtlinien zum **nationalen Haushaltsrahmen** und **makroökonomische Überwachung**. Sie traten im Dezember 2011 in Kraft.
  - **Fiskalpolitischer Pakt** („Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU“) zwischen 25 Staats- und Regierungschefs der EU zur Stärkung der **Budgetdis-**

## Zusammenfassung des Berichts 2012

ziplin auf nationaler Ebene (seit Anfang 2013 in Kraft).

- „**Twopack**“ der EU: verstärkte ex ante- und laufende **Haushaltskontrolle der Länder des Euroraums mit Unterstützung von unabhängigen Einrichtungen auf nationaler Ebene** (Fiskalrat) zur Überwachung des aktuellen und mittelfristigen Budgetpfads (seit Mai 2013 in Kraft).
- Beim „**Sixpack der EU**“ sind folgende Aspekte hervorzuheben (Abschnitt 3.1):
  - Innerhalb des präventiven Arms des SWP ergänzen sich die Budgetregeln des **strukturellen Budgetsaldos** (strukturelle Defizitreduktion um 0,5% des BIP p. a.) und die **Ausgabenregel** (realer Ausgabenzuwachs unter der Potenzialwachstumsrate). Ist die **Einnahmenelastizität kleiner als 1** (wie z. B. im Regelfall in Österreich), so ist davon auszugehen, dass die **strukturelle Budgetregel** vorrangig bindend ist.
  - Die Anwendung der **Schuldenregel** bedingt ohne **Stock-Flow-Adjustments** im Regelfall keinen zusätzlichen Konsolidierungsbedarf, **wenn der Anpassungspfad zur Erreichung des MTO** im Sinne der EU-rechtlichen Vorgaben **eingehalten** wird und das **nomielle BIP** um zumindest 3% p. a. wächst.
  - Die **Einhaltung der Fiskalvorgaben** wird durch einen stärkeren **Automatismus** (EK-Vorschlag in Bezug auf Sanktionen tritt in Kraft, sofern der Rat sich nicht mit qualifizierter Mehrheit dagegen ausspricht) und durch **zeitliche Straffung des Verfahrens** bei einem übermäßigen Defizit forciert.
  - **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur in den EU-Mitgliedstaaten** (u. a. höhere Transparenz bei der Budgetgebarung öffentlicher und staatsnaher Einheiten, nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen) sind auf nationaler Ebene bis Ende 2013 umzusetzen.
  - Bei **außergewöhnlichen Ereignissen** mit erheblichen Auswirkungen auf die Staatsfinanzen kommen bei allen fiskalischen EU-Vorgaben Bestimmungen zum Tragen, die **eine vorübergehende Abweichung von den Budgetregeln** ermöglichen.
- Der **Fiskalpakt** sieht die **Überleitung wesentlicher Elemente des SWP in nationales Recht** vor und **verschärfte** die Bestimmungen des „**Sixpack**“ in erster Linie insofern, als die mittelfristige Zielsetzung (MTO) mit einer Budgetdefizitquote von **strukturell 0,5% des BIP** limitiert und eine **Umsetzung in nationales Recht – vorzugweise mit Verfassungsrang – verpflichtend wurde**. Die Verabschiedung des Fiskalpakts ist Voraussetzung für eine Nutzung des permanenten Rettungsschirms ESM (Abschnitt 3.1).
- Das „**Twopack**“ der EU regelt die Koordination und Überwachung der **nationalen Haushaltsprozesse der Euroraum-Länder** (Abschnitt 3.1):
  - Die erste Verordnung umfasst Bestimmungen **über die gesamtstaatliche Haushaltsplanung** (z. B. **einheitlicher Zeitrahmen** für die Veröffentlichung der nationalen Haushaltspläne sowie deren Evaluierung durch die Europäische Kommission). Zudem sind **unabhängige einzelstaatliche Einrichtungen** („**Fiskalrat**“) zur Überwachung der **Einhaltung numerischer Fiskalregeln auf nationaler Ebene** (u. a. Gewährleistung von unabhängigen Makro- und Budgetprognosen und Evaluierung der Einhaltung der Fiskalregeln) bis Ende Oktober 2013 einzurichten.

Die zweite Verordnung sieht eine **verstärkte wirtschafts- und haushaltspolitische Überwachung von Krisenländern des Euroraums** durch die Europäische Kommission vor (u. a. vierteljährliche Berichte der betroffenen Mitgliedstaaten über Entwicklungen im Finanzsystem, einschließlich Ergebnisse von Stresstests und Sensitivitätsanalysen).

**Zusammenfassung des Berichts 2012****8.2 Fiskalposition Österreichs 2012 im Sinne von Maastricht****8.2.1 Budgetentwicklung des Staates insgesamt**

- Trotz **schwacher Konjunktur** (BIP real 2012: +0,8%) wurde im **Berichtsjahr 2012** der festgelegte **mittelfristige Konsolidierungspfad Österreichs**, der bis zum Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt des Staates vorsieht, **übertriffen**. Das **gesamtstaatliche Budgetdefizit 2012** erhöhte sich nicht und betrug 2,5% des BIP. Die **Abweichung** zwischen dem geschätzten Ergebnis vom **September 2012** (-3,1% des BIP) und dem **vorläufigen Ergebnis vom März 2013** (-2,5% des BIP) war zu rund 40% auf die **Bundesebene** (einschließlich Sozialversicherungsträger) und zu rund 60% auf die **Landes- und Gemeindeebene** zurückzuführen (Abschnitt 4.1.1).
- Die **zyklische Komponente des Budgets** wies infolge der Konjunkturabkühlung im Berichtsjahr einen leicht negativen Wert auf (-0,3% des BIP gemäß Stabilitätsprogramm vom April 2013). Ferner erhöhten **Einmalmaßnahmen** (v. a. Ausgaben zur Restrukturierung von österreichischen Banken abzüglich Vorwegbesteuerung der Pensionskassen) das Budgetdefizit im Jahr 2012 mit 0,8% des BIP beträchtlich. Das **strukturelle Budgetdefizit Österreichs** (konjunkturbereinigt und ohne Einmaleffekte) betrug 2012 demnach nur 1,4% des BIP (Abschnitt 4.1.1).
- Im **internationalen Vergleich** lag Österreichs Budgetdefizit laut Maastricht im Jahr 2012 mit 2,5% des BIP erneut markant unter den Durchschnittswerten der EU (EU-27: 4,0% des BIP und Euro-17-Länder: 3,7% des BIP). Neben Österreich erfüllten 2012 fünf weitere Mitgliedstaaten des Euroraums (Deutschland, Estland, Luxemburg, Finnland, Italien) das Fiskalkriterium von 3% des BIP. Deutschland erzielte 2012 sogar einen leichten Budgetüberschuss (Abschnitt 6.1).
- Der Gesetzgeber verabschiedete 2012 **zwei Stabilitätsgesetze** mit umfangreichen **ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen**. Das 1. Stabilitätsgesetz 2012 enthielt Änderungen im Abgabenrecht, die bereits Zusatzeinnahmen im Berichtsjahr generierten. Das 2. Stabilitätsgesetz 2012 enthielt Konsolidierungsmaßnahmen, die ab 2013 wirksam werden (Abschnitt 4.1.1).
- Der **Zuwachs aller Einnahmen der öffentlichen Haushalte** war 2012 mit 6,4 Mrd EUR oder 4,4% **beträchtlich** und lag trotz schwacher Konjunktur deutlich über dem **langjährigen Durchschnitt** (20-Jahresdurchschnitt: +3,2% p. a.). Das Vorkrisenniveau der staatlichen Einnahmen wurde in Österreich – im Gegensatz zu anderen Ländern des Euroraums – bereits 2010 wieder überschritten und erreichte 2012 150,9 Mrd EUR. **Diskretionäre Mehreinnahmen** ergaben sich v. a. durch die Vorwegbesteuerung der Pensionskassen, Abschaffung der Energieabgabenvergütung für Dienstleistungsunternehmen im Jahr 2011, den im Zuge der Hilfsmaßnahmen für die ÖVAG vereinbarten Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe der Banken (bis 2017) und Vorzieh- und Einmaleffekte bei der Grunderwerbsteuer (Abschnitt 4.1.1).
- Der mittelfristige **Einnahmewachstum des Staates** lag 2008 bis 2012 bei durchschnittlich 2,5% p. a., wobei 2009 ein Rückgang von 2,0% zu verzeichnen war. In den Jahren **2010 bis 2012** fiel der **Zuwachs** mit 4,7% p. a. allerdings **erheblich aus** (10-Jahresdurchschnitt: 3,4% p. a.; 20-Jahresdurchschnitt: 3,2% p. a.; Abschnitt 4.1.1).
- **Das Steueraufkommen des Staates** (ESVG 95-Darstellung) expandierte 2012 um insgesamt 3,8 Mrd EUR oder 4,7% im Jahresabstand. Die höchste Steigerung ging von den **direkten Steuern** (ESVG 95-Code D5; 2012: +5,5%) aus. Vor allem die **Lohnsteuer** (einschließlich Einmaleffekt der Vorwegbesteuerung von Pensionskassenbeiträgen: +8,6%) entwickelte sich dynamisch. Aber auch das Aufkommen bei der **Körperschaftsteuer** (+4,5%) und bei der **Stabilitätsabgabe der Banken** (inklusive des neuen Sonderbeitrags: +14,3%) fiel rege aus. Zudem war der Zuwachs bei den **indirekten Steuern** im Jahr 2012 (+4,0%) ebenfalls ausgeprägt (Abschnitt 4.1.1).

## Zusammenfassung des Berichts 2012

- Im **internationalen Vergleich** rangierte Österreich 2012 mit einer **Abgabenquote** (einschließlich imputierte Sozialversicherungsbeiträge und EU-Beiträge) von 44,3% des BIP **markant über dem Euro-17- und EU-27-Durchschnitt** von 41,6% und 40,7% des BIP (Quelle: Europäische Kommission, Mai 2013). Von den 27 EU-Ländern verzeichneten im Jahr 2012 nur Dänemark (49,1% des BIP), Belgien (47,5% des BIP), Frankreich (47,1% des BIP) und Schweden (44,8% des BIP) höhere Abgabenquoten (Abschnitt 4.1.1).
- Die **Gesamtausgaben aller öffentlichen Haushalte** erreichten im Jahr 2012 ein Volumen von 158,6 Mrd EUR und lagen damit um 6,8 Mrd EUR oder 4,4% über dem Vorjahresniveau. Dieser hohe Anstieg (20-Jahresdurchschnitt: +3,0% p. a.) war Ergebnis von höheren **krisenbedingten Leistungen zur Restrukturierung österreichischer Banken**, die mit +2,1 Mrd EUR etwa ein Drittel des Ausgabenzuwachses im Jahr 2012 ausmachten. Lässt man die **Ausgaben für den Bankenbereich** außer Acht, so entwickelten sich die Staatsausgaben im Berichtsjahr mit einem Anstieg von 3,1% im Zeitvergleich nur leicht überdurchschnittlich (Abschnitt 4.1.1).
- Im Jahr 2012 nahmen abermals **verstaatlichte bzw. teilverstaatlichte Banken Hilfsmaßnahmen** des Bundes gemäß **Finanzmarktstabilitätsgesetz** (Kommunalkredit Austria AG, Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, Österreichische Volksbanken AG) in Anspruch. Auch das Land Tirol unterstützte die Hypo Tirol Bank (Ausgaben für Banken 2012: 3,1 Mrd EUR; 2011: 1,0 Mrd EUR). Gleichzeitig verminderten sich die **Einnahmen aus dem Bankenpaket** (Dividendenzahlungen aus Partizipationskapital, Haftungsentgelte) leicht auf 0,5 Mrd EUR (2011: 0,6 Mrd EUR). **Rückzahlungen von Partizipationskapital** erfolgten nicht. Neben diesen Zahlungen für bankspezifische Hilfsmaßnahmen wurde per 1.1.2011 die **Stabilitätsabgabe für Banken** (2012: 0,6 Mrd EUR inkl. Sonderbeitrag) als genereller Krisenbeitrag eingeführt (Abschnitt 4.1.2).
- In den **Personal- und Sachausgaben** spiegelten sich 2012 die **Sparanstrengungen** der Gebietskörperschaften wider. Bei Preissteigerungsraten von 2,6% (HVPI) bzw. von 2,2% (BIP-Deflator) stiegen die **Vorleistungen** im Vorjahresvergleich um 2,2% und die **Arbeitnehmerentgelte** um 2,6%. Die Konsolidierungsmaßnahmen umfassten auch einen leichten **Beschäftigungsabbau** und **Sonderfinanzierungsformen** wie **Leasing** sowie **investive Ausgaben außerhalb des Staates** (Abschnitt 4.1.1).
- Auch in der Beobachtungsperiode 2008 bis 2012 wies der **Personalaufwand** des Staates (Arbeitnehmerentgelte) mit einem Anteil von zuletzt 18% an den Gesamtausgaben einen unterdurchschnittlichen Anstieg von durchschnittlich 2,8% p. a. auf. Bei dieser Kategorie dominierten die Ausgaben des Staates für das **Bildungswesen** mit einem Anteil von beinahe 40%, gefolgt von der **allgemeinen Verwaltung** mit 19% (Abschnitt 4.3.2).
- **Überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen** zeigten sich im Jahr 2012 – neben den krisenbedingten Ausgaben für Banken in Form von Kapitaltransfers (+6,1%) – vor allem im Bereich der **Subventionen** (+5,5%), wobei die Finanzierung der **Landeskrankenanstalten** dafür verantwortlich gewesen sein dürfte (Abschnitt 4.1.1).
- Auch innerhalb der Periode 2008 bis 2012 erreichten die **Transfers an Marktproduzenten** (Subventionen und Vermögenstransfers laut ESVG 95) mit einem Gesamtausgabenanteil von zuletzt 13% die höchsten Zuwächse von durchschnittlich 5,5% p. a. Dieser Verlauf wurde in den letzten Jahren von (defizitrelevanten) **Zuschüssen an Banken** im Rahmen der österreichischen Hilfsmaßnahmen geprägt. Die größten Ausgabenbereiche stellen innerhalb dieser Kategorie das **Gesundheitswesen** (v. a. der stationäre Bereich; Landeskrankenanstalten) und der **Verkehr** (staatsnahe Unternehmen der Gebietskörperschaften) dar (Abschnitt 4.3.2).
- Die wichtigste ESVG-95-Subkomponente **monetäre Sozialleistungen an private Haushalte** mit einem Anteil von zuletzt 37% des staatlichen Ausgabenvolumens wies in den Jahren 2008 bis 2012 mit durchschnittlich 3,7% p. a. einen überdurchschnittlichen Zuwachs auf. Innerhalb der monetären Transferleistungen entwickelten sich insbesondere die **Pensionsleistungen** und staatlichen **Zahlungen bei Arbeitslosigkeit** kräftig. Pensionsleistungen machten 2012 bereits 66%

## Zusammenfassung des Berichts 2012

und Leistungen im Rahmen der Arbeitslosigkeit 6,2% der monetären Transfers des Staates aus (2008: 65% bzw. 5,2%; Abschnitt 4.3.2).

- Die Dynamik der **sozialen Sachleistungen an private Haushalte** (v. a. **Pflege und Gesundheitswesen**) mit einem Ausgabenanteil von 11% flachte sich ab. Während in den Jahren vor 2008 Zuwächse von mehr als 6% p. a. zu verzeichnen waren, ging der Ausgabenanstieg 2009 und 2010 auf rund 2% zurück und lag in den Jahren 2011 und 2012 bei 4,2%. Die kostensenkenden Maßnahmen (v. a. im Medikamentenbereich) und die Absenkung des Umsatzsteuersatzes bei Medikamenten (auf 10%) ab dem Jahr 2009 dämpfte die Ausgabendynamik vorübergehend. Eine umfassende **Strukturreform des Gesundheitswesens** mit Einbeziehung des extramuralen Bereichs wurde Ende 2012 beschlossen und eingeleitet und soll nachhaltig eine **maximale Ausgabenentwicklung in Höhe des nominellen BIP-Anstiegs** nach sich ziehen (Abschnitt 4.3.2).
- Die **direkten Ausgaben des Staates für Investitionen** fallen seit Jahren insbesondere infolge von **Ausgliederungen** (z. B. ASFINAG, BIG, „Gebührenhaushalte“, Krankenanstalten, Stadtwerke, Immobiliengesellschaften etc.) aber auch durch **Sonderfinanzierungen** (z. B. Leasing) äußerst niedrig aus. Das **Leasingvolumen** der öffentlichen Hand (insbesondere Immobilienleasing der Länder) dürfte Ende 2012 eine Größenordnung von zumindest 4,6 Mrd EUR erreicht haben (Ende 2011: 5,0 Mrd EUR). Auch die (revidierte) Verbuchung von ÖBB-Infrastrukturinvestitionen spiegelt sich nicht in den Bruttoinvestitionen des Staates, sondern v. a. in den Transfers (2012: Vermögenstransfers von etwa 1,4 Mrd EUR) wider. Darüber hinaus erfolgen die Infrastrukturinvestitionen auf Gemeindeebene durch gemeindeeigene, dem Unternehmenssektor zuzurechnende Immobiliengesellschaften (Hauth/Grossmann 2011/12). Die **Ausgabenkategorie Bruttoinvestitionen gemäß ESVG 95** wies 2012 nur ein Volumen von 3,0 Mrd EUR auf (Abschnitt 4.3.2).
- Der **mittelfristige Zuwachs der Gesamtausgaben aller öffentlichen Haushalte** in Österreich lag in den Jahren 2008 bis 2012, die der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise zuzurechnen sind, mit durchschnittlich 3,3% p. a. leicht unter jenem des 10-jährigen Durchschnitts von 3,6% p. a. Der **nominelle BIP-Anstieg** betrug in den Jahren 2008 bis 2012 durchschnittlich 2,3% p. a. und jener der Jahre 2003 bis 2012 3,6% p. a. (Abschnitt 4.2.3).

### 8.2.2 Subsektorale Budgetentwicklungen<sup>139</sup>

- Die Fiskalposition der **Gebietskörperschaften** verbesserte sich im Jahr 2012 auf **Landes- und Gemeindeebene**, während sich das Budgetdefizit der **Bundesebene** gegenüber dem Vorjahr erhöhte: Das Budgetdefizit der **Bundesebene** stieg im Berichtsjahr 2012 auf 2,6% des BIP und jenes der Landesebene (ohne Wien) nahm auf 0,1% des BIP ab. Der Budgetsaldo der **Gemeindeebene** wies sogar einen leichten Budgetüberschuss von 0,1% des BIP auf. Die **Sozialversicherungsträger** verzeichneten 2012 ebenfalls einen geringen Budgetüberschuss.
- Diese unterschiedliche Budgetentwicklung zwischen den Gebietskörperschaften war im Wesentlichen auf die bereits angeführten **krisenbedingten Zusatzausgaben der Bundesebene** (Bankenpakete) zurückzuführen. Auf **Landes- und Gemeindeebene** standen 2012 dem moderaten Ausgabenzuwachs (2,0%) beträchtliche Mehreinnahmen (z. B. Erhöhungen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, Zwischenabrechnung der Ertragsanteile, Gebührenanpassung in Wien) gegenüber (Abschnitt 4.1.3).
- Der **Konsolidierungserfolg** (Verbesserung des Finanzierungssaldos) auf Landesebene fiel **gemessen an der Einwohnerzahl** im Jahr 2012 in Kärnten (242 EUR pro Kopf), gefolgt vom Burgenland (210 EUR pro Kopf) und von Vorarlberg (195 EUR pro Kopf) am deutlichsten aus. Die höchsten **Budgetdefizite pro Kopf** verzeichneten im Berichtsjahr die Steiermark (198 EUR), Salzburg (143 EUR) und Niederösterreich (129 EUR; Abschnitt 4.1.3).
- Bei sektoralen Analysen des Staates ist generell zu beachten, dass diese stark von den **institutio-**

<sup>139</sup> Die Daten repräsentieren den Stand von März 2013 mit vorläufigen Ergebnissen für das Jahr 2012.

## Zusammenfassung des Berichts 2012

**nellen und rechtlichen Gegebenheiten** (Aufgabenverteilung, Steuerkompetenzen, Finanzausgleichsregelungen) innerhalb des öffentlichen Sektors abhängen. Hier anzuführen sind für das Jahr 2012 drei Punkte: Erstens die Übertragung der Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz des **Landespflegegelds** an den Bund, womit Einsparungen bei Bundesländern und Gemeinden im Vollzug durch die Einfrierung der Kostenerstattung an den Bund in Höhe des Jahresaufwands 2010 verbunden waren, zweitens der gestaffelte Anstieg des **Zuschusses** des Bundes für den **Pflegefonds** an die Länder (auf netto 233 Mio EUR bis 2016), und drittens die Aufstockung und Verlängerung des **Zweckzuschusses** des Bundes an die Gemeinden für die **Kinderbetreuung** bis 2014, der von den Bundesländern in gleicher Höhe kofinanziert wird (Abschnitt 4.1.3).

### 8.2.3 Öffentliche Verschuldung und Gläubigerstruktur

- Die **öffentliche Verschuldung Österreichs im Sinne von Maastricht** erreichte Ende 2012 eine Höhe von 227,4 Mrd EUR oder 73,4% des BIP (Ende 2011: 217,9 Mrd EUR oder 72,5% des BIP). Der Schuldenzuwachs lag im Berichtsjahr bei 9,6 Mrd EUR oder 0,9 Prozentpunkten des BIP und fiel abermals merklich höher als das gesamtstaatliche Defizit von 7,7 Mrd EUR aus. **Schulderhöhende Effekte**, die sich nicht im Finanzierungssaldo widerspiegeln (Stock-Flow-Adjustments), kamen im Berichtsjahr vor allem auf **Bundesebene** durch **internationale Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro** von 4,6 Mrd EUR zum Tragen (Abschnitt 4.2.1).
- Der **Schuldenstand**, der aus den Maßnahmen des **österreichischen Bankenpakets** (Partizipationskapital, Beteiligungen) resultierte, erreichte Ende 2012 insgesamt 8,7 Mrd EUR. Zudem erhöhten die **europäischen Hilfsmaßnahmen** (Darlehensvergaben an Griechenland, EFSF-Routing, ESM-Stammkapital) den Schuldenstand des Bundes in Form von **Stock-Flow-Adjustments** seit 2008 um weitere 6,7 Mrd EUR (Abschnitte 4.1.2 und 4.2.1).
- Für eine **Stabilisierung der Staatsschuldenquote** wäre im Berichtsjahr 2012 ein höherer **Primärüberschuss** als 0,2 Mrd EUR (ohne Stock-Flow-Effekte) erforderlich gewesen (schulderhörender Zinseffekt: 3,6%; schuldenkender Wachstumseffekt: 3,1%). Ein über dem Durchschnittszinssatz der Staatsverschuldung liegendes Wirtschaftswachstum stellt seit über 20 Jahren die **Ausnahme** dar und ist auch bei äußerst niedrigem Marktzinsniveau – wie gegenwärtig – nicht selbstverständlich (Abschnitt 4.2.1).
- Die **Gläubigerstruktur der Staatsschuld** in Österreich wird von der Struktur der **Bundesschuld** dominiert, auf die beinahe 90% der gesamten öffentlichen Verschuldung laut Maastricht entfällt. Im Jahr 2012 ging der **Anteil der Auslandsverschuldung** leicht zurück und erreichte Ende 2012 73,6%. **Im Inland** gewann 2012 der österreichische **Bankensektor** als Gläubiger der öffentlichen Verschuldung wiederum leicht an Bedeutung (Ende 2012: 14%). **Private Anleger** (Unternehmungen und private Haushalte) hielten über direkten Wertpapierbesitz bzw. über den Besitz von Bundesschatzscheinen per Ende 2012 rund 1,5 Mrd EUR der gesamten Staatsschuld und spielten für die Finanzierung des Staates weiterhin eine untergeordnete Rolle (Abschnitt 4.2.2).
- Im **internationalen Vergleich** lag die öffentliche Verschuldung Österreichs Ende 2012 mit 73,4% unter den Durchschnittswerten der EU (EU-27: 86,9% des BIP; Euro-17: 92,7% des BIP) aber deutlich über der EU-Obergrenze von 60% des BIP (Abschnitt 6.2).

### 8.2.4 Finanzschuld des Bundes

- Als **Gesamtziel** für das **Debt-Management des Bundes** wurde im Bundesvoranschlag 2013 „die Bereitstellung der erforderlichen Finanzierungsmittel bei **risikoaverser Grundausrichtung** zu möglichst **geringen mittel- bis langfristigen Finanzierungskosten**“ angeführt. Laut BHG 2013 sind ab 2013 Wirkungsziele für jede Untergliederung im Budget zu definieren (Abschnitt 5.1).
- Die **Ratingagentur Standard & Poor's (S&P)** stufte am 13. Jänner 2012 die langfristigen Länderratings von neun Ländern des Euroraums (**darunter auch Österreich**) – vor dem Hintergrund gestiegener Risikoprämien – ab. Österreich verfügt bei **anderen bedeutenden Ratingagenturen** (u. a. Fitch und Moody's) **weiterhin** über die **beste Bonität** (Abschnitt 5.2).

## Zusammenfassung des Berichts 2012

- Die **Nachfrage** nach Schuldtiteln der **Republik Österreich** (und durch die innerstaatlichen Finanzierungen auch für die Länder in Österreich) war trotz schwieriger Bedingungen auf den Finanzmärkten im Jahr 2012 durchwegs **rege**. Zeitweise konnte Österreich **Geldmarktpapiere** sogar zu **negativen Zinsen** verkaufen (Abschnitt 5.2).
- Die **bereinigte Finanzschuld des Bundes** (ohne Eigenbesitz) erreichte **Ende 2012** die Höhe von 189,6 Mrd EUR oder 61,2% des BIP (Ende 2011: 183,2 Mrd EUR oder 60,9% des BIP). Verbindlichkeiten mit **Fremdwährungsrisiko** wurden unter Berücksichtigung von Derivatgeschäften (Devisentermingeschäfte, Swaps) bis zum Jahresende 2012 zur Gänze abgebaut. Die **Finanzschuld des Bundes** machte Ende 2012 rund 83% der gesamten staatlichen Verschuldung im Sinne von Maastricht aus (Abschnitt 5.2).
- Der Bestand an **Darlehensforderungen des Bundes** (nach Swaps) an die **Bundesländer** (Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Wien) stieg im Jahr 2012 um insgesamt **0,5 Mrd EUR** auf 8,0 Mrd EUR. Diese Finanzierungsform deckte etwa **60%** der gesamten ausgewiesenen **Finanzschuld der Länder mit Wien** in administrativer Abgrenzung (vorläufiger Stand Ende 2012: 13 Mrd EUR) ab (Abschnitt 5.3).
- Die vom Bund verfolgte Strategie einer **risikoaversen Grundausrichtung** zeigt sich vor allem in der **Zins- und Fristigkeitsstruktur** der Finanzschuld des Bundes: Die bereinigte Finanzschuld (nach Swaps) wies Ende 2012 eine lange Restlaufzeit von 8,5 Jahren und Verbindlichkeiten auf, die zu 96% fix verzinst waren (Abschnitte 5.5 und 5.6). Die **Effective Duration** erreichte per Ende 2012 den Wert von **6,9** (Ende 2011: 6,4) und lag damit am oberen Ende der im Herbst 2011 festgelegten Bandbreite von 5,0 bis 7,0 (Abschnitte 5.5 und 5.6).
- Das **Finanzierungsvolumen (Bruttoschuldaufnahmen des Bundes)** fiel 2012 mit 26,3 Mrd EUR höher als im Vorjahr aus (2011: 18,9 Mrd EUR). Als hauptsächliche Finanzierungsquelle dienten 2012 neuerlich **EUR-Bundesanleihen mit sehr langen Laufzeiten** von bis zu **50 Jahren** und einer durchschnittlichen Fristigkeit von 16,1 Jahren (2011: 11,5 Jahre). Bundesanleiheemissionen erreichten einen Anteil an den Bruttoaufnahmen (unter Berücksichtigung der Swaps) von 81% des Gesamtvolumens (Abschnitt 5.4).
- Der **Zinsendienst des Bundes (einschließlich sonstiger Aufwand)** erreichte im Jahr 2012 insgesamt 6,6 Mrd EUR und unterschritt den Vorjahreswert infolge der **Über-pari-Emissionen** um 0,2 Mrd EUR (2011: 6,8 Mrd EUR). Gegenüber dem Bundesvoranschlag war im Berichtsjahr 2012, wie bereits in den Vorjahren, eine deutliche Unterschreitung zu verzeichnen. Die **Ausgabenunterschreitung im Bereich des Zinsendienstes netto** gegenüber dem **Voranschlag** (Differenzbetrag 2012: 1,4 Mrd EUR) trug im Jahr 2012 zur Unterschreitung des Nettodefizits des Bundes in Höhe von 3,3 Mrd EUR zu mehr als einem Drittel bei (Abschnitt 5.6).
- **Kenngrößen zur budgetären Belastung des Zinsaufwands** des Bundes ergaben Folgendes: Die **Zinsen-Nettoabgabenquote des Bundes** (Zinszahlungen einschließlich sonstiger Aufwand gemessen am Nettoabgabenerfolg des Bundes) erreichte im Jahr 2012 15% und die **Zinsendienstquote des Bundes** (Tabelle 29) lag bei 2,1% des BIP (Abschnitt 5.6).
- Nach dem **Bundesvoranschlag 2013** sind **Zahlungen** für Zinsen (einschließlich sonstige Kosten) von insgesamt 6,5 Mrd EUR zu leisten. Für den **periodenbereinigten Zinsendienst** für die Finanzschuld wurde ein merklich höherer Betrag von insgesamt 7,3 Mrd EUR für 2013 im **Ergebnishaushalt** veranschlagt, da sich Einnahmen aus Über-pari-Emissionen hier nur marginal auswirken (Abschnitt 5.6).

### 8.3 Schlussfolgerungen und Ausblick

- Trotz schwacher Konjunktur und hoher krisenbedingter Zusatzausgaben für Banken konnte im **Berichtsjahr 2012** der **moderate Konsolidierungskurs** Österreichs, der bis zum Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt des Staates vorsieht, **mehr als eingehalten werden**. Der mittelfristige **Konsolidierungspfad** wurde aufgrund von besseren Basisdaten für 2012 **nicht verschärft**.

## Zusammenfassung des Berichts 2012

- Das äußerst **niedrige Marktzinsniveau** unterstützt den **aktuellen** und – in Kombination mit der **risikoaversen Ausrichtung des Debt-Managements des Bundes** (lange Duration, hohe Fixzinskomponente) – den **mittelfristigen Konsolidierungskurs** Österreichs ebenfalls. Generell ist aber zu beachten, dass Schulden immer wieder (zum aktuellen Marktzinsniveau) zu refinanzieren sind, sofern keine Rückführung des Schuldenstands (in absoluten Größen) erfolgt.
- Durch die **Finanz- und Wirtschaftskrise** und die **Steuerreform 2009** war im Jahr 2009 ein markanter Rückgang des Steueraufkommens (–4,9%) zu verzeichnen. In den Folgejahren 2010 bis 2012 wurde der **Steuerausfall aber durch neue Steuern** (v. a. Bankenabgabe, CO<sub>2</sub>-Zuschlag zur Mineralölsteuer, Flugticketabgabe, Vorwegbesteuerung der Pensionskassen, erweiterte Stiftungsbesteuerung) und einer insgesamt **regen Konjunktorentwicklung** bis Mitte 2011 mehr als kompensiert. Weiteren **einnahmenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen**, die die Abgabenquote insgesamt erhöhen, sind angesichts des bereits hohen Niveaus Grenzen gesetzt (2012: 42,7% des BIP ohne imputierte Sozialversicherungsbeiträge und mit EU-Beiträgen).
- Die im **aktuellen Stabilitätsprogramm** vorgesehene **Defizitreduktion im Jahr 2013** von 0,2 Prozentpunkten des BIP (gesamtstaatliches Budgetdefizit 2013: 2,3% des BIP) fällt im Vergleich zu den Jahren 2014 bis 2016 (durchschnittliche Verbesserung der Defizitquote um 0,7 Prozentpunkte p. a.) **gering aus**. Ab dem Jahr 2014 soll der Budgetkonsolidierungskurs durch das verbesserte konjunkturelle Umfeld unterstützt werden. Allerdings sind die zukünftigen ökonomischen Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrisen im Euroraum und der Fragilität des internationalen Banken- und Finanzsystems mit hohen **Unsicherheiten** behaftet.
- Für das Jahr 2013 wird zunächst eine Erhöhung des **strukturellen Budgetdefizits von 1,4% des BIP auf 1,8% des BIP** und erst in den Folgejahren eine Rückführung auf 0,4% des BIP (2017) im Stabilitätsprogramm ausgewiesen. Dieser Verlauf **könnte** durch den Basiseffekt des Jahres 2012 **überzeichnet sein**.
- Der Umstieg auf das (revidierte) ESVG 2010 ab September 2014 wird u. a. das BIP-Niveau erhöhen und Reklassifikationen von institutionellen Einheiten in den Staatssektor (u. a. ÖBB-Infrastruktur, Bundesimmobiliengesellschaft, Landeskrankenanstalten und ausgegliederte Gemeindebetriebe) nach sich ziehen.
- Die **Europäische Kommission** stellte im Mai 2013 fest, dass sich **Österreich** unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen **gut behaupten** konnte und **Fortschritte in Richtung Einhaltung der mehrdimensionalen Fiskalregeln** in den kommenden Jahren erzielt werden sollten. Allerdings stehen **Strukturreformen in Österreich** (u. a. Pensionen, Finanzausgleich, Entflechtung der Kompetenzen, Bildung, Pflege, Steuerstruktur, verstaatlichte Banken) aus. Ferner werden u. a. die markant rückläufige Entwicklung der **Ausgabenquote** und das **makroökonomische Wachstumsszenario im aktuellen Stabilitätsprogramm** als **zu optimistisch** eingestuft. Diese Einschätzungen der Europäischen Kommission decken sich weitgehend mit den Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses.
- Die **neue Steuerungsarchitektur der EU im Budgetbereich (Sixpack, Fiskalpakt, Twopack, Europäisches Semester etc.)** sowie das **ÜD-Verfahren Österreichs** (seit Dezember 2009 gemäß Artikel 126 (6) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) determinieren den fiskalpolitischen Rahmen Österreichs. Die **ökonomische Notwendigkeit einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik** mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus sollte daher vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung in Österreich, dem labilen internationalen Umfeld und aufgrund des aktuellen Rechtsrahmens außer Streit stehen.
- Eine **hohe öffentliche Verschuldung** engt den **budgetären Spielraum** ein und kann die **langfristige Tragfähigkeit** des Budgets eines Staates in Zweifel stellen. Die labile internationale Lage trägt zu einer erhöhten Risikoaversion auf den Finanzmärkten bei, die negative Schuld-Zins-Spiralen rascher auslösen kann.

## 9 ANHANG

A1	Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses seit Erscheinen des letzten Berichts .....	112
A2	Fiskalindikatoren laut Maastricht 1995 bis 2013: Finanzierungssaldo, Verschuldung, Zinsaufwand, Primärsaldo, Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates.....	121
A3	Bereinigte Finanzschuld und Nettodefizit des Bundes 1965 bis 2012.....	123
A4	Zinsen und Tilgungen für die Finanzschuld des Bundes 1970 bis 2013.....	124
A5	Struktur der Finanzschuld des Bundes nach Schuldformen: Stand und Anteile 1970 bis 2012 sowie Restlaufzeit und Nominalverzinsung 1995 bis 2012 .....	126
A6	Fremdwährungsschuld des Bundes nach Währungen: Stand und Anteile 1980 bis 2012 sowie Fremdwährungsschuld im engeren Sinn 2001 bis 2012 .....	132
A7	Finanzschuld i. e. S. und Cross-Currency-Swaps nach Schuldformen 2012 .....	136
A8	Langfristige Verbindlichkeiten von Unternehmen öffentlicher Gebietskörperschaften 2006 bis 2012.....	137
A9	Finanzschuld der Länder (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2002 bis 2011).....	138
A10	Finanzschuld der Gemeinden (Stand und Pro-Kopf-Verschuldung 2002 bis 2011).....	139
A11	Staatsverschuldung im internationalen Vergleich 2003 bis 2012 .....	140
A12	Glossar .....	143

# A 1 EMPFEHLUNGEN DES STAATSSCHULDENAUS- SCHUSSES SEIT ERSCHEINEN DES LETZTEN BERICHTS

## Empfehlung zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2013 vom Juli 2013

---

### Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 bleibt das globale Wirtschaftswachstum insgesamt schwach (2013: +3,3%, 2012: +3,2%; IWF-Prognose), auch wenn mit einer leichten Belebung der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen ist. Im **Euroraum** wird die Wirtschaftsleistung im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr erneut schrumpfen (laut Europäischer Kommission 2013: -0,4%, 2012: -0,6%). Allerdings erwartet die Europäische Kommission infolge der steigenden Auslandsnachfrage für die zweite Jahreshälfte 2013 ein moderates Wirtschaftswachstum auch im Euroraum. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa ist nach wie vor von großen Disparitäten zwischen den Ländern des Euroraums gekennzeichnet. Insgesamt dürften im Jahr 2013 von der Inlandsnachfrage keine Wachstumsimpulse – angesichts schwacher Umsätze, verhaltener Konjunkturerwartungen, eingeschränkter Kreditversorgung in einigen Euroländern und Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Haushalte – ausgehen. Überdies schwächen die hohe Arbeitslosigkeit und die ökonomischen Unsicherheiten den privaten Konsum im Euroraum. Abwärtsrisiken bestehen durch eine sich wieder verschärfende Finanz- und Schuldenkrise.

Für **Österreich** ist 2013 eine im Vergleich zum Euroraum günstigere Wirtschaftsentwicklung zu erwarten; das reale BIP wird – mit etwa 0,5% im Jahresabstand – aber nur sehr verhalten wachsen (2012: +0,8%). Ausschlaggebend dafür ist die gedämpfte Exportentwicklung infolge des Nachfrageausfalls in wichtigen Absatzländern, die mit einer Stagnation des heimischen Investitionsvolumens einhergeht. In der zweiten Jahreshälfte rechnen die heimischen Forschungsinstitute mit einer leichten Belebung der Wirtschaft Österreichs. Dies ist auf die schrittweise Aufhellung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen, von der entsprechende Impulse für die heimische Export- und Investitionskonjunktur ausgehen sollten. Angesichts der schwachen Entwicklung der real verfügbaren Haushaltseinkommen (schwache Reallohnentwicklung, kalte Progression, niedrige Vermögenseinkommen) dürften die privaten Konsumausgaben beinahe stagnieren.

Der **österreichische Arbeitsmarkt** ist von der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase geprägt, die das rege Beschäftigungswachstum der Vorjahre merklich dämpft und die Arbeitslosigkeit weiter erhöht: Die durchschnittliche Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten wird im Jahr 2013 um etwa 20.000 Personen im Jahresabstand steigen (2012: +47.000 Personen). Im gleichen Zeitraum wird die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in der Größenordnung von 20.000 Personen (2012: 14.000 Personen) zunehmen. Bei dieser Entwicklung kommt neben der schwachen Konjunktur vor allem auch die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots durch die Öffnung des heimischen Arbeitsmarkts für südosteuropäische Länder seit 2011 zum Tragen. Die Arbeitslosenquote Österreichs wird sich gemäß Europäischer Kommission von 4,3% (2012) auf 4,7% (2013) erhöhen, dürfte aber die geringste in der EU bleiben.

Für das **gesamstaatliche Defizit Österreichs** wurde im aktuellen Österreichischen Stabilitätsprogramm vom April 2013 eine geringe Rückführung um 0,2 Prozentpunkte auf 2,3% des BIP im Jahr 2013 geplant (2012: 2,5%). Damit wird der Konsolidierungspfad, der im Oktober 2010 in Loipersdorf eingeleitet und durch zwei Stabilitätspakete im Frühjahr 2012 ergänzt wurde, fortgesetzt. Bis zum Jahr 2016 soll ein ausgeglichener gesamstaatlicher Haushalt erreicht werden. Der **Konsolidierungspfad** setzt sich aus einem Bündel von **steuerlichen** und **ausgabenseitigen Maßnahmen** zusammen und wird von „**Offensivmaßnahmen**“ zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung begleitet. Die **Staatsschuldenquote** wird laut

aktuellem Stabilitätsprogramm zu Jahresende 2013 73,6% des BIP erreichen (2012: 73,4% des BIP). Ausgehend von diesem Höchststand soll gemäß aktuellem Stabilitätsprogramm eine schrittweise Rückführung im Einklang mit der Schuldenregel des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts erfolgen.

Die **Europäische Kommission** stellte im Mai 2013 fest, dass sich Österreich unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen **gut behaupten** konnte und dass **Fortschritte in Richtung Einhaltung** der mehrdimensionalen **Fiskalregeln** in den kommenden Jahren erzielt werden sollten. Allerdings stünden **Strukturreformen in Österreich** (u. a. Pensionen, Finanzausgleich, Entflechtung der Kompetenzen, Bildung, Pflege, Steuerstruktur, verstaatlichte Banken) aus. Zudem werden u. a. das **makroökonomische Wachstumsszenario** und die Erwartung einer markant rückläufigen Entwicklung der **Ausgabenquote** im aktuellen Stabilitätsprogramm als **zu optimistisch** eingestuft.

**Gemäß dem Rat der Europäischen Union** soll der **gesamtsstaatliche Haushaltsplan für Österreich** im Jahr 2013 – wie vorgesehen – **umgesetzt werden**, sodass die nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits und die strukturelle Anpassung entsprechend den Ratsempfehlungen im Rahmen des ÜD-Verfahrens erreicht werden. Nach der Korrektur des übermäßigen Defizits sollten in **geeignetem Tempo strukturelle Anpassungsanstrengungen** unternommen werden, um das **mittelfristige Budgetziel eines strukturellen Budgetdefizits von höchstens 0,5% des BIP (MTO) bis 2015 zu erreichen**; Hilfsmaßnahmen für Banken stellen temporäre Maßnahmen dar und verändern den strukturellen Anpassungspfad nicht, sofern sie die Finanzierungskosten der Staatsschuld nicht negativ beeinflussen.

Aus **Sicht des Staatsschuldenausschusses** wird die konsequente Umsetzung des im aktuellen Stabilitätsprogramm geplanten Konsolidierungskurses und das Vorliegen von Restrukturierungsplänen für verstaatlichte Banken in Österreich die Einstellung des **ÜD-Verfahrens gegen Österreich** ermöglichen. Auch könnte damit die Einhaltung der **nationalen Schuldenbremse (nationale Fiskalregeln gemäß ÖStP 2012)** und die Einhaltung der mehrdimensionalen **EU-Fiskalregeln** (v. a. Sixpack) **weitestgehend** erreicht werden, wovon heute die strukturelle Anpassungspfad etwas zu wenig ambitioniert sein dürfte.

Die Ende Juni 2013 beschlossenen „Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung“ für die Jahre 2013 bis 2016 **erreichen eine Größenordnung** von bis zu 2,0 Mrd EUR (u. a. Schaffung von Wohnraum, Ausbau der Kinderbetreuung und der Pflegedienstleistungen, Vorziehung von Projekten zum Hochwasserschutz, Darlehen aus dem ERP-Fonds als Hochwasserhilfe) und sollen von verschiedenen öffentlichen Haushalten finanziert werden. Für eine präzise Abschätzung der Auswirkungen auf den Konsolidierungspfad fehlen noch Informationen zur konkreten Ausgestaltung und Umsetzung.

Restrukturierungen bei **verstaatlichten Banken und Revisionen** im Bereich der **Statistik** (Umstieg auf ESVG 2010) werden den im aktuellen Stabilitätsprogramm angegebenen Konsolidierungspfad bis zum Jahr 2017 noch ändern.

## **Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses**

Der **Staatsschuldenausschuss empfiehlt** vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, der hohen Staatsverschuldung, der unionsrechtlichen Vorschriften über die Haushaltsdisziplin und unter den derzeit zu erwartenden ökonomischen Rahmenbedingungen **für das Jahr 2013 und dem mittelfristigen Budgetpfad Folgendes**:

- Den seit 2011 verfolgten **moderaten Konsolidierungskurs** trotz konjunktureller Schwächeperiode und anstehender Wahlen **konsequent fortzusetzen**. Eine Erreichung des geplanten Nulldefizits bis 2016 erscheint machbar, erfordert aber nachhaltige **Budgetdisziplin** und Stabilitätsorientierung bei allen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern. **Die sehr niedrigen Zinsen** für österreichische Staatsanleihen zeigen das Vertrauen in die heimische **Wirtschaftskraft**. Österreich gehört zur Gruppe der besonders stabilen Länder im Euroraum.
- **Konjunkturbedingte** Einnahmen- und Ausgabenänderungen im Budget (automatische Stabilisatoren) **voll wirken zu lassen**. **Diskretionäre beschäftigungspolitische Maßnahmen** sowie Konjunkturprogramme sollten befristet sein, die Einhaltung des im aktuellen Stabilitätsprogramm **vorgesehe-**

nen Konsolidierungspfads jedenfalls nicht beeinträchtigen und durch Budgetumschichtungen weitestgehend gegenfinanziert sein.

- In den nächsten Jahren der **Budgetkonsolidierung Vorrang** vor allfälligen **Steuerreduktionen** und **Ausgabenerhöhungen** (insbesondere neuen Fördermaßnahmen) zu geben. **Steuerreformen** sollten primär strukturelle Veränderungen bewirken und darauf abzielen, den **Faktor Arbeit in Österreich** zu **entlasten** und das **Steuersystem zu vereinfachen**.
- Eine **stärkere Verzahnung** des **Konsolidierungskurses** mit dem **Reformprogramm Österreichs zur EU-Strategie „Europa 2020“** (Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel, Bildung, Armutsbekämpfung) zu gewährleisten. Solche **integrierten Strategien** mit (möglichst quantitativen) Kosten-Nutzen-Abwägungen unter Einbeziehung von EU-Strukturfonds würden die **Wirkungsorientierung** der öffentlichen Haushalte, die **Qualität der Haushaltsführung** und die mittelfristig ausgerichtete **Steuerungsarchitektur** im Sinne des BHG 2013 **stärken und durch abgestimmte Informationen** (v. a. Strategiebericht, Budgetbericht, Wirkungscontrollingbericht) das **Reformprogramm** der Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit **verdeutlichen**.
- **Vergleichbare mittelfristige Budgetpläne** mit (quantifizierbaren) Reformprogrammen der **Länder und Gemeinden** nach einheitlichen Grundsätzen zur Verwirklichung des nachhaltigen Konsolidierungspfads einzufordern und auf **Bundesebene** zum Teil offene **Strukturreformvorhaben** (z. B. im Förder- und Gesundheitswesen) zu präzisieren. Vor allem im Förderwesen sind Maßnahmen zur Gewährleistung erhöhter Transparenz zu ergreifen, um u. a. Doppelförderungen zu vermeiden. Konsolidierungsschritte sollten vor allem in jenen Bereichen ansetzen, in denen Effizienzreserven vermutet werden können, und so gestaltet sein, dass sie den nachhaltigen Budgetpfad unterstützen. Der **nationale mittelfristige Finanzplan** ist mit **quantifizierten Maßnahmen der einzelnen staatlichen Ebenen** (Art 4 EU-VO 473/2013 – Twopack) bis Ende April 2014 der Europäischen Kommission zu übermitteln.
- Die **Aufbauorganisation des Bundes** vor dem Hintergrund des **neuen Haushaltsrechts des Bundes** (BHG 2013) und der **neuen Legislaturperiode** so zu adaptieren, dass kompetenzrechtliche Überschneidungen und divergierende Wirkungsziele der Ministerien vermieden werden, und den **verfassungsmäßig verankerten Grundsatz der Transparenz** (Art. 51 B-VG) umfassender zu beachten. So sollte die Dokumentation der Bundesvoranschläge lesefreundlicher gestaltet werden. Auch sollten **Regierungsberichte an den Nationalrat** (z. B. gemäß § 6 Finanzmarktstabilitätsgesetz oder § 4a Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz) auch der **Öffentlichkeit** zur Verfügung gestellt werden, sofern nicht besondere Geheimhaltungsinteressen vorliegen.
- Statistische Aufbereitungen über **staatsnahe Unternehmen und Verbände** (von den Gebietskörperschaften kontrollierte Organisationen im Sinne des ESVG), die die **Infrastruktur** in Österreich im Wesentlichen bereitstellen, im Zuge der Novellierung der **Gebärungsstatistikverordnung** rechtlich zu verankern. Informationen über die **Aktiva und Passiva**, über **öffentliche Transfers**, den **Finanzierungssaldo** und über **Haftungen** von Staatsunternehmen gegenüber Dritten sowie **Personalkapazitäten** sind für Effizienz- und Bonitätsanalysen sowie für das strategische Risikocontrolling der Gebietskörperschaften von Belang. Einige diesbezügliche Kenngrößen (u. a. Schuldenstand, Haftungen) sind durch die Fiskalrahmenrichtlinie der EU ab dem Jahr 2014 jedenfalls zu erfassen. Zudem wären Ausgliederungsberichte – unter Vermeidung von Doppelgleisigkeiten – nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landes- und Gemeindeebene notwendig.
- **Grundsatzentscheidungen** über **gebietskörperschaftsübergreifende Kompetenz- und Struktur-reformen** (Föderalismusreform) u. a. im Bereich Verwaltungseffizienz, Schulwesen, Beamtenpensionsrecht, Förderwesen, öffentlicher Nahverkehr sowie Steuerkompetenz der Länder und Gemeinden als **prioritär** in das **kommende Regierungsprogramm** aufzunehmen und in der **nächsten Legislaturperiode entschlossen umzusetzen**. Mit einer Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung für öffentliche Leistungen wie **Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Sozialhilfe auf einer Gebietskörperschaftsebene** könnten nicht nur Anreizmechanismen zur soliden Budgetgebarung und effizienten Aufgabenerfüllung gestärkt und der Konsolidierungsdruck verringert, sondern auch einfachere Strukturen mit Transferentflechtungen realisiert werden.

- Den Reformprozess für eine grundlegend neue **Gesamtarchitektur des Finanzausgleichs** durch die Festlegung der **zentralen Ziele und Prinzipien auf politischer Ebene** voranzutreiben und dabei die **Eigenverantwortung** durch Abbau von Mischfinanzierungen und die **Einnahmenverantwortung der Länder und Gemeinden** zu stärken. Das neue Finanzausgleichssystem sollte spätestens bis Ende 2016 implementiert werden und aus Sicht des Staatsschuldenausschusses den Prinzipien der **fiskalischen Äquivalenz** (Übereinstimmung von Nutznießer und Kostenträger) sowie der **Konnexität** (Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung) folgen.
- **Auf subnationaler Ebene** organisatorische Verbesserungen sowie **mit dem neuen Bundeshaushaltsrecht 2013 kompatible Budgetordnungen** (mit integrierter Finanzierungs-, Ergebnis- und Vermögensrechnung) zu implementieren und bestehende **regionale Divergenzen zu beseitigen**. Für eine effektive Gesamtsteuerung der Finanzpolitik und für die Umsetzung von bedeutenden Vorhaben in Österreich sind aussagekräftige und vergleichbare Informationen über die Budgetlage, die mittelfristige Budgetentwicklung, die Nettovermögensposition und über Eventualverbindlichkeiten von allen Gebietskörperschaften erforderlich. Eine diesbezügliche umfassende Reform der **Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung mit verbindlichen Buchungsvorgaben** ist dringend erforderlich.
- Die seit dem Jahr 2012 geltenden **Haftungsobergrenzenbestimmungen** von Bund, Ländern und Gemeinden restriktiver, einheitlicher und transparenter zu gestalten und in ein strategisches und laufendes Risikomanagementsystem einzubetten. Die Finanz- und Schuldenkrise zeigte, dass explizite und implizite Haftungen unerwartet und in großem Umfang schlagend werden können. Aus Risikosicht ist die Grenzziehung zwischen **Haftungen** (z. B. EFSF), **strategischen Beteiligungen** (z. B. Partizipationskapital, ESM, Infrastrukturunternehmen, Banken mit Landeshaftung) oder sonstigen **strategischen Veranlagungen** (z. B. Darlehensgewährung) unscharf. Haftungsobergrenzenengesetze unterstützen ein umfassendes Risikomanagement, können es aber nicht ersetzen.
- Risikoaverse, umfassende und spezifizierte **Standards** (einschließlich Verbuchung, Berichtspflichten und Transparenz) für **Veranlagungs- und Finanzierungsgeschäfte** der **Gebietskörperschaften** und von **staatsnahen Unternehmen** mit **gemeinwirtschaftlichem** Auftrag rechtlich zu verankern.
- Auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen das gegenwärtig äußerst niedrige Zinsniveau für **langfristige Finanzierungen mit fixer Verzinsung** zu nutzen.
- **Auf europäischer Ebene** dazu beizutragen, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Stabilität von Finanzmärkten und Banken, die eine faire Wettbewerbssituation gewährleisten, **einander erfolgreich ergänzen**. Die **notwendigen Maßnahmen** für eine Lösung der Staatsschuldenkrise wie auch der Arbeitsmarktkrisen sind **zu ergreifen**, da alle Länder des Euroraums – auch Österreich – vom gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum erheblich profitieren.

## **Exkurs: Fiskalischer Rechtsrahmen der Europäischen Union und rechtliche Umsetzung in Österreich**

Sofern nicht Ausnahmeregeln (wie z. B. bei Naturkatastrophen oder schwerwiegendem Konjunkturschwung) anzuwenden sind, gelten folgende EU-Vorgaben für Österreich:

- Solange der **strukturelle Budgetsaldo des Gesamtstaates** (konjunkturbereinigter Haushaltssaldo ohne Anrechnung von Einmalmaßnahmen und sonstigen befristeten Maßnahmen) das nationale mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht, muss **die strukturelle Defizitquote jährlich um etwa 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die Anpassung zu beschleunigen.
- Gemäß den Ratsempfehlungen (Dezember 2009) ist Österreich angesichts des **Verfahrens wegen eines „übermäßigen Defizits“** (ÜD-Verfahren) verpflichtet
  - eine Rückführung der Defizitquote auf **unter 3% des BIP bis 2013**,

- eine durchschnittliche, jährliche **Reduktion des strukturellen Budgetdefizits von 0,75% des BIP** in den Jahren 2011 bis 2013 und
- eine rückläufige Schuldenquote zu erreichen.
- Nach Beendigung des ÜD-Verfahrens darf der jährliche (reale) **Ausgabenwuchs des Staates die mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs nicht überschreiten**, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Solange das mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht wird, ist der Ausgabenwuchs stärker zu dämpfen. Für Österreich beträgt dieser Abschlag etwa einen Prozentpunkt.
- Bei der **Rückführung von Staatsschuldenquoten** muss sichergestellt werden, dass sich der **Abstand zum Referenzwert von 60% des BIP** in den letzten drei Jahren (Jahre t-1 bis t-3) oder auf Basis der Prognose der Europäischen Kommission (**No-Policy-Change-Annahmen**; Jahre t-1, t und t+1) um durchschnittlich **5% pro Jahr verringert**. Für Mitgliedstaaten, die einem ÜD-Verfahren unterliegen, besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**. Eine Einhaltung der **Schuldenregel** am Ende der Übergangsperiode soll sichergestellt werden.
- **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur** in den EU-Mitgliedstaaten (u. a. nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen, höhere Transparenz (auch bei staatsnahen Einheiten), die auf nationaler Ebene bis **Ende 2013** anzuwenden sind.
- Eine **Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht** und die rechtlich verbindliche, dauerhafte **Limitierung des mittelfristigen Budgetziels** mit einem strukturellen Budgetdefizit von max. 0,5% des BIP auf Basis des „**Fiskalpakts**“ (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU). Zudem müssen die teilnehmenden Staaten einen **automatischen Korrekturmechanismus** einrichten.

Die Umsetzung der fiskalischen EU-Vorgaben in nationales Recht erfolgte in Österreich in Form des **Österreichischen Stabilitätspakts 2012**, der **rückwirkend** mit Anfang 2012 – für das Land Salzburg mit Anfang 2013 – in Kraft trat. Der ÖStP 2012 sieht als **mittelfristiges Budgetziel (MTO)** ein **strukturelles gesamtstaatliches Budgetdefizit** von maximal **0,45% des BIP ab dem Jahr 2017** (Bund und Sozialversicherungsträger: 0,35% des BIP; Länder und Gemeinden: 0,1% des BIP), das **Wirkenlassen** von automatischen **Stabilisatoren**, Ausnahmen im Fall außergewöhnlicher Umstände und **einen rückzuführenden Budgetpuffer** („Kontrollkonto“) vor, der zusätzliche, nicht diskretionäre Defizitüberschreitungen von bis zu 1,6% des BIP erlaubt. Eine Verankerung der Schuldenbremse in der österreichischen Verfassung erfolgte nicht.

## **Empfehlung zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2013 vom Dezember 2012**

---

### **Rahmenbedingungen**

Für das Jahr 2013 ist weltweit mit einer schwachen Wirtschaftsdynamik zu rechnen. Für den **Euroraum** gehen die jüngsten internationalen Prognosen von einer Fortsetzung der Rezession im ersten Halbjahr 2013 aus, nachdem im Jahr 2012 die reale Wirtschaftsleistung um 0,4% (Quelle: OECD) im Jahresabstand schrumpfte. Vor allem die schwache Binnennachfrage im Euroraum trübt die Konjunktorentwicklung. Eine Erholung der Wirtschaft wird im zweiten Halbjahr 2013 erwartet. Insgesamt setzt die Stabilisierung der europäischen Wirtschaft ein gestärktes Vertrauen der Wirtschaftsakteure in die EU voraus, das durch glaubwürdige und substanzielle Fortschritte im Bereich der europäischen Integration (z. B. Einigung über die künftige Bankenunion) sowie durch die Fortsetzung der Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte in den Ländern des Euroraums erreicht werden müsste. Abwärtsrisiken bestehen insbesondere durch eine sich wieder verschärfende Finanz- und Schuldenkrise.

Für **Österreich** ist eine im Vergleich zum Euroraum günstigere Wirtschaftsentwicklung zu erwarten: Für das Gesamtjahr 2013 wird gegenwärtig ein BIP-Wachstum in der Größenordnung des Jahres 2012 von 0,5% bis 1,0% erwartet. Im ersten Halbjahr 2013 dürfte sich die Phase des schwachen Wirtschaftswachstums im Jahresvergleich fortsetzen. Wichtige Impulse sollten von den Exporten, insbesondere vom Absatzmarkt Deutschland, ausgehen, die sich im Jahresverlauf langsam aber stetig erholen. Die schwache Auftragslage und Auslastung der Produktionskapazitäten dämpfen – trotz niedrigem Zinsniveau in Österreich – die Investitionsnachfrage. Auch öffentlicher und privater Konsum dürften die Binnennachfrage nur schwach beleben.

Auf dem **österreichischen Arbeitsmarkt** zeichnet sich für das Jahr 2013 eine Verlangsamung des regen Beschäftigungswachstums und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ab: Die durchschnittliche Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten wird 2013 im Jahresabstand um etwa 20.000 Personen steigen (2012 um etwa 47.000 Personen). Im gleichen Zeitraum nimmt die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen in der Größenordnung von 20.000 Personen (2012 um etwa 14.000 Personen) zu. Die Zahl der Arbeitslosen liegt infolge eines höheren Arbeitskräfteangebots und der schwachen Konjunkturlage deutlich über jener vor der Krise. Die Arbeitslosenquote Österreichs wird sich gemäß Europäischer Kommission von 4,5% (2012) auf 4,7% (2013) erhöhen, aber die geringste in der EU bleiben.

Für das **gesamstaatliche Defizit Österreichs** wurde laut (aktuellem) Österreichischen Stabilitätsprogramm vom April 2012 eine Quote von 2,1% des BIP im Jahr 2013 (2012: 3,0%) angestrebt, die bis zum Jahr 2016 schrittweise auf null rückgeführt werden soll. Zusätzliche Maßnahmen im Rahmen des österreichischen Bankenpakets und die schwache Konjunkturlage könnten allerdings zu einer leichten Überschreitung des gesetzten Budgetziels für das Jahr 2013 führen. Die **gegenwärtige Schätzung des BMF** geht von einem gesamstaatlichen Budgetdefizit von 2,3% des BIP für 2013 (2012: 3,1% des BIP) aus. Der **vorgesehene Konsolidierungspfad** bis 2016, der im Oktober 2010 in Loipersdorf eingeleitet und durch das Stabilitätspaket vom Frühjahr 2012 fortgeführt wurde, enthält ein Bündel von **steuerlichen und ausgabenseitigen Maßnahmen** (z. B. Stabilitätsabgabe der Banken, Erhöhung der Mineralölsteuer, Kapitalertragsteuer auf Wertpapierverkäufe, Besteuerung von Gewinnen bei Immobilienveräußerungen, Finanztransaktionssteuer, Solidarabgabe für hohe Einkommen, Beschränkung des Vorsteuerabzugs bei der Umsatzsteuer, Kürzung der 13. Familienbeihilfe, niedrige Gehalts- und Pensionsabschlüsse, restriktive Personalpolitik, Strukturreformen zur Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters etc.) sowie „**Offensivmaßnahmen**“ zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung, wie z. B. im Bereich der Universitäten und Fachhochschulen sowie der Langzeitpflege.

Bei Einhaltung des Konsolidierungspfades ist von der **Einstellung des ÜD-Verfahrens gegen Österreich** im Laufe des Jahres 2013 auszugehen: Neben der nachhaltigen Unterschreitung des Referenzwertes für das gesamstaatliche Defizit in Höhe von 3% des BIP ab dem Jahr 2013 dürfte die **Rückführung des strukturellen Defizits** (in % des BIP), wenn man die Revisionen des Potenzialwachstums berücksichtigt, den Ratsempfehlungen von durchschnittlich 0,75% p.a. in den Jahren zwischen 2011 und 2013 entsprechen. Die aktuellen Berechnungen der Europäischen Kommission für die Jahre 2011 bis 2013 ergeben ein geringeres potenzielles Outputniveau als zum Zeitpunkt der ÜD-Vorgaben (Dezember 2009) erwartet wurde. Für 2012 bis 2014 wurden Potenzialwachstumsraten von nur noch 1,2% p.a. ermittelt (EK-Prognose vom Herbst 2012), während im Herbst 2009 von Wachstumsraten in der Größenordnung von 1,6% p.a. ausgegangen wurde.

Für die **Staatsverschuldung** ist Ende des Jahres 2013 (BMF-Budgetbericht vom Oktober 2012) eine Quote von 75,4% des BIP (2012: 74,7% des BIP) zu erwarten. Ausgehend von diesem **Höchststand** soll eine schrittweise Rückführung im Einklang mit der Schuldenregel des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfolgen.

## **Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses**

Der **Staatsschuldenausschuss empfiehlt** vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise, der hohen Staatsverschuldung, der unionsrechtlichen Vorschriften über die Haushaltsdisziplin und unter den derzeit zu erwartenden ökonomischen Rahmenbedingungen **für das Jahr 2013 Folgendes:**

- Den seit 2011 verfolgten **moderaten Konsolidierungskurs** trotz konjunktureller Schwächeperiode

und anstehenden Wahlen konsequent **fortzusetzen**. Die nachhaltige Rückführung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits unter 3% des BIP ab dem Jahr 2013, ein weitgehend ausgeglichener Staatshaushalt bis zum Jahr 2016 und in den Folgejahren sowie eine Trendwende bei der Entwicklung der Schuldenquote dürfen nicht in Zweifel gezogen werden.

- **Konjunkturbedingte** Einnahmen- und Ausgabenänderungen im Budget (automatische Stabilisatoren) **voll wirken zu lassen**. Wenn beschäftigungspolitische Maßnahmen ergriffen werden, sollten diese möglichst effizient wirken und gegenfinanziert sein.
- **Keine politisch motivierten Ausgabenerhöhungen oder Einnahmensenkungen** zu verabschieden („Wahlgeschenke“), die den Sparzwang in der nächsten Legislaturperiode zusätzlich verschärfen.
- In den nächsten Jahren bei **Einnahmen mindernden Maßnahmen Gegenfinanzierung** vorzusehen. **Steuerreformen** sollten primär strukturelle Veränderungen bewirken und darauf abzielen, den **Faktor Arbeit in Österreich zu entlasten sowie Sonderbestimmungen** (Ausnahmen) zu **beseitigen**. Die Budgetkonsolidierung soll Vorrang vor allfälligen Steuerreduktionen haben.
- **Politische Grundsatzentscheidungen mit gebietskörperschaftsübergreifenden Kompetenz- und Strukturreformen** u. a. im Bereich Verwaltungseffizienz, Schulwesen, Beamtenpensionsrecht, Förderwesen, öffentlicher Nahverkehr sowie Steuerkompetenz der Länder und Gemeinden **weiter voranzutreiben** und die im Dezember 2012 beschlossene Reform des Gesundheitswesens konsequent umzusetzen. Ohne Strukturmaßnahmen überträgt sich der Konsolidierungsdruck auf jene Bereiche, die zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen. Für derartige Reformen liegen zahlreiche Vorschläge (RH, WIFO, IHS, StA, KDZ) vor.
- Den mit dem **Bundeshaushaltsrecht 2013** vollzogenen **Wandel** hin zur Ergebnis- und Wirkungsorientierung (welche Ergebnisse mit dem Steuergeld erzielt werden sollen), Eigenverantwortung und Transparenz auf Bundesebene zu vertiefen. Der Staatsschuldenausschuss begrüßt die neue Steuerungsarchitektur einschließlich der Implementierung des Gender Budgeting und plädiert zudem für eine Stärkung der **dezentralen Personalsteuerung** und für die **Anpassung der Aufbauorganisation des Bundes** an die neue Steuerungsarchitektur, um kompetenzrechtliche Überschneidungen und divergierende Wirkungsziele zu vermeiden. Ferner erscheint es zweckmäßig, **Rücklagenauflösungen** (soweit bekannt) in den **Teilheften** zu den **Voranschlägen** auszuweisen. Weiters soll als Anhang zu den Berichten der **Wirkungscontrollingstelle** des Bundeskanzleramts an den Nationalrat jeweils eine **Übersicht über wirkungsorientierte Folgeabschätzungen von Rechtsnormen** angeschlossen werden. Das neue Haushaltsrecht des Bundes fand auch international Anerkennung.
- **Mit dem neuen Bundeshaushaltsrecht 2013 kompatible Budgetordnungen** nunmehr auf **subnationaler Ebene** zu implementieren und bestehende **regionale Divergenzen zu beseitigen**. Für eine effektive Gesamtsteuerung der Finanzpolitik und für die Umsetzung von bedeutenden Vorhaben in Österreich sind aussagekräftige und vergleichbare Informationen über die Budgetlage, mittelfristige Budgetentwicklung, Nettovermögensposition und über Eventualverbindlichkeiten von allen Gebietskörperschaften erforderlich. Eine diesbezügliche umfassende Reform der **Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung** ist dringend erforderlich.
- **Stark vereinfachte und praktikable Umsetzungsvorgaben** für die **Einhaltung der „Schuldenbremse“** in Form des **Österreichischen Stabilitätspakts 2012**, der rückwirkend mit 1. Jänner 2012 in Kraft trat, auf **Länder- und Gemeindeebene** im Einklang mit den Umsetzungsvorgaben der EU (Beschluss des ECOFIN-Rates vom 24. Jänner 2012 „Specifications on the implementation of the Stability and Growth Pact and Guidelines on the format and content of Stability and Convergence Programmes“) auszuarbeiten und die **Koordinierungsarbeit** (insbesondere ex ante) der im Österreichischen Stabilitätspakt vorgesehenen **Bundes- und Landeskoordinierungsgremien zu intensivieren**. Ein Verordnungsentwurf auf Bundesebene zur Umsetzung der Schuldenbremse bzw. des ÖStP 2012 liegt vor.
- Die Arbeiten der Gruppe **„Grundsätzliche Reform des Finanzausgleichs“** sowie den diesbezüglichen **politischen Diskussionsprozess** deutlich zu intensivieren und zumindest bis Ende 2016 ein **neues aufgabenorientiertes Finanzausgleichssystem mit gestärkter Eigenverantwortung und Abgabenaunomie** zu erarbeiten und zu implementieren. Auch andere Institutionen wie OECD und

IWF haben wiederholt auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der finanziellen Verflechtungen der unterschiedlichen Gebietskörperschaften hingewiesen. Umfangreiche Studien zum österreichischen Finanzausgleich, die Veränderungsoptionen aufzeigen, liegen seit Längerem vor. Aus Sicht des Staatsschuldenausschusses sind in erster Linie die Herstellung der **fiskalischen Äquivalenz** (Übereinstimmung von Nutznießer und Kostenträger) sowie der **Konnexität** (Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung) von Bedeutung. Neben diesen Effizienzkriterien müsste der Finanzausgleich aber weiterhin auf die Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften Bedacht nehmen und Elemente eines Ressourcenausgleichs für strukturschwache Regionen sowie einen Lastenausgleich z. B. für zentralörtliche Aufgaben enthalten.

- **Strenge, einheitliche und klare Standards** für nur noch risikoarme **Veranlagungs- und Finanzierungsgeschäfte (einschließlich Transparenz)** für alle Gebietskörperschaften zu entwickeln und den **Richtlinien** der gebietskörperschaftlichen Ebenen **größere Verbindlichkeit** einzuräumen. Solche Vorgaben könnten als Entscheidungskriterien für Genehmigungen durch den Landtag bzw. für die Gemeindeaufsicht zur Beurteilung und Genehmigung von Finanzgeschäften der Gemeinden herangezogen werden.
- Auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen das gegenwärtig äußerst niedrige Zinsniveau für **langfristige Finanzierungen mit fixer Verzinsung** zu nutzen.
- Auf **europäischer Ebene** dazu beizutragen, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte, die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Stabilität von Finanzmärkten und Banken, die eine faire Wettbewerbssituation gewährleisten, **einander erfolgreich ergänzen**. Die **notwendigen Maßnahmen** für eine Lösung der Staatsschuldenkrise sind **zu ergreifen**, da alle Länder des Euroraums – auch Österreich – vom gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum erheblich profitieren.

## **Exkurs: Fiskalischer Rechtsrahmen der Europäischen Union und rechtliche Umsetzung in Österreich**

Sofern nicht Ausnahmeregelungen (wie z. B. bei Naturkatastrophen, schwerwiegendem Konjunkturabschwung) anzuwenden sind, gelten folgende EU-Vorgaben für Österreich:

- Solange der **strukturelle Budgetsaldo des Gesamtstaates** (konjunkturbereinigter Haushaltssaldo ohne Anrechnung von Einmalmaßnahmen und sonstigen befristeten Maßnahmen) das nationale mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht, muss **die strukturelle Defizitquote jährlich um etwa 0,5% des BIP reduziert** werden. In konjunkturell guten Zeiten sowie bei einer Verschuldungsquote von über 60% des BIP ist die Anpassung zu beschleunigen.
- Gemäß den Ratsempfehlungen (Dezember 2009) ist Österreich angesichts des **Verfahrens wegen eines „übermäßigen Defizits“** (ÜD-Verfahren) verpflichtet
  - eine Rückführung der Defizitquote auf **unter 3% des BIP bis 2013**,
  - eine durchschnittliche, jährliche **Defizitreduktion (strukturell) von 0,75% des BIP** in den Jahren 2011 bis 2013 und
  - eine rückläufige Schuldenquote zu erreichen.
- Nach **Beendigung des ÜD-Verfahrens** darf der jährliche (reale) **Ausgabenwuchs des Staates** die **mittelfristige Wachstumsrate des Potenzialoutputs nicht überschreiten**, außer es erfolgt eine diskretionäre Kompensation durch Einnahmen. Solange das mittelfristige Budgetziel (MTO) nicht erreicht wird, ist **der Ausgabenwuchs stärker zu dämpfen**. Für Österreich beträgt dieser Abschlag etwa einen Prozentpunkt.
- Bei der **Rückführung von Staatsschuldenquoten** muss sichergestellt werden, dass sich der **Abstand zum Referenzwert von 60% des BIP** in den letzten drei Jahren (Jahre t-1 bis t-3) oder auf Basis der Prognose der Europäischen Kommission (No-Policy-Change-Annahmen: Jahre t-1, t und t+1) um

durchschnittlich **5% pro Jahr verringert**. Für Mitgliedstaaten, die einem ÜD-Verfahren unterliegen, besteht ein **dreijähriger Übergangszeitraum**. Eine Einhaltung der Schuldenregel am Ende der Übergangsperiode soll sichergestellt werden.

- **Mindeststandards für die Fiskalarchitektur** in den EU-Mitgliedstaaten (u. a. nationale Fiskalregeln, Haushaltsrahmen mit Planungshorizont von mindestens drei Jahren, nationale Kontroll- und Koordinationsmechanismen, höhere Transparenz (auch bei staatsnahen Einheiten)), die auf nationaler Ebene bis **Ende 2013** anzuwenden sind.
- Eine **Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht** auf Basis des „Fiskalpakts“ (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU). Darunter fällt, dass die EU-Vorgabe eines strukturell ausgeglichenen Haushalts (Untergrenze von  $-0,5\%$  des BIP) durch die Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich und dauerhaft auf nationaler Ebene implementiert werden soll. Zudem müssen die Mitgliedstaaten einen **automatischen Korrekturmechanismus** einrichten.

Die Umsetzung der fiskalischen EU-Vorgaben in nationales Recht erfolgt in Österreich in Form des **Österreichischen Stabilitätspakts 2012**, der rückwirkend mit Anfang 2012 in Kraft tritt. Der ÖStP 2012 sieht als **mittelfristiges Budgetziel (MTO)** ein **strukturelles gesamtstaatliches Budgetdefizit** von maximal **0,45% des BIP ab dem Jahr 2017** (Bund und Sozialversicherungsträger:  $0,35\%$  des BIP; Länder und Gemeinden:  $0,1\%$  des BIP), das Wirkenlassen von automatischen Stabilisatoren, Ausnahmen im Fall außergewöhnlicher Umstände und einen rückzuführenden Budgetpuffer („Kontrollkonto“), der zusätzliche, nicht diskretionäre Defizitüberschreitungen von bis zu  $1,6\%$  des BIP erlaubt, vor. Eine Verankerung der Schuldenbremse in der österreichischen Verfassung erfolgte bislang nicht.

## A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT

### Öffentlicher Finanzierungssaldo nach Sektoren

Jahre	Öffentlicher Finanzierungssaldo <sup>1)</sup>							
	Bundessektor		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	-9.154	-5,2	-752	-0,4	-202	-0,1	-10.109	-5,8
1996	-7.410	-4,1	208	0,1	15	0,0	-7.187	-4,0
1997	-5.024	-2,7	1.404	0,8	293	0,2	-3.327	-1,8
1998	-5.659	-2,9	936	0,5	209	0,1	-4.515	-2,4
1999	-4.893	-2,5	399	0,2	-83	0,0	-4.577	-2,3
2000	-3.521	-1,7	282	0,1	-260	-0,1	-3.499	-1,7
2001	-1.551	-0,7	1.442	0,7	4	0,0	-105	0,0
2002	-2.564	-1,2	1.086	0,5	-86	0,0	-1.565	-0,7
2003	-3.651	-1,6	390	0,2	-129	-0,1	-3.390	-1,5
2004	-10.716	-4,6	477	0,2	-201	-0,1	-10.440	-4,4
2005	-4.544	-1,9	442	0,2	-60	0,0	-4.162	-1,7
2006	-3.769	-1,5	-234	-0,1	-3	0,0	-4.006	-1,5
2007	-2.437	-0,9	319	0,1	-254	-0,1	-2.372	-0,9
2008	-3.025	-1,1	244	0,1	147	0,1	-2.635	-0,9
2009	-8.767	-3,2	-2.765	-1,0	202	0,1	-11.330	-4,1
2010	-9.921	-3,5	-3.498	-1,2	553	0,2	-12.866	-4,5
2011	-7.175	-2,4	-823	-0,3	613	0,2	-7.385	-2,5
2012 <sup>2)</sup>	-8.126	-2,6	-3	0,0	444	0,1	-7.684	-2,5
2013 <sup>3)</sup>	-6.188	-1,9	-1.403	-0,4	144	0,0	-7.447	-2,3

1) Im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungsaustauschverträgen), 2004 inklusive OBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2013).

Quelle: Statistik Austria, BMF und WIFO (BIP; Stand: März 2013).

### Öffentliche Verschuldung nach Sektoren

Jahre	Öffentliche Verschuldung <sup>1)</sup>							
	Bundessektor <sup>2)</sup>		Länder und Gemeinden		Sozialversicherungsträger		Staat insgesamt	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	101.710	58,2	17.058	9,8	440	0,3	119.208	68,2
1996	104.966	58,1	17.540	9,7	518	0,3	123.024	68,1
1997	106.688	57,9	11.085	6,0	406	0,2	118.179	64,1
1998	112.425	58,6	10.816	5,6	400	0,2	123.641	64,4
1999	121.936	61,2	10.664	5,4	546	0,3	133.146	66,8
2000	126.723	60,8	10.392	5,0	880	0,4	137.995	66,2
2001	129.754	60,6	12.330	5,8	1.029	0,5	143.114	66,8
2002	134.266	60,9	10.474	4,7	1.280	0,6	146.020	66,2
2003	135.782	60,3	9.969	4,4	1.109	0,5	146.859	65,3
2004	139.614	59,5	10.854	4,6	1.402	0,6	151.870	64,7
2005	143.381	58,5	12.281	5,0	1.767	0,7	157.429	64,2
2006	146.146	56,4	13.386	5,2	1.861	0,7	161.393	62,3
2007	149.242	54,5	14.430	5,3	1.352	0,5	165.024	60,2
2008	162.782	57,6	15.977	5,7	1.716	0,6	180.475	63,8
2009	168.974	61,2	19.542	7,1	2.554	0,9	191.069	69,2
2010	179.302	62,6	24.834	8,7	1.951	0,7	206.087	72,0
2011	189.080	62,9	27.003	9,0	1.796	0,6	217.879	72,5
2012 <sup>3)</sup>	198.811	64,2	26.900	8,7	1.720	0,6	227.431	73,4
2013 <sup>4)</sup>	.	.	.	.	.	.	234.987	73,6

1) Gemäß ESVG 95 bzw. Ratsverordnung 475/2000 vom 28. Februar 2000 (Amtsblatt der EU Nr. L58/1).

2) Seit 1998 inklusive Rechtsträgerfinanzierung.

3) Vorläufige Daten.

4) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2013).

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO (BIP; Stand: März 2013).

**A 2 FISKALINDIKATOREN LAUT MAASTRICHT (Fortsetzung)****Finanzierungssaldo, Zinsaufwand und Primärsaldo des Staates**

Jahre	Finanzierungssaldo <sup>1)</sup>		Zinsaufwand <sup>1)</sup>		Primärsaldo <sup>1)</sup>	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	-10.109	-5,8	6.961	4,0	-3.148	-1,8
1996	-7.187	-4,0	6.952	3,9	-234	-0,1
1997	-3.327	-1,8	6.634	3,6	3.307	1,8
1998	-4.515	-2,4	6.864	3,6	2.350	1,2
1999	-4.577	-2,3	6.724	3,4	2.148	1,1
2000	-3.499	-1,7	7.173	3,4	3.674	1,8
2001	-105	0,0	7.218	3,4	7.113	3,3
2002	-1.565	-0,7	6.898	3,1	5.333	2,4
2003	-3.390	-1,5	6.594	2,9	3.204	1,4
2004	-10.440	-4,4	6.653	2,8	-3.787	-1,6
2005	-4.162	-1,7	7.062	2,9	2.900	1,2
2006	-4.006	-1,5	7.095	2,7	3.089	1,2
2007	-2.372	-0,9	7.524	2,7	5.152	1,9
2008	-2.635	-0,9	7.315	2,6	4.680	1,7
2009	-11.330	-4,1	7.647	2,8	-3.683	-1,3
2010	-12.866	-4,5	7.607	2,7	-5.259	-1,8
2011	-7.385	-2,5	7.841	2,6	456	0,2
2012 <sup>2)</sup>	-7.684	-2,5	8.052	2,6	367	0,1
2013 <sup>3)</sup>	-7.447	-2,3	8.280	2,6	833	0,3

1) Im Sinne der Budgetären Notifikation (Zinsaufwand unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen), 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

2) Vorläufige Daten.

3) Budgetäre Notifikation (Schätzung: BMF vom März 2013).

Quelle: Statistik Austria, BMF und WIFO (BIP; Stand: März 2013).

**Ausgaben-, Einnahmen- und Abgabenvolumen des Staates**

Jahre	Gesamtausgaben <sup>1)2)</sup>		Gesamteinnahmen <sup>1)</sup>		Abgaben (mit EU-Beiträgen) <sup>3)</sup>	
	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP	in Mio EUR	in % des BIP
1995	98.428	56,3	88.148	50,4	72.306	41,4
1996	100.863	55,9	93.389	51,7	77.248	42,8
1997	98.560	53,5	94.978	51,5	81.382	44,2
1998	103.074	53,7	98.309	51,2	84.660	44,1
1999	106.445	53,4	101.622	51,0	87.191	43,8
2000	108.287	51,9	104.443	50,1	89.733	43,0
2001	109.874	51,3	109.463	51,1	96.175	44,9
2002	111.751	50,7	109.745	49,8	96.146	43,6
2003	115.470	51,3	111.746	49,7	97.732	43,4
2004	126.173	53,8	115.455	49,2	100.914	43,0
2005	122.585	50,0	118.165	48,2	103.144	42,1
2006	127.293	49,1	122.955	47,5	107.405	41,5
2007	133.180	48,6	130.456	47,6	114.265	41,7
2008	139.494	49,3	136.656	48,3	120.667	42,7
2009	145.333	52,6	133.942	48,5	117.051	42,4
2010	150.593	52,6	137.765	48,1	120.102	41,9
2011	151.825	50,5	144.485	48,0	126.423	42,0
2012 <sup>4)</sup>	158.576	51,2	150.891	48,7	132.319	42,7
2013 <sup>5)</sup>	163.721	51,3	156.062	48,9	137.232	43,0

1) Laut Verordnung (EG) Nr. 1500/00; Zinsaufwand ohne Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus WTV.

2) 2004 inklusive ÖBB-Forderungsverzicht des Bundes.

3) Steuereinnahmen des Staates und tatsächlich gezahlte Sozialversicherungsbeiträge (nur Pflichtbeiträge; ESVG-Codes: D2+D5+D611+D91-D995) einschließlich EU-Eigenmittel.

4) Vorläufige Daten.

5) Österreichisches Stabilitätsprogramm (Schätzung: BMF vom April 2013).

Quelle: Statistik Austria, BMF und WIFO (BIP; Stand: März 2013).

**A 3 BEREINIGTE FINANZSCHULD<sup>1)</sup> UND NETTODEFIZIT DES BUNDES**

Jahre	Nettoveränderung						Stand Jahresende			In % des BIP	
	Euroschild <sup>2)</sup>		FW-Schild <sup>3)</sup>		Gesamt		Euroschild <sup>2)</sup>	FW-Schild <sup>3)</sup>	Gesamt	Finanz-	Netto-
	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in Mio EUR	in Mio EUR	schuld	defizit
1965	117	7,2	-46	-12,7	70	3,5	1.738	317	2.055	11,5	0,5
1966	122	7,0	-49	-15,5	73	3,5	1.860	267	2.128	10,9	0,4
1967	130	7,0	256	95,6	385	18,1	1.990	523	2.513	12,1	1,9
1968	43	2,2	339	64,9	382	15,2	2.033	863	2.895	13,0	1,8
1969	209	10,3	65	7,5	273	9,4	2.241	927	3.169	13,0	0,7
1970	182	8,1	53	5,7	252	8,0	2.441	980	3.421	12,5	0,6
1971	82	3,4	-99	-10,1	-16	-0,5	2.523	882	3.405	11,2	0,4
1972	352	13,9	-133	-15,1	219	6,4	2.875	749	3.623	10,4	0,3
1973	558	19,4	-93	-12,5	465	12,8	3.432	655	4.088	10,4	1,3
1974	45	1,3	329	50,1	374	9,1	3.478	984	4.462	9,9	1,9
1975	1.486	42,7	1.346	136,8	2.832	63,5	4.964	2.330	7.294	15,3	4,5
1976	2.218	44,7	210	9,0	2.428	33,3	7.182	2.540	9.722	17,5	4,5
1977	1.332	18,5	906	35,7	2.238	23,0	8.514	3.447	11.961	19,5	3,6
1978	1.598	18,8	916	26,6	2.513	21,0	10.112	4.362	14.474	22,3	4,1
1979	2.042	20,2	264	6,0	2.306	15,9	12.154	4.626	16.780	23,5	3,4
1980	182	1,5	653	14,1	2.201	13,1	13.702	5.279	18.981	24,8	2,9
1981	885	6,5	1.593	30,2	2.478	13,1	14.586	6.872	21.459	26,3	2,5
1982	2.363	16,2	1.002	14,6	3.365	15,7	16.950	7.874	24.824	28,3	4,0
1983	4.169	24,6	1.253	15,9	5.422	21,8	21.119	9.127	30.246	32,4	5,3
1984	4.377	20,7	-482	-5,3	3.895	12,9	25.496	8.645	34.141	34,8	4,4
1985	4.075	16,0	-17	-0,2	4.057	11,9	29.570	8.628	38.198	36,9	4,4
1986	6.204	21,0	428	5,0	6.632	17,4	35.774	9.055	44.830	41,1	5,1
1987	5.852	16,4	10	0,1	5.862	13,1	41.626	9.065	50.691	44,8	4,7
1988	3.131	7,5	441	4,9	3.572	7,0	44.757	9.506	54.263	45,8	4,1
1989	4.249	9,5	-361	-3,8	3.888	7,2	49.006	9.145	58.150	45,8	3,6
1990	3.773	7,7	692	7,6	4.465	7,7	52.779	9.837	62.616	46,0	3,4
1991	4.581	8,7	952	9,7	5.533	8,8	57.360	10.789	68.149	46,7	3,1
1992	2.221	3,9	1.721	16,0	3.942	5,8	59.581	12.510	72.091	46,7	3,1
1993	5.471	9,2	2.959	23,7	8.430	11,7	65.052	15.469	80.521	50,6	4,5
1994	5.052	7,8	3.494	22,6	8.547	10,6	70.104	18.963	89.068	53,3	4,6
1995	6.295	9,0	2.193	11,6	8.488	9,5	76.400	21.156	97.556	55,8	4,9
1996	3.602	4,7	356	1,7	3.958	4,1	80.001	21.512	101.514	56,2	3,6
1997	5.099	6,4	647	3,0	5.746	5,7	85.100	22.160	107.260	58,2	2,7
1998	-1.366	-1,6	5.709	25,8	4.343	4,0	83.734	27.869	111.603	58,2	2,5
1998 <sup>4)</sup>	.	.	.	.	.	.	97.939	13.664	111.603	58,2	2,5
1999	3.257	3,3	3.115	22,8	6.372	5,7	101.196	16.778	117.974	59,2	2,5
2000	2.788	2,8	-56	-0,3	2.731	2,3	103.984	16.722	120.705	57,9	1,4
2001	1.236	1,2	-529	-3,2	707	0,6	105.220	16.193	121.413	56,7	0,7
2002	3.028	2,9	-487	-3,0	2.541	2,1	108.248	15.705	123.953	56,2	1,1
2003	4.730	4,4	-1.806	-11,5	2.924	2,4	112.979	13.899	126.878	56,4	1,6
2004	9.460	8,4	-787	-5,7	8.673	6,8	122.439	13.112	135.550	57,8	2,0
2005	7.256	5,9	-1.477	-11,3	5.779	4,3	129.694	11.635	141.329	57,6	1,9
2006	7.252	5,6	-3.316	-28,5	3.936	2,8	136.946	8.319	145.265	56,1	1,7
2007	3.136	2,3	-1.025	-12,3	2.111	1,5	140.082	7.294	147.376	53,8	1,0
2008	14.019	10,0	576	7,9	14.595	9,9	154.102	7.869	161.971	57,3	3,4
2009	9.521	6,2	-2.777	-35,3	6.744	4,2	163.623	5.092	168.715	61,1	2,6
2010	9.291	5,7	-1.236	-24,3	8.055	4,8	172.914	3.856	176.770	61,7	2,7
2011	7.637	4,4	-1.232	-31,9	6.405	3,6	180.551	2.624	183.176	60,9	1,5
2012	8.999	5,0	-2.624	-100,0	6.375	3,5	189.550	-	189.550	61,2	2,2

1) Unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993, der Währungstauschverträge seit 1989 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresresultimos.

4) Rückrechnung.

## A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES

### Aufwand für die Finanzschuld<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	Aufwand für die Euroschuld <sup>2)</sup>					Aufwand für die Fremdwährungsschuld				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand <sup>3)</sup>	Summe	Tilgung	Summe Euroschuld	Zinsen	Sonstiger Aufwand <sup>3)</sup>	Summe	Tilgung	Summe FW-Schuld
1970	.	.	.	.	426	.	.	.	.	150
1971	.	.	.	.	469	.	.	.	.	206
1972	.	.	.	.	525	.	.	.	.	172
1973	.	.	.	.	578	.	.	.	.	95
1974	.	.	.	.	615	.	.	.	.	165
1975	.	.	.	.	805	.	.	.	.	168
1976	.	.	.	.	1.102	.	.	.	.	334
1977	.	.	.	.	1.336	.	.	.	.	316
1978	676	44	720	1.052	1.772	261	22	282	93	376
1979	790	42	832	1.021	1.854	299	12	311	286	597
1980	920	41	961	1.073	2.034	319	15	333	248	581
1981	1.077	36	1.113	1.544	2.658	383	13	395	212	607
1982	1.310	46	1.355	1.506	2.862	488	23	511	326	837
1983	1.411	62	1.473	1.473	2.946	502	16	518	383	901
1984	1.799	68	1.867	1.610	3.477	564	22	586	775	1.362
1985	2.129	56	2.184	1.552	3.736	537	40	577	749	1.326
1986	2.418	34	2.452	1.491	3.943	534	72	606	952	1.559
1987	2.873	61	2.934	1.724	4.658	553	32	585	827	1.412
1988	3.133	55	3.188	1.936	5.124	520	51	571	918	1.489
1989	3.315	63	3.378	2.005	5.383	551	30	580	517	1.097
1990	3.717	73	3.790	1.708	5.498	588	26	614	685	1.298
1991	4.189	91	4.280	2.137	6.417	640	26	666	239	905
1992	4.546	84	4.630	2.360	6.989	684	37	721	708	1.429
1993	4.718	21	4.739	2.639	7.377	747	27	773	1.348	2.121
1994	4.596	121	4.717	3.989	8.707	880	32	912	886	1.798
1995	4.873	116	4.988	6.864	11.852	1.073	48	1.121	1.753	2.874
1996	5.235	140	5.375	6.210	11.585	1.023	36	1.059	1.610	2.669
1997	5.282	49	5.331	5.621	10.952	1.099	18	1.117	1.360	2.478
1998	5.423	-105	5.318	9.252	14.571	1.126	-190	936	1.743	2.679
1999	6.034	0	6.034	11.126	17.160	607	4	612	433	1.045
2000	6.025	211	6.237	11.312	17.548	736	20	756	2.008	2.764
2001	5.911	-88	5.823	9.706	15.529	649	-9	640	1.650	2.291
2002	6.044	-32	6.012	12.459	18.471	533	24	557	1.975	2.532
2003	5.782	-54	5.729	14.697	20.425	520	8	527	1.572	2.099
2004	5.930	-31	5.900	13.203	19.103	432	-100	332	1.853	2.185
2005	6.385	-200	6.185	18.117	24.303	404	-123	281	1.444	1.725
2006	6.585	156	6.741	15.584	22.325	336	-230	105	2.492	2.597
2007	6.407	545	6.952	18.971	25.923	235	-431	-195	964	768
2008	6.394	63	6.457	9.731	16.188	238	7	246	690	936
2009	6.497	-25	6.472	22.276	28.748	252	-5	246	2.988	3.234
2010	6.787	-1.209	5.578	15.638	21.216	151	0	151	1.788	1.939
2011	7.077	-398	6.679	13.884	20.563	125	1	126	696	822
2012	7.428	-918	6.510	17.410	23.920	105	0	105	1.891	1.996
2013 <sup>4)</sup>	7.563	-1.070	6.493	20.530	27.023	0	1	1	0	1

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, inkl. im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Bis Ende 1998 Aufwand für die Schillingschuld.

3) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

4) Bundesvoranschlag (Finanzierungsvoranschlag).

**A 4 ZINSEN UND TILGUNGEN FÜR DIE FINANZSCHULD DES BUNDES**

(Fortsetzung)

**Aufwand für die Finanzschuld<sup>1)</sup> (in Mio EUR)**

Jahre	Aufwand für die Finanzschuld insgesamt				
	Zinsen	Sonstiger Aufwand <sup>2)</sup>	Summe	Tilgung	Gesamt
1970	198	16	214	362	576
1971	213	22	235	440	675
1972	218	24	242	454	696
1973	235	26	261	412	673
1974	265	15	280	500	780
1975	343	85	428	545	973
1976	572	84	656	780	1.436
1977	717	64	781	871	1.652
1978	937	65	1.002	1.146	2.148
1979	1.089	55	1.144	1.307	2.451
1980	1.239	56	1.294	1.321	2.615
1981	1.460	49	1.509	1.756	3.265
1982	1.798	69	1.867	1.832	3.699
1983	1.913	78	1.991	1.857	3.848
1984	2.363	90	2.453	2.386	4.839
1985	2.666	96	2.761	2.301	5.062
1986	2.952	106	3.058	2.444	5.502
1987	3.427	93	3.519	2.551	6.070
1988	3.653	107	3.760	2.853	6.613
1989	3.865	93	3.958	2.522	6.480
1990	4.305	99	4.404	2.392	6.796
1991	4.829	117	4.946	2.376	7.322
1992	5.230	121	5.351	3.068	8.418
1993	5.464	48	5.512	3.986	9.498
1994	5.476	153	5.629	4.875	10.504
1995	5.946	164	6.109	8.617	14.726
1996	6.259	175	6.434	7.820	14.254
1997	6.381	67	6.448	6.982	13.430
1998	6.549	-295	6.254	10.995	17.249
1999	6.641	4	6.646	11.559	18.205
2000	6.761	231	6.993	13.320	20.313
2001	6.560	-96	6.463	11.357	17.820
2002	6.577	-9	6.569	14.435	21.003
2003	6.302	-46	6.256	16.269	22.525
2004	6.362	-131	6.231	15.056	21.288
2005	6.789	-323	6.466	19.561	26.027
2006	6.920	-75	6.846	18.076	24.922
2007	6.642	114	6.757	19.935	26.691
2008	6.632	70	6.702	10.421	17.123
2009	6.749	-30	6.718	25.264	31.983
2010	6.938	-1.209	5.729	17.426	23.155
2011	7.202	-397	6.805	14.580	21.385
2012	7.533	-917	6.615	19.301	25.916
2013 <sup>3)</sup>	7.563	-1.069	6.494	20.530	27.024

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, inkl. im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldkategorien.

2) Nettobelastung aus den sonstigen Ausgaben (Provisionen, Emissionskosten) und sonstigen Einnahmen (Emissionsgewinne, Leihentgelte).

3) Bundesvoranschlag (Finanzierungsvoranschlag).

**A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES**Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	Euroschuld <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonst. Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	1.219	24	600	1.843	111	43	75	369	597	2.441
1971	1.266	19	737	2.022	130	62	85	224	501	2.523
1972	1.350	159	785	2.293	159	83	108	231	581	2.875
1973	1.432	226	1.168	2.826	172	73	105	257	607	3.432
1974	1.388	221	1.231	2.840	171	63	106	298	638	3.478
1975	1.826	750	1.653	4.230	155	197	90	292	734	4.964
1976	2.376	1.764	1.811	5.951	298	581	72	279	1.231	7.182
1977	2.858	2.422	1.696	6.977	404	800	67	267	1.537	8.514
1978	3.470	3.053	1.756	8.279	473	1.044	61	255	1.833	10.112
1979	4.198	3.671	1.818	9.686	628	1.558	54	228	2.468	12.154
1980	5.100	3.823	2.252	11.175	682	1.596	53	196	2.527	13.702
1981	5.379	3.921	2.336	11.636	742	1.990	71	149	2.951	14.586
1982	5.967	4.207	3.028	13.202	788	2.732	65	162	3.748	16.950
1983	7.073	5.079	3.425	15.577	1.196	4.103	56	187	5.542	21.119
1984	7.555	5.250	3.574	16.380	1.721	7.137	53	205	9.116	25.496
1985	8.316	5.609	3.655	17.580	2.228	9.566	44	152	11.990	29.570
1986	9.096	6.869	3.886	19.850	2.924	12.885	28	87	15.924	35.774
1987	10.024	8.479	4.437	22.940	3.416	15.208	21	42	18.686	41.626
1988	11.010	9.237	5.175	25.422	3.765	15.526	14	30	19.335	44.757
1989	13.353	8.746	6.633	28.732	4.219	16.019	9	27	20.274	49.006
1990	15.530	8.364	8.406	32.300	4.503	15.938	6	32	20.479	52.779
1991	19.408	7.773	8.903	36.085	5.160	16.076	5	33	21.275	57.360
1992	23.035	7.141	7.835	38.010	5.828	15.701	5	37	21.571	59.581
1993	28.718	6.222	8.801	43.742	6.057	15.212	5	37	21.310	65.052
1994	34.274	5.428	8.820	48.522	7.055	14.397	88	43	21.583	70.104
1995	39.788	4.885	7.870	52.543	9.065	14.788	4	-	23.857	76.400
1996	43.951	4.182	7.934	56.066	10.514	13.417	3	-	23.935	80.001
1997	50.588	2.478	9.126	62.192	10.358	12.547	3	-	22.908	85.100
1998	55.935	1.602	5.943	63.480	9.883	10.324	47	-	20.254	83.734
1998 <sup>3)</sup>	68.120	1.482	7.631	77.233	9.883	10.776	47	-	20.706	97.939
1999	75.095	1.294	5.988	82.377	9.382	9.196	241	-	18.819	101.196
2000	79.796	856	5.241	85.892	8.928	9.161	2	-	18.092	103.984
2001	85.532	1.461	1.585	88.578	8.302	8.339	2	-	16.642	105.220
2002	90.470	951	681	92.103	7.586	7.458	1.101	-	16.146	108.248
2003	96.744	835	608	98.187	6.863	6.802	1.127	-	14.792	112.979
2004	104.647	1.718	692	107.057	6.065	8.541	776	-	15.382	122.439
2005	108.813	3.336	264	112.412	4.919	11.938	426	-	17.282	129.694
2006	115.711	5.441	256	121.407	3.134	12.357	48	-	15.539	136.946
2007	121.478	4.357	639	126.475	2.099	11.508	1	-	13.608	140.082
2008	129.339	3.607	8.198	141.144	1.828	10.921	208	-	12.958	154.102
2009	140.922	2.648	6.016	149.587	1.626	12.346	65	-	14.037	163.623
2010	152.323	2.503	4.274	159.100	1.197	12.612	5	-	13.815	172.914
2011	160.194	2.203	3.894	166.291	1.026	13.180	55	-	14.261	180.551
2012	168.367	1.953	4.796	175.116	961	13.464	10	-	14.434	189.550

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuld kategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

**A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Bereinigte Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>				Gesamtschuld					
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW- Schuld	bereinigt	Eigenbesitz			un- bereinigt
	Anleihen	Schuld- verschrei- bungen	Summe				in EUR	in FW	Summe Eigenbesitz	
1970	246	284	530	450	980	3.421	-	-	-	-
1971	259	316	575	306	882	3.405	-	-	-	-
1972	244	265	509	240	749	3.623	-	-	-	-
1973	217	242	460	196	655	4.088	-	-	-	-
1974	204	268	472	512	984	4.462	-	-	-	-
1975	399	793	1.191	1.139	2.330	7.294	-	-	-	-
1976	467	826	1.293	1.247	2.540	9.722	-	-	-	-
1977	707	1.186	1.893	1.554	3.447	11.961	-	-	-	-
1978	810	1.448	2.258	2.105	4.362	14.474	-	-	-	-
1979	822	1.612	2.434	2.192	4.626	16.780	-	-	-	-
1980	1.024	1.758	2.781	2.498	5.279	18.981	-	-	-	-
1981	1.230	2.098	3.328	3.545	6.872	21.459	-	-	-	-
1982	1.336	2.464	3.800	4.074	7.874	24.824	-	-	-	-
1983	1.739	2.778	4.516	4.611	9.127	30.246	-	-	-	-
1984	2.064	2.430	4.494	4.151	8.645	34.141	-	-	-	-
1985	2.809	2.253	5.061	3.566	8.628	38.198	-	-	-	-
1986	4.446	1.552	5.997	3.058	9.055	44.830	-	-	-	-
1987	5.424	1.332	6.755	2.310	9.065	50.691	-	-	-	-
1988	7.143	1.093	8.237	1.269	9.506	54.263	-	-	-	-
1989	7.723	770	8.493	652	9.145	58.150	-	-	-	-
1990	8.595	685	9.279	558	9.837	62.616	-	-	-	-
1991	9.200	998	10.198	591	10.789	68.149	-	-	-	-
1992	10.679	878	11.558	952	12.510	72.091	-	-	-	-
1993	13.810	910	14.719	750	15.469	80.521	77	-	77	80.598
1994	16.126	750	16.876	2.087	18.963	89.068	202	-	202	89.269
1995	18.308	861	19.170	1.986	21.156	97.556	178	401	579	98.134
1996	18.955	916	19.871	1.642	21.512	101.514	1.440	33	1.473	102.987
1997	19.816	833	20.650	1.510	22.160	107.260	1.436	-	1.436	108.696
1998	24.169	2.264	26.433	1.436	27.869	111.603	1.986	718	2.704	114.307
1998 <sup>3)</sup>	11.983	696	12.679	984	13.664	111.603	2.674	30	2.704	114.307
1999	14.722	800	15.523	1.256	16.778	117.974	4.822	40	4.862	122.836
2000	14.717	892	15.609	1.113	16.722	120.705	6.239	38	6.277	126.983
2001	14.356	805	15.161	1.032	16.193	121.413	7.451	35	7.486	128.898
2002	13.976	773	14.748	957	15.705	123.953	8.200	33	8.233	132.187
2003	12.414	715	13.129	770	13.899	126.878	9.043	30	9.073	135.951
2004	11.908	703	12.611	501	13.112	135.550	9.309	29	9.338	144.889
2005	10.572	703	11.275	360	11.635	141.329	9.976	-	9.976	151.305
2006	7.678	385	8.064	255	8.319	145.265	10.020	-	10.020	155.285
2007	6.806	367	7.173	121	7.294	147.376	9.924	-	9.924	157.301
2008	7.231	480	7.711	159	7.869	161.971	5.952	-	5.952	167.923
2009	4.638	454	5.092	-	5.092	168.715	9.362	-	9.362	178.077
2010	3.580	276	3.856	-	3.856	176.770	9.972	-	9.972	186.742
2011	2.525	100	2.624	-	2.624	183.176	10.435	-	10.435	193.610
2012	-	-	-	-	-	189.550	12.121	-	12.121	201.671

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

**A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES** (Fortsetzung)Anteile der Schuldfornen an der bereinigten Gesamtschuld<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Euroschild <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschild				Nicht titrierte Euroschild					Summe Euroschild
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1970	35,6	0,7	17,5	53,9	3,2	1,3	2,2	10,8	17,5	71,3
1971	37,2	0,6	21,6	59,4	3,8	1,8	2,5	6,6	14,7	74,1
1972	37,3	4,4	21,7	63,3	4,4	2,3	3,0	6,4	16,0	79,3
1973	35,0	5,5	28,6	69,1	4,2	1,8	2,6	6,3	14,8	84,0
1974	31,1	4,9	27,6	63,6	3,8	1,4	2,4	6,7	14,3	77,9
1975	25,0	10,3	22,7	58,0	2,1	2,7	1,2	4,0	10,1	68,1
1976	24,4	18,1	18,6	61,2	3,1	6,0	0,7	2,9	12,7	73,9
1977	23,9	20,3	14,2	58,3	3,4	6,7	0,6	2,2	12,9	71,2
1978	24,0	21,1	12,1	57,2	3,3	7,2	0,4	1,8	12,7	69,9
1979	25,0	21,9	10,8	57,7	3,7	9,3	0,3	1,4	14,7	72,4
1980	26,9	20,1	11,9	58,9	3,6	8,4	0,3	1,0	13,3	72,2
1981	25,1	18,3	10,9	54,2	3,5	9,3	0,3	0,7	13,8	68,0
1982	24,0	16,9	12,2	53,2	3,2	11,0	0,3	0,7	15,1	68,3
1983	23,4	16,8	11,3	51,5	4,0	13,6	0,2	0,6	18,3	69,8
1984	22,1	15,4	10,5	48,0	5,0	20,9	0,2	0,6	26,7	74,7
1985	21,8	14,7	9,6	46,0	5,8	25,0	0,1	0,4	31,4	77,4
1986	20,3	15,3	8,7	44,3	6,5	28,7	0,1	0,2	35,5	79,8
1987	19,8	16,7	8,8	45,3	6,7	30,0	0,0	0,1	36,9	82,1
1988	20,3	17,0	9,5	46,8	6,9	28,6	0,0	0,1	35,6	82,5
1989	23,0	15,0	11,4	49,4	7,3	27,5	0,0	0,0	34,9	84,3
1990	24,8	13,4	13,4	51,6	7,2	25,5	0,0	0,1	32,7	84,3
1991	28,5	11,4	13,1	52,9	7,6	23,6	0,0	0,0	31,2	84,2
1992	32,0	9,9	10,9	52,7	8,1	21,8	0,0	0,1	29,9	82,6
1993	35,7	7,7	10,9	54,3	7,5	18,9	0,0	0,0	26,5	80,8
1994	38,5	6,1	9,9	54,5	7,9	16,2	0,1	0,0	24,2	78,7
1995	40,8	5,0	8,1	53,9	9,3	15,2	0,0	-	24,5	78,3
1996	43,3	4,1	7,8	55,2	10,4	13,2	0,0	-	23,6	78,8
1997	47,2	2,3	8,5	58,0	9,7	11,7	0,0	-	21,4	79,3
1998	50,1	1,4	5,3	56,9	8,9	9,3	0,0	-	18,1	75,0
1998 <sup>3)</sup>	61,0	1,3	6,8	69,2	8,9	9,7	0,0	-	18,6	87,8
1999	63,7	1,1	5,1	69,8	8,0	7,8	0,2	-	16,0	85,8
2000	66,1	0,7	4,3	71,2	7,4	7,6	0,0	-	15,0	86,1
2001	70,4	1,2	1,3	73,0	6,8	6,9	0,0	-	13,7	86,7
2002	73,0	0,8	0,5	74,3	6,1	6,0	0,9	-	13,0	87,3
2003	76,2	0,7	0,5	77,4	5,4	5,4	0,9	-	11,7	89,0
2004	77,2	1,3	0,5	79,0	4,5	6,3	0,6	-	11,3	90,3
2005	77,0	2,4	0,2	79,5	3,5	8,4	0,3	-	12,2	91,8
2006	79,7	3,7	0,2	83,6	2,2	8,5	0,0	-	10,7	94,3
2007	82,4	3,0	0,4	85,8	1,4	7,8	0,0	-	9,2	95,1
2008	79,9	2,2	5,1	87,1	1,1	6,7	0,1	-	8,0	95,1
2009	83,5	1,6	3,6	88,7	1,0	7,3	0,0	-	8,3	97,0
2010	86,2	1,4	2,4	90,0	0,7	7,1	0,0	-	7,8	97,8
2011	87,5	1,2	2,1	90,8	0,6	7,2	0,0	-	7,8	98,6
2012	88,8	1,0	2,5	92,4	0,5	7,1	0,0	-	7,6	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldskategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

**A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)**Anteile der Schuldformen an der bereinigten Gesamtschuld<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1970	7,2	8,3	15,5	13,2	28,7	100,0
1971	7,6	9,3	16,9	9,0	25,9	100,0
1972	6,7	7,3	14,1	6,6	20,7	100,0
1973	5,3	5,9	11,2	4,8	16,0	100,0
1974	4,6	6,0	10,6	11,5	22,1	100,0
1975	5,5	10,9	16,3	15,6	31,9	100,0
1976	4,8	8,5	13,3	12,8	26,1	100,0
1977	5,9	9,9	15,8	13,0	28,8	100,0
1978	5,6	10,0	15,6	14,5	30,1	100,0
1979	4,9	9,6	14,5	13,1	27,6	100,0
1980	5,4	9,3	14,7	13,2	27,8	100,0
1981	5,7	9,8	15,5	16,5	32,0	100,0
1982	5,4	9,9	15,3	16,4	31,7	100,0
1983	5,7	9,2	14,9	15,2	30,2	100,0
1984	6,0	7,1	13,2	12,2	25,3	100,0
1985	7,4	5,9	13,3	9,3	22,6	100,0
1986	9,9	3,5	13,4	6,8	20,2	100,0
1987	10,7	2,6	13,3	4,6	17,9	100,0
1988	13,2	2,0	15,2	2,3	17,5	100,0
1989	13,3	1,3	14,6	1,1	15,7	100,0
1990	13,7	1,1	14,8	0,9	15,7	100,0
1991	13,5	1,5	15,0	0,9	15,8	100,0
1992	14,8	1,2	16,0	1,3	17,4	100,0
1993	17,2	1,1	18,3	0,9	19,2	100,0
1994	18,1	0,8	18,9	2,3	21,3	100,0
1995	18,8	0,9	19,7	2,0	21,7	100,0
1996	18,7	0,9	19,6	1,6	21,2	100,0
1997	18,5	0,8	19,3	1,4	20,7	100,0
1998	21,7	2,0	23,7	1,3	25,0	100,0
1998 <sup>3)</sup>	10,7	0,6	11,4	0,9	12,2	100,0
1999	12,5	0,7	13,2	1,1	14,2	100,0
2000	12,2	0,7	12,9	0,9	13,9	100,0
2001	11,8	0,7	12,5	0,8	13,3	100,0
2002	11,3	0,6	11,9	0,8	12,7	100,0
2003	9,8	0,6	10,3	0,6	11,0	100,0
2004	8,8	0,5	9,3	0,4	9,7	100,0
2005	7,5	0,5	8,0	0,3	8,2	100,0
2006	5,3	0,3	5,6	0,2	5,7	100,0
2007	4,6	0,2	4,9	0,1	4,9	100,0
2008	4,5	0,3	4,8	0,1	4,9	100,0
2009	2,7	0,3	3,0	-	3,0	100,0
2010	2,0	0,2	2,2	-	2,2	100,0
2011	1,4	0,1	1,4	-	1,4	100,0
2012	-	-	-	-	-	100,0

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

**A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES** (Fortsetzung)Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Jahren)

Jahre	Euroschuld <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1995	5,2	2,9	4,7	4,9	8,0	7,2	6,9	-	7,5	5,7
1996	4,9	2,7	6,0	4,9	7,8	6,9	6,4	-	7,3	5,6
1997	5,0	3,1	4,9	4,9	7,1	6,1	5,9	-	6,6	5,4
1998	5,1	4,9	4,1	5,0	6,4	6,6	0,4	-	6,5	5,4
1998 <sup>3)</sup>	5,7	6,9	4,1	5,6	6,4	7,3	0,4	-	6,9	5,9
1999	6,1	5,0	5,0	6,0	5,8	7,2	0,2	-	6,4	6,1
2000	6,1	4,6	3,1	6,0	5,1	6,5	4,5	-	5,8	5,9
2001	5,8	5,4	2,1	5,8	4,4	5,8	4,1	-	5,1	5,7
2002	5,7	6,9	12,4	5,8	3,7	5,8	0,8	-	4,5	5,6
2003	6,5	8,8	7,0	6,5	3,2	5,4	1,2	-	4,1	6,2
2004	6,8	7,5	5,8	6,8	2,6	7,9	1,1	-	5,5	6,7
2005	7,3	10,0	12,5	7,4	2,3	15,5	0,8	-	11,4	7,9
2006	7,6	6,1	25,5	7,6	2,5	17,9	0,6	-	14,7	8,4
2007	8,6	6,6	24,5	8,6	2,6	19,5	2,3	-	16,9	9,4
2008	7,9	7,1	6,3	7,8	4,5	20,2	0,1	-	17,7	8,6
2009	7,8	8,4	4,3	7,7	7,8	19,7	0,2	-	18,2	8,6
2010	7,6	7,6	4,4	7,5	9,6	19,5	0,4	-	18,6	8,4
2011	7,4	7,5	4,5	7,3	10,9	19,7	0,1	-	19,0	8,2
2012	7,9	7,4	3,0	7,7	10,6	18,5	10,0	-	17,9	8,5

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Euroschuld <sup>2)</sup>									
	Titrierte Euroschuld				Nicht titrierte Euroschuld					Summe Euroschuld
	Anleihen	Bundesobligationen	Bundesschatzscheine	Summe	Versicherungsdarlehen	Bankendarlehen	Sonstige Kredite	Notenbankschuld	Summe	
1995	7,1	6,9	4,7	6,7	7,6	7,1	0,0	-	7,3	6,9
1996	6,8	6,9	3,7	6,4	7,2	6,7	0,1	-	6,9	6,5
1997	6,5	6,9	3,9	6,2	6,9	6,3	0,1	-	6,6	6,3
1998	6,2	6,8	3,7	6,0	6,8	6,0	2,8	-	6,4	6,1
1998 <sup>3)</sup>	6,1	4,8	3,7	5,8	6,8	6,0	2,8	-	6,4	5,9
1999	5,6	6,8	3,6	5,5	6,7	6,1	2,6	-	6,4	5,6
2000	5,5	7,0	4,8	5,5	6,7	6,3	0,1	-	6,5	5,7
2001	5,3	6,2	3,7	5,3	6,6	6,2	0,1	-	6,4	5,5
2002	5,2	6,2	2,5	5,2	6,6	5,9	2,9	-	6,1	5,3
2003	4,9	6,4	2,2	4,9	6,6	5,8	2,2	-	5,9	5,1
2004	4,9	4,8	2,5	4,8	6,7	5,5	2,2	-	5,8	5,0
2005	4,7	4,1	2,2	4,7	6,7	4,7	2,5	-	5,2	4,8
2006	4,6	3,2	3,2	4,5	6,7	4,5	3,4	-	4,9	4,5
2007	4,4	3,7	4,2	4,4	6,6	4,4	2,4	-	4,7	4,4
2008	4,4	3,7	2,8	4,3	6,3	4,2	1,8	-	4,5	4,3
2009	4,3	3,9	1,0	4,2	5,5	4,1	0,9	-	4,3	4,2
2010	4,2	3,9	0,8	4,1	5,0	4,1	0,7	-	4,1	4,1
2011	4,1	3,7	1,3	4,1	4,5	4,0	0,5	-	4,1	4,1
2012	4,0	3,7	0,1	3,9	4,4	3,8	2,6	-	3,9	3,9

1) Unter Berücksichtigung der Währungsaustauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuld kategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Auf Euro lautende Finanzschulden; Schillingschuld bis Ende 1998.

3) Rückrechnung.

**A 5 STRUKTUR DER FINANZSCHULD DES BUNDES** (Fortsetzung)Restlaufzeit der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in Jahren)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1995	7,6	6,4	7,6	12,8	8,1	6,2
1996	7,3	8,0	7,3	14,5	7,9	6,1
1997	7,2	8,2	7,3	13,8	7,7	5,9
1998	6,6	8,8	6,8	13,0	7,1	5,8
1998 <sup>3)</sup>	4,7	8,9	4,9	7,5	5,1	5,8
1999	4,4	8,4	4,6	6,7	4,8	5,9
2000	4,4	8,1	4,6	5,9	4,7	5,8
2001	4,5	7,5	4,7	4,9	4,7	5,5
2002	4,5	6,4	4,6	3,9	4,5	5,5
2003	4,2	5,4	4,3	2,7	4,2	5,9
2004	4,1	4,3	4,1	2,7	4,0	6,4
2005	3,6	3,3	3,5	2,7	3,5	7,6
2006	3,6	4,2	3,6	2,3	3,5	8,1
2007	2,8	3,2	2,9	3,6	2,9	9,1
2008	2,2	2,2	2,2	0,1	2,1	8,3
2009	2,6	1,2	2,5	-	2,5	8,4
2010	2,7	0,7	2,5	-	2,5	8,3
2011	1,6	0,7	1,5	-	1,5	8,1
2012	-	-	-	-	-	8,5

Durchschnittl. Nominalverzinsung der bereinigten Finanzschuld nach Schuldformen<sup>1)</sup> (in %)

Jahre	Fremdwährungsschuld <sup>2)</sup>					Gesamt
	Titrierte FW-Schuld			Kredite und Darlehen	Summe FW-Schuld	
	Anleihen	Schuldverschreibungen	Summe			
1995	5,1	3,9	5,1	4,3	5,0	6,5
1996	5,2	3,8	5,1	4,6	5,1	6,2
1997	5,2	3,6	5,1	4,5	5,1	6,0
1998	4,9	3,0	4,7	4,4	4,7	5,7
1998 <sup>3)</sup>	4,4	3,0	4,4	3,5	4,3	5,7
1999	4,3	3,1	4,2	3,3	4,2	5,4
2000	4,0	3,0	3,9	3,3	3,9	5,4
2001	3,6	2,6	3,5	3,2	3,5	5,2
2002	3,3	1,9	3,2	3,2	3,2	5,0
2003	2,9	1,6	2,8	2,8	2,8	4,8
2004	2,8	2,6	2,8	4,4	2,8	4,8
2005	2,6	2,8	2,6	4,2	2,6	4,6
2006	2,5	2,5	2,5	4,3	2,6	4,4
2007	2,5	2,5	2,5	3,8	2,5	4,3
2008	2,6	2,6	2,6	3,8	2,7	4,2
2009	2,6	2,6	2,6	-	2,6	4,1
2010	3,1	3,3	3,1	-	3,1	4,1
2011	3,2	3,2	3,2	-	3,2	4,1
2012	-	-	-	-	-	3,9

1) Unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge seit 1989, der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldkategorien seit 1993 sowie der Forderungen gegenüber Rechtsträgern seit 1998.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden bewertet zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Jahresultimos.

3) Rückrechnung.

## A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES

Stand und Anteile der bereinigten Fremdwährungsschuld nach Währungen<sup>1)</sup> (in Mio EUR)

Jahre	USD		DEM		CHF		NLG		JPY		FRF		XEU		BÉF	
	in Mio EUR	%- Anteil														
1980	267	5,1	2.136	40,5	2.435	46,1	327	6,2	89	1,7	-	-	-	-	24	0,5
1981	301	4,4	2.048	29,8	3.872	56,3	315	4,6	314	4,6	-	-	-	-	23	0,3
1982	189	2,4	2.579	32,8	4.477	56,9	304	3,9	325	4,1	-	-	-	-	-	-
1983	208	2,3	2.831	31,0	5.069	55,5	520	5,7	499	5,5	-	-	-	-	-	-
1984	144	1,7	2.800	32,4	4.465	51,6	707	8,2	529	6,1	-	-	-	-	-	-
1985	104	1,2	3.218	37,3	3.815	44,2	760	8,8	730	8,5	-	-	-	-	-	-
1986	76	0,8	3.546	39,2	3.420	37,8	874	9,7	1.139	12,6	-	-	-	-	-	-
1987	56	0,6	3.174	35,0	3.749	41,4	600	6,6	1.486	16,4	-	-	-	-	-	-
1988	38	0,4	3.479	36,6	3.282	34,5	491	5,2	2.215	23,3	-	-	-	-	-	-
1989	34	0,4	3.690	40,3	2.851	31,2	478	5,2	2.093	22,9	-	-	-	-	-	-
1990	8	0,1	3.440	35,0	3.503	35,6	479	4,9	2.407	24,5	-	-	-	-	-	-
1991	84	0,8	3.039	28,2	4.237	39,3	479	4,4	2.950	27,3	-	-	-	-	-	-
1992	6	0,0	3.653	29,2	5.048	40,3	341	2,7	3.461	27,7	-	-	-	-	-	-
1993	6	0,0	3.879	25,1	5.484	35,5	798	5,2	5.302	34,3	-	-	-	-	-	-
1994	4	0,0	5.066	26,7	6.749	35,6	903	4,8	6.242	32,9	-	-	-	-	-	-
1995	2	0,0	5.921	27,5	7.947	36,9	822	3,8	6.866	31,8	-	-	-	-	-	-
1996	2	0,0	6.378	29,6	7.352	34,1	1.503	7,0	6.311	29,3	-	-	-	-	-	-
1997	0	0,0	6.163	27,8	6.741	30,4	1.952	8,8	6.538	29,5	765	3,5	-	-	-	-
1998	-	-	8.496	29,7	7.210	25,2	2.520	8,8	6.483	22,7	1.219	4,3	2.658	9,3	-	-
1998 <sup>2)</sup>	-	-	-	-	7.210	52,8	-	-	6.453	47,2	-	-	-	-	-	-
1999	-	-	-	-	7.479	44,6	-	-	9.299	55,4	-	-	-	-	-	-
2000	-	-	-	-	7.836	46,9	-	-	8.886	53,1	-	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	8.049	49,7	-	-	8.144	50,3	-	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	8.602	54,8	-	-	7.103	45,2	-	-	-	-	-	-
2003	-	-	-	-	8.341	60,0	-	-	5.558	40,0	-	-	-	-	-	-
2004	-	-	-	-	7.800	59,5	-	-	5.312	40,5	-	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	7.196	61,8	-	-	4.439	38,2	-	-	-	-	-	-
2006	-	-	-	-	4.737	56,9	-	-	3.581	43,1	-	-	-	-	-	-
2007	-	-	-	-	4.225	57,9	-	-	3.069	42,1	-	-	-	-	-	-
2008	-	-	-	-	4.546	57,8	-	-	3.323	42,2	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2009	-	-	-	-	2.933	57,6	-	-	2.159	42,4	-	-	-	-	-	-
2010	-	-	-	-	2.476	64,2	-	-	1.380	35,8	-	-	-	-	-	-
2011	-	-	-	-	2.155	82,1	-	-	470	17,9	-	-	-	-	-	-
2012	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden; unter Berücksichtigung der im Eigenbesitz befindlichen Bundesschuldarten sowie der Cross-Currency-Swaps seit 1982.

2) Rückrechnung.

**A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES (Fortsetzung)****Stand und Entwicklung der Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen<sup>1)</sup> (in Mio Fremdwährung)**

2 0 0 3	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	6.190,7	4.808,5	966,0	3.842,5	62,1	10.033,2
CHF	4.800,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.800,0
JPY	479.000,0	16.000,0	113.700,0	-97.700,0	-20,4	381.300,0
GBP	464,0	0,0	14,0	-14,0	-3,0	450,0
CAD	300,0	0,0	300,0	-300,0	-100,0	0,0
ZAR	300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	300,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	0,0	13.000,0	0,0	13.000,0	.	13.000,0

2 0 0 4	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	10.033,2	4.273,1	1.163,5	3.109,6	31,0	13.142,8
CHF	4.800,0	400,0	0,0	400,0	8,3	5.200,0
JPY	381.300,0	0,0	97.000,0	-97.000,0	-25,4	284.300,0
GBP	450,0	100,6	450,0	-349,4	-77,6	100,6
CAD	0,0	400,0	0,0	400,0	.	400,0
AUD	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
ZAR	300,0	400,0	0,0	400,0	133,3	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	13.000,0	21.000,0	0,0	21.000,0	161,5	34.000,0
SKK	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0
BRL	0,0	1.213,8	0,0	1.213,8	.	1.213,8

2 0 0 5	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in %
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.142,8	1.915,4	1.263,5	651,9	5,0	13.794,7
CHF	5.200,0	0,0	600,0	-600,0	-11,5	4.600,0
JPY	284.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-28,1	204.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	400,0	548,4	298,4	250,0	62,5	650,0
AUD	500,0	100,0	0,0	100,0	20,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	0,0	0,0	0,0	700,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	34.000,0	4.000,0	0,0	4.000,0	11,8	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.213,8	1.012,5	416,9	595,6	49,1	1.809,4
TRY	0,0	300,0	0,0	300,0	.	300,0
ISK	0,0	20.000,0	0,0	20.000,0	.	20.000,0
NZD	0,0	250,0	0,0	250,0	.	250,0
MXN	0,0	500,0	0,0	500,0	.	500,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

**A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES** (Fortsetzung)**Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen<sup>1)</sup>** (in Mio FW)

2 0 0 6	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.794,7	3.577,0	2.890,2	686,8	5,0	14.481,5
CHF	4.600,0	0,0	2.550,0	-2.550,0	-55,4	2.050,0
JPY	204.300,0	0,0	10.000,0	-10.000,0	-4,9	194.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	700,0	0,0	300,0	-300,0	-42,9	400,0
NOK	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
HUF	38.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38.000,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	1.809,4	1.574,8	150,5	1.424,3	78,7	3.233,7
TRY	300,0	525,0	150,0	375,0	125,0	675,0
ISK	20.000,0	3.000,0	20.000,0	-17.000,0	-85,0	3.000,0
NZD	250,0	70,0	0,0	70,0	28,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	0,0	100,0	0,0	100,0	.	100,0

2 0 0 7	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	14.481,5	1.983,2	3.346,0	-1.362,8	-9,4	13.118,7
CHF	2.050,0	0,0	200,0	-200,0	-9,8	1.850,0
JPY	194.300,0	0,0	55.000,0	-55.000,0	-28,3	139.300,0
GBP	100,6	0,0	0,0	0,0	0,0	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
NOK	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
HUF	38.000,0	0,0	38.000,0	-38.000,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	3.233,7	450,3	1.573,2	-1.122,9	-34,7	2.110,8
TRY	675,0	1.219,5	325,0	894,5	132,5	1.569,5
ISK	3.000,0	26.500,0	0,0	26.500,0	883,3	29.500,0
NZD	320,0	0,0	0,0	0,0	0,0	320,0
MXN	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
RON	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0

2 0 0 8	Stand	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand
	Jahresbeginn <sup>2)</sup>			in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.118,7	7.334,6	1.783,2	5.551,4	42,3	18.670,1
CHF	1.850,0	315,0	0,0	315,0	17,0	2.165,0
JPY	139.300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	139.300,0
GBP	100,6	152,0	0,0	152,0	151,1	252,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	0,0	0,0	0,0	400,0
SKK	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0	500,0
BRL	2.110,8	0,0	1.722,2	-1.722,2	-81,6	388,6
TRY	1.569,5	1.514,3	542,8	971,5	61,9	2.541,1
ISK	29.500,0	0,0	29.500,0	-29.500,0	-100,0	0,0
NZD	320,0	0,0	320,0	-320,0	-100,0	0,0
MXN	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
RON	100,0	0,0	100,0	-100,0	-100,0	0,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Forderungszu- bzw. -abnahme gegenüber Rechtsträgern und Konversionen.

**A 6 FREMDWÄHRUNGSSCHULD DES BUNDES** (Fortsetzung)**Fremdwährungsschuld im engeren Sinn (vor Swaps) nach Währungen<sup>1)</sup>** (in Mio FW)

2 0 0 9	Stand Jahresbeginn <sup>2)</sup>	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	18.670,1	4.456,7	7.440,7	-2.984,0	-16,0	15.686,1
CHF	2.165,0	613,0	1.165,0	-552,0	-25,5	1.613,0
JPY	139.300,0	0,0	80.000,0	-80.000,0	-57,4	59.300,0
GBP	252,6	1.550,0	152,0	1.398,0	553,4	1.650,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	0,0	0,0	0,0	0,0	600,0
ZAR	400,0	0,0	400,0	-400,0	-100,0	0,0
SKK	500,0	0,0	500,0	-500,0	-100,0	0,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	2.541,1	0,0	2.312,8	-2.312,8	-91,0	228,3

2 0 1 0	Stand Jahresbeginn <sup>2)</sup>	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	15.686,1	2.733,5	5.056,7	-2.323,2	-14,8	13.362,9
CHF	1.613,0	219,0	13,0	206,0	12,8	1.819,0
JPY	59.300,0	0,0	16.000,0	-16.000,0	-27,0	43.300,0
GBP	1.650,6	0,0	1.550,0	-1.550,0	-93,9	100,6
CAD	650,0	0,0	0,0	0,0	0,0	650,0
AUD	600,0	16,0	0,0	16,0	2,7	616,0
BRL	388,6	0,0	0,0	0,0	0,0	388,6
TRY	228,3	0,0	178,3	-178,3	-78,1	50,0

2 0 1 1	Stand Jahresbeginn <sup>2)</sup>	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	13.362,9	3.325,0	4.912,9	-1.587,9	-11,9	11.775,0
CHF	1.819,0	0,0	219,0	-219,0	-12,0	1.600,0
JPY	43.300,0	0,0	21.300,0	-21.300,0	-49,2	22.000,0
GBP	100,6	430,0	0,0	430,0	427,4	530,6
CAD	650,0	0,0	100,0	-100,0	-15,4	550,0
AUD	616,0	0,0	16,0	-16,0	-2,6	600,0
BRL	388,6	0,0	388,6	-388,6	-100,0	0,0
TRY	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0
NOK	0,0	2.000,0	0,0	2.000,0		2.000,0

2 0 1 2	Stand Jahresbeginn <sup>2)</sup>	Zugang <sup>3)</sup>	Abgang <sup>3)</sup>	Nettoveränderung		Stand Jahresende
	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in Mio FW	in %	in Mio FW
USD	11.775,0	4.685,0	5.925,0	-1.240,0	-10,5	10.535,0
CHF	1.600,0	0,0	1.000,0	-1.000,0	-62,5	600,0
JPY	22.000,0	0,0	10.000,0	-10.000,0	-45,5	12.000,0
GBP	530,6	120,0	530,6	-410,6	-77,4	120,0
CAD	550,0	0,0	0,0	0,0	0,0	550,0
AUD	600,0	11,0	0,0	11,0	1,8	611,0
TRY	50,0	0,0	50,0	-50,0	-100,0	0,0
NOK	2.000,0	500,0	0,0	500,0	25,0	2.500,0

1) Inklusive im Eigenbesitz befindlicher Bundesschuldskategorien.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Rechtsträgern.

3) Inklusive Konversionen.

**A 7 FINANZSCHULD IM ENGEREN SINN UND CROSS CURRENCY SWAPS (CCS) NACH SCHULDFORMEN 2012<sup>1)</sup>**

in Mio EUR	Stand am 31.12.2011				Nettoveränderung				Stand am 31.12.2012					
	Finanz-schuld i.e.S.	CCS Verbindlichkeiten	CCS Forderungen	CCS Verbindl. netto	Finanz-schuld i.e.S.	CCS Verbindl. netto	Finanz-schuld i.e.S.	CCS Verbindlichkeiten	CCS Forderungen	CCS Verbindl. netto	Finanz-schuld i.e.S.	CCS Verbindlichkeiten	CCS Forderungen	CCS Verbindl. netto
<b>Euroschuld</b>														
Anleihen	161.748	8.293	1.103	7.190	168.938	-1.181	9.678	172.607	6.611	603	6.008	178.615		
Bundessobligationen	1.512	691	0	691	2.203	-250	-250	1.512	441	0	441	1.953		
Bundesschatzscheine	3.412	2.173	0	2.173	5.585	1.646	1.084	2.850	3.818	0	3.818	6.668		
<b>Titrierte Euroschuld</b>	<b>166.672</b>	<b>11.156</b>	<b>1.103</b>	<b>10.053</b>	<b>176.725</b>	<b>214</b>	<b>10.511</b>	<b>176.969</b>	<b>10.870</b>	<b>603</b>	<b>10.267</b>	<b>187.237</b>		
Versicherungsdarlehen	1.026	0	0	0	1.026	0	-65	961	0	0	0	961		
Bankendarlehen	13.180	0	0	0	13.180	0	284	13.464	0	0	0	13.464		
Sonstige Kredite	55	0	0	0	55	0	-46	10	0	0	0	10		
<b>Nicht titrierte Euroschuld</b>	<b>14.261</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>14.261</b>	<b>0</b>	<b>174</b>	<b>14.434</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>14.434</b>		
<b>Euroschuld</b>	<b>180.933</b>	<b>11.156</b>	<b>1.103</b>	<b>10.053</b>	<b>190.986</b>	<b>214</b>	<b>10.685</b>	<b>191.404</b>	<b>10.870</b>	<b>603</b>	<b>10.267</b>	<b>201.671</b>		
<b>FW - Schuld<sup>2)</sup></b>														
Anleihen	9.365	2.171	9.011	-6.841	2.525	982	-2.525	5.859	677	6.535	-5.859	0		
Schuldverschreibungen	761	0	661	-661	100	252	-100	409	0	409	-409	0		
Bundesschatzscheine	2.312	0	2.312	-2.312	0	-1.395	0	3.707	0	3.707	-3.707	0		
<b>Titr. Fremdwährungsschuld</b>	<b>12.438</b>	<b>2.171</b>	<b>11.984</b>	<b>-9.813</b>	<b>2.624</b>	<b>-161</b>	<b>-2.624</b>	<b>9.974</b>	<b>677</b>	<b>10.651</b>	<b>-9.974</b>	<b>0</b>		
Kredite und Darlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
<b>Fremdwährungsschuld</b>	<b>12.438</b>	<b>2.171</b>	<b>11.984</b>	<b>-9.813</b>	<b>2.624</b>	<b>-161</b>	<b>-2.624</b>	<b>9.974</b>	<b>677</b>	<b>10.651</b>	<b>-9.974</b>	<b>0</b>		
<b>F i n a n z s c h u l d</b>	<b>193.371</b>	<b>13.326</b>	<b>13.087</b>	<b>240</b>	<b>193.610</b>	<b>54</b>	<b>8.061</b>	<b>201.378</b>	<b>11.547</b>	<b>11.254</b>	<b>293</b>	<b>201.671</b>		
<b>Abzüglich Eigenbesitz</b>					<b>10.435</b>		<b>1.686</b>					<b>12.121</b>		
Bereinigte Euroschuld <sup>3)</sup>					180.551		8.999					189.550		
Bereinigte FW-Schuld <sup>3)</sup>					2.624		-2.624					0		
<b>Bereinigte Finanzschuld</b>					<b>183.176</b>		<b>6.375</b>					<b>189.550</b>		

1) Inklusive Devisentermingeschäfte; Transaktionsvolumina zu Nominalwerten.

2) Nicht auf Euro lautende Finanzschulden.

3) Die bereinigte Schuldentwicklung nach Schuldformen ist unter der Internet-Homepage der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur zu finden (<http://www.oebfa.co.at>).

## A 8 LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN<sup>1)</sup> VON UNTERNEHMEN ÖFFENTLICHER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN

in Mrd EUR	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 <sup>2)</sup>
<b>Unternehmen des Bundes<sup>3)</sup></b>							
ASFINAG	8,6	9,2	8,4	8,8	10,0	8,7	8,3
BIG	3,3	3,3	3,1	2,7	3,0	3,3	3,6
MUOUA	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
ÖBB	7,1	9,3	11,1	12,5	14,4	16,9	17,3
<i>davon ÖBB-Infrastruktur</i>	<i>6,1</i>	<i>8,0</i>	<i>9,2</i>	<i>10,8</i>	<i>12,7</i>	<i>14,4</i>	<i>14,7</i>
ÖIAG	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1
SCHIG	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Summe</b>	<b>19,4</b>	<b>22,1</b>	<b>22,8</b>	<b>24,1</b>	<b>27,5</b>	<b>29,2</b>	<b>29,3</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten<sup>4)</sup></i>	<i>3,5</i>	<i>3,6</i>	<i>4,3</i>	<i>5,0</i>	<i>6,0</i>	<i>7,0</i>	<i>7,5</i>
<b>Krankenanstaltenbetriebsgesell. der Länder<sup>5)</sup></b>							
GESPAG	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
KABEG	0,7	0,8	1,0	1,2	1,3	1,3	1,3
KAGes	0,0	0,0	0,0	0,7	1,2	1,2	1,2
KRAGES	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
TILAK	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>2,2</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	<i>0,8</i>	<i>1,0</i>	<i>1,3</i>	<i>2,2</i>	<i>2,9</i>	<i>2,9</i>	<i>2,9</i>
<b>Marktbestimmte Betriebe der Gemeinden<sup>6)</sup></b>							
Gemeindeverbände <sup>7)</sup>	2,2	2,1	2,1	-	-	-	-
Infrastrukturbetriebe der Gemeinden ohne Wien	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,8	7,8
Infrastrukturbetriebe der Gemeinde Wien	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Wiener Wohnen	1,9	2,1	2,3	2,3	2,4	2,6	2,7
Wien Kanal	-	-	-	0,1	0,1	0,1	0,1
Wiener Krankenanstaltenverbund	-	-	-	-	0,3	0,3	0,4
<b>Summe<sup>7)</sup></b>	<b>12,1</b>	<b>12,2</b>	<b>12,5</b>	<b>10,3</b>	<b>10,8</b>	<b>10,8</b>	<b>10,9</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>0,3</i>	<i>0,3</i>	<i>0,4</i>
<b>Insgesamt<sup>7)</sup></b>	<b>32,3</b>	<b>35,4</b>	<b>36,6</b>	<b>36,6</b>	<b>41,2</b>	<b>42,9</b>	<b>43,1</b>
<i>davon im Staatssektor gemäß ESVG 95 enthalten</i>	<i>4,3</i>	<i>4,7</i>	<i>5,6</i>	<i>7,2</i>	<i>9,2</i>	<i>10,3</i>	<i>10,8</i>

### Abkürzungen:

ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft mbH
GESPAG	Oberösterreichische Gesundheits- und Spitals-AG
KABEG	Kärntner Krankenanstaltenbetriebsgesellschaft
KAGes	Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft m.b.H.
KRAGES	Burgenländische Krankenanstaltengesellschaft mbH
MUOUA	MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgmbH
ÖBB	Osterreichische Bundesbahnen
ÖIAG	Osterreichische Industrieholding Aktiengesellschaft
SCHIG	Schieneinfrastrukturfinanzierungs-Gesellschaft m.b.H.
TILAK	Tiroler Landeskrankenanstalten GmbH

1) Kapitalmarktfinanzierungen mit einer originären Laufzeit von über einem Jahr (Anleihen, Kredit-/Darlehensverbindlichkeiten einschließlich Forderungszessionen an Finanzinstitutionen).

2) Vorläufige Daten.

3) Selbstständige Einheiten, die gemäß ESVG 1995 dem Unternehmenssektor zugerechnet werden.

4) V. a. dem Bund zugerechnete Schulden der ÖBB-Infrastruktur, aber auch Kapitalmarktfinanzierungen im Namen des Bundes (insbesondere Bundesanleihen) für Dritte, die in Form von Darlehen an die Unternehmen weitergegeben werden und deren Schuldendienst von den Unternehmen zu bedienen ist. Solche Drittfinanzierungen durch den Bund sind gemäß BHG seit 1998 möglich (§ 65c BHG i. d. j. F.).

5) Betriebsgesellschaften mit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

6) Unternehmen und Betriebe der Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit. Dazu zählen Infrastrukturbetriebe bzw. Gebührenerhaltungen (Wasser-, Abwasserversorgung und Wohnungswirtschaft) sowie Gemeindeverbände (v. a. Wasserversorgung, Umwelt, Gesundheit).

7) Zeitreihenbruch: Daten zu den Gemeindeverbänden sind seit 2009 nicht mehr verfügbar.

Quelle: Bilanzdaten der Unternehmen und Statistik Austria.

## A 9 FINANZSCHULD DER LÄNDER<sup>1)</sup>

### Stand der Finanzschuld der Länder (in Mio EUR)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	209,1	208,4	207,9	207,8	206,8	206,8	206,8	206,8	231,5	251,5
Kärnten	405,5	521,4	586,6	680,1	724,2	867,7	990,0	1.159,0	1.424,8	1.506,1
Niederösterreich	950,4	1.030,8	1.380,4	1.680,2	2.042,8	2.271,4	2.557,2	3.222,9	3.962,0	3.450,5
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	-	92,0	165,4	222,0
Salzburg	347,2	339,1	346,1	378,0	401,3	406,8	521,2	481,2	777,9	900,9
Steiermark	652,8	367,3	367,3	442,3	442,3	442,3	442,3	988,4	1.343,5	1.595,9
Tirol	88,2	16,0	57,3	106,3	132,2	176,2	168,0	174,5	234,0	266,1
Vorarlberg	81,7	77,4	73,9	73,9	83,9	78,2	72,7	72,7	95,8	113,1
Wien <sup>2)</sup>	2.104,4	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5	4.027,4
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>4.839,3</b>	<b>4.127,0</b>	<b>4.585,0</b>	<b>5.114,9</b>	<b>5.507,0</b>	<b>5.844,0</b>	<b>6.418,4</b>	<b>8.271,6</b>	<b>11.305,3</b>	<b>12.333,4</b>

### Stand der Finanzschuld der Länder (%-Anteile)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	4,3	5,0	4,5	4,1	3,8	3,5	3,2	2,5	2,0	2,0
Kärnten	8,4	12,6	12,8	13,3	13,2	14,8	15,4	14,0	12,6	12,2
Niederösterreich	19,6	25,0	30,1	32,8	37,1	38,9	39,8	39,0	35,0	28,0
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	-	1,1	1,5	1,8
Salzburg	7,2	8,2	7,5	7,4	7,3	7,0	8,1	5,8	6,9	7,3
Steiermark	13,5	8,9	8,0	8,6	8,0	7,6	6,9	11,9	11,9	12,9
Tirol	1,8	0,4	1,2	2,1	2,4	3,0	2,6	2,1	2,1	2,2
Vorarlberg	1,7	1,9	1,6	1,4	1,5	1,3	1,1	0,9	0,8	0,9
Wien <sup>2)</sup>	43,5	38,0	34,1	30,2	26,8	23,9	22,7	22,7	27,2	32,7
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>100,0</b>									

### Veränderung der Finanzschuld der Länder zum Vorjahr (in %)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	-0,3	-0,4	-0,2	-0,1	-0,5	0,0	0,0	0,0	11,9	8,6
Kärnten	13,9	28,6	12,5	15,9	6,5	19,8	14,1	17,1	22,9	5,7
Niederösterreich	7,4	8,5	33,9	21,7	21,6	11,2	12,6	26,0	22,9	-12,9
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	-	-	79,8	34,2
Salzburg	-5,0	-2,3	2,1	9,2	6,2	1,4	28,1	-7,7	61,6	15,8
Steiermark	-35,7	-43,7	0,0	20,4	0,0	0,0	0,0	123,5	35,9	18,8
Tirol	9,3	-81,9	258,8	85,5	24,4	33,3	-4,7	3,9	34,1	13,7
Vorarlberg	-2,3	-5,2	-4,5	0,0	13,5	-6,8	-7,0	0,0	31,7	18,1
Wien <sup>2)</sup>	1,0	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8	31,2
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>-11,2</b>	<b>-14,7</b>	<b>11,1</b>	<b>11,6</b>	<b>7,7</b>	<b>6,1</b>	<b>9,8</b>	<b>28,9</b>	<b>36,7</b>	<b>9,1</b>

### Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Länder (in EUR)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	756	753	748	744	738	735	730	728	813	879
Kärnten	726	934	1.050	1.216	1.295	1.549	1.766	2.072	2.552	2.700
Niederösterreich	613	662	880	1.063	1.286	1.423	1.593	2.004	2.458	2.133
Oberösterreich	-	-	-	-	-	-	-	65	117	157
Salzburg	671	653	663	720	763	771	985	908	1.463	1.687
Steiermark	549	308	307	368	368	367	366	818	1.110	1.315
Tirol	130	23	83	153	190	251	238	247	330	372
Vorarlberg	230	217	205	204	230	214	198	197	259	304
Wien <sup>2)</sup>	1.321	973	959	936	887	833	865	1.103	1.791	2.326
<b>Summe Bundesländer</b>	<b>597</b>	<b>507</b>	<b>559</b>	<b>620</b>	<b>665</b>	<b>703</b>	<b>768</b>	<b>988</b>	<b>1.345</b>	<b>1.461</b>

1) Einschließlich für Dritte aufgenommene Schulden (z. B. Landeskrankenanstalten). Ohne Sollstellungen, ohne innere Anleihen.  
Die Verschuldung der Länder in Form von inneren Anleihen betrug Ende 2009: 1.606,9 Mio EUR, Ende 2010: 1.415,7 Mio EUR  
und Ende 2011: 1.342,0 Mio EUR.

2) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Gebarungen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

**A 10 FINANZSCHULD DER GEMEINDEN****Stand der Finanzschuld der Gemeinden (in Mio EUR)**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	393,0	383,2	383,1	376,6	373,3	371,0	368,5	370,8	365,4	350,2
Kärnten	602,4	636,2	639,0	646,5	646,3	678,6	686,9	712,3	716,0	678,0
Niederösterreich	3.148,0	3.257,9	3.444,0	3.497,6	3.624,2	3.651,9	3.642,9	3.706,2	3.785,6	3.749,5
Oberösterreich	1.994,0	2.062,4	2.159,3	2.213,7	2.245,0	2.306,2	2.393,1	2.561,2	2.730,6	2.806,6
Salzburg	753,5	746,6	685,0	694,4	666,9	673,1	664,3	663,3	644,6	633,3
Steiermark	1.875,0	1.906,2	1.960,7	1.985,5	1.989,3	1.955,7	2.025,2	2.007,9	1.959,5	1.959,5
Tirol	737,5	752,3	767,5	779,4	793,8	788,2	806,2	815,0	806,4	783,7
Vorarlberg	593,6	601,9	616,1	642,1	642,0	627,7	639,6	653,9	676,2	680,3
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>10.097,0</b>	<b>10.346,7</b>	<b>10.654,6</b>	<b>10.835,8</b>	<b>10.980,8</b>	<b>11.052,4</b>	<b>11.226,7</b>	<b>11.490,6</b>	<b>11.684,3</b>	<b>11.641,1</b>
Wien <sup>1)</sup>	2.104,4	1.566,6	1.565,5	1.546,3	1.473,5	1.394,6	1.460,1	1.874,1	3.070,5	4.027,4
<b>Summe mit Wien</b>	<b>12.201,5</b>	<b>11.913,3</b>	<b>12.220,1</b>	<b>12.382,0</b>	<b>12.454,3</b>	<b>12.447,0</b>	<b>12.686,8</b>	<b>13.364,7</b>	<b>14.754,8</b>	<b>15.668,5</b>

**Stand der Finanzschuld der Gemeinden (%-Anteile)**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	3,2	3,2	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,8	2,5	2,2
Kärnten	4,9	5,3	5,2	5,2	5,2	5,5	5,4	5,3	4,9	4,3
Niederösterreich	25,8	27,3	28,2	28,2	29,1	29,3	28,7	27,7	25,7	23,9
Oberösterreich	16,3	17,3	17,7	17,9	18,0	18,5	18,9	19,2	18,5	17,9
Salzburg	6,2	6,3	5,6	5,6	5,4	5,4	5,2	5,0	4,4	4,0
Steiermark	15,4	16,0	16,0	16,0	16,0	15,7	16,0	15,0	13,3	12,5
Tirol	6,0	6,3	6,3	6,3	6,4	6,3	6,4	6,1	5,5	5,0
Vorarlberg	4,9	5,1	5,0	5,2	5,2	5,0	5,0	4,9	4,6	4,3
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>82,8</b>	<b>86,9</b>	<b>87,2</b>	<b>87,5</b>	<b>88,2</b>	<b>88,8</b>	<b>88,5</b>	<b>86,0</b>	<b>79,2</b>	<b>74,3</b>
Wien <sup>1)</sup>	17,2	13,1	12,8	12,5	11,8	11,2	11,5	14,0	20,8	25,7
<b>Summe mit Wien</b>	<b>100,0</b>									

**Veränderung der Finanzschuld der Gemeinden zum Vorjahr (in %)**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	0,2	-2,5	0,0	-1,7	-0,9	-0,6	-0,7	0,6	-1,5	-4,2
Kärnten	3,1	5,6	0,4	1,2	0,0	5,0	1,2	3,7	0,5	-5,3
Niederösterreich	-1,1	3,5	5,7	1,6	3,6	0,8	-0,2	1,7	2,1	-1,0
Oberösterreich	3,3	3,4	4,7	2,5	1,4	2,7	3,8	7,0	6,6	2,8
Salzburg	1,0	-0,9	-8,2	1,4	-4,0	0,9	-1,3	-0,2	-2,8	-1,8
Steiermark	5,9	1,7	2,9	1,3	0,2	-1,7	3,6	-0,9	-2,4	0,0
Tirol	-0,7	2,0	2,0	1,6	1,8	-0,7	2,3	1,1	-1,1	-2,8
Vorarlberg	0,3	1,4	2,4	4,2	0,0	-2,2	1,9	2,2	3,4	0,6
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>1,6</b>	<b>2,5</b>	<b>3,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>0,7</b>	<b>1,6</b>	<b>2,4</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,4</b>
Wien <sup>1)</sup>	1,0	-25,6	-0,1	-1,2	-4,7	-5,4	4,7	28,4	63,8	31,2
<b>Summe mit Wien</b>	<b>1,5</b>	<b>-2,4</b>	<b>2,6</b>	<b>1,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,1</b>	<b>1,9</b>	<b>5,3</b>	<b>10,4</b>	<b>6,2</b>

**Pro-Kopf-Verschuldung der Finanzschuld der Gemeinden (in EUR)**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Burgenland	1.421	1.384	1.378	1.349	1.333	1.319	1.302	1.306	1.282	1.224
Kärnten	1.078	1.140	1.143	1.156	1.155	1.211	1.225	1.274	1.282	1.216
Niederösterreich	2.032	2.092	2.195	2.213	2.281	2.287	2.270	2.305	2.348	2.318
Oberösterreich	1.442	1.486	1.548	1.581	1.599	1.639	1.697	1.815	1.933	1.981
Salzburg	1.457	1.437	1.311	1.323	1.268	1.276	1.255	1.252	1.212	1.186
Steiermark	1.577	1.599	1.638	1.653	1.654	1.623	1.677	1.662	1.619	1.615
Tirol	1.085	1.100	1.114	1.123	1.138	1.125	1.144	1.153	1.136	1.097
Vorarlberg	1.674	1.686	1.711	1.771	1.762	1.716	1.740	1.773	1.828	1.830
<b>Summe ohne Wien</b>	<b>1.552</b>	<b>1.584</b>	<b>1.622</b>	<b>1.641</b>	<b>1.658</b>	<b>1.664</b>	<b>1.684</b>	<b>1.721</b>	<b>1.747</b>	<b>1.734</b>
Wien <sup>1)</sup>	1.321	973	959	936	887	833	865	1.103	1.791	2.326
<b>Summe mit Wien</b>	<b>1.506</b>	<b>1.463</b>	<b>1.490</b>	<b>1.500</b>	<b>1.504</b>	<b>1.496</b>	<b>1.518</b>	<b>1.596</b>	<b>1.756</b>	<b>1.856</b>

1) Wien als Land und Gemeinde.

Quelle: Statistik Austria - Geburgen und Sektor Staat; laufende Jahrgänge.

**A 11 STAATSVerschuldung im internationalen Vergleich<sup>1)</sup>****Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP)**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belgien	98,4	94,0	91,9	87,9	84,0	89,2	95,7	95,5	97,8	99,6
Deutschland	64,4	66,2	68,5	68,0	65,2	66,8	74,5	82,4	80,4	81,9
Estland	5,6	5,1	4,6	4,4	3,7	4,6	7,2	6,7	6,3	10,1
Finnland	44,5	44,4	41,7	39,6	35,2	33,9	43,5	48,6	49,0	53,0
Frankreich	63,2	65,0	66,7	64,0	64,2	68,2	79,2	82,4	85,8	90,2
Griechenland	98,3	99,8	101,2	107,5	107,2	112,9	129,7	148,3	170,3	156,9
Irland	30,7	29,5	27,3	24,6	25,0	44,5	64,8	92,1	106,4	117,6
Italien	103,9	103,4	105,7	106,3	103,3	106,1	116,4	119,3	120,8	127,0
Luxemburg	6,1	6,3	6,1	6,7	6,7	14,4	15,3	19,2	18,3	20,8
Malta	65,9	69,7	68,0	62,4	60,8	60,9	66,3	67,4	70,3	72,1
Niederlande	52,0	52,4	51,8	47,4	45,3	58,5	60,8	63,1	65,5	71,2
<b>Österreich</b>	<b>65,3</b>	<b>64,7</b>	<b>64,2</b>	<b>62,3</b>	<b>60,2</b>	<b>63,8</b>	<b>69,2</b>	<b>72,0</b>	<b>72,5</b>	<b>73,4</b>
Portugal	59,4	61,9	67,7	69,4	68,4	71,7	83,7	94,0	108,3	123,6
Slowakei	42,4	41,5	34,2	30,5	29,6	27,9	35,6	41,0	43,3	52,1
Slowenien	27,2	27,4	26,7	26,4	23,1	22,0	35,0	38,6	46,9	54,1
Spanien	48,8	46,3	43,2	39,7	36,3	40,2	53,9	61,5	69,3	84,2
Zypern	69,7	70,9	69,4	64,7	58,8	48,9	58,5	61,3	71,1	85,8
<b>Euro-17-Aggregat</b>	<b>69,2</b>	<b>69,6</b>	<b>70,3</b>	<b>68,6</b>	<b>66,4</b>	<b>70,2</b>	<b>80,0</b>	<b>85,6</b>	<b>88,0</b>	<b>92,7</b>
Bulgarien	44,4	37,0	27,5	21,6	17,2	13,7	14,6	16,2	16,3	18,5
Dänemark	47,2	45,1	37,8	32,1	27,1	33,4	40,7	42,7	46,4	45,8
Großbritannien	39,1	41,0	42,2	43,3	44,2	52,3	67,8	79,4	85,5	90,0
Lettland	14,6	15,0	12,4	10,7	9,0	19,8	37,0	44,4	41,8	40,7
Litauen	21,0	19,3	18,3	18,0	16,8	15,5	29,3	37,9	38,5	40,7
Polen	47,1	45,7	47,1	47,7	45,0	47,1	50,9	54,8	56,2	55,6
Rumänien	21,5	18,7	15,8	12,4	12,8	13,4	23,6	30,5	34,7	37,8
Schweden	51,7	50,3	50,4	45,3	40,2	38,8	42,6	39,4	38,4	38,2
Tschechische Rep.	28,6	28,9	28,4	28,3	27,9	28,7	34,2	37,8	40,8	45,8
Ungarn	58,6	59,5	61,7	65,9	67,0	73,0	79,8	81,8	81,4	79,2
<b>EU-27-Aggregat</b>	<b>62,0</b>	<b>62,3</b>	<b>62,9</b>	<b>61,6</b>	<b>59,0</b>	<b>62,2</b>	<b>74,6</b>	<b>80,2</b>	<b>83,1</b>	<b>86,9</b>
USA <sup>2)</sup>	60,4	67,8	67,4	66,1	66,5	75,5	89,1	98,2	102,5	106,5
Japan <sup>3)</sup>	169,6	180,7	186,4	186,0	183,0	191,8	210,2	216,0	230,3	237,9
Schweiz	53,4	52,8	50,8	45,4	41,8	39,2	37,7	36,3	35,5	35,3

1) Datendifferenzen gegenüber nationalen Quellen infolge von unterschiedlichen Veröffentlichungsterminen möglich.

2) Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts.

3) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2013).

**A 11 STAATSVerschuldung im internationalen Vergleich**

(Fortsetzung)

**Öffentliche Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (in EUR)<sup>1)</sup>**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belgien	26.200	26.300	26.600	26.600	26.500	28.800	30.200	31.200	32.800	33.800
Deutschland	16.800	17.600	18.500	19.100	19.300	20.100	21.600	25.100	25.500	26.400
Estland	400	400	400	400	400	600	700	700	700	1.300
Finnland	12.400	12.900	12.500	12.500	12.000	11.900	14.000	16.200	17.200	19.100
Frankreich	16.200	17.200	18.200	18.100	19.000	20.500	23.100	24.600	26.300	28.000
Griechenland	15.200	16.600	17.600	20.100	21.400	23.400	26.600	29.100	31.400	26.900
Irland	10.800	10.900	10.700	10.300	10.800	18.000	23.400	31.900	37.000	41.900
Italien	24.200	24.900	25.900	26.900	27.000	27.900	29.400	30.600	31.400	32.600
Luxemburg	3.500	3.800	4.000	4.800	5.200	11.000	11.100	15.100	15.000	17.400
Malta	7.600	8.100	8.300	8.000	8.300	8.800	9.600	10.200	11.100	11.700
Niederlande	15.300	15.800	16.300	15.700	15.800	21.100	21.100	22.400	23.600	25.500
<b>Österreich</b>	<b>18.100</b>	<b>18.600</b>	<b>19.100</b>	<b>19.500</b>	<b>19.900</b>	<b>21.600</b>	<b>22.800</b>	<b>24.600</b>	<b>25.900</b>	<b>26.900</b>
Portugal	8.200	8.800	9.900	10.600	10.900	11.600	13.300	15.300	17.500	19.500
Slowakei	8.600	9.400	8.400	8.400	9.100	9.200	10.900	13.200	14.600	18.100
Slowenien	3.400	3.700	3.800	4.100	4.000	4.000	6.100	6.700	8.300	9.300
Spanien	9.100	9.100	9.000	8.900	8.500	9.600	12.300	14.000	15.900	19.100
Zypern	11.200	12.000	12.300	12.100	11.900	10.600	12.200	12.900	15.000	17.600
<b>Euro-17-Aggregat</b>	<b>16.300</b>	<b>17.000</b>	<b>17.700</b>	<b>18.100</b>	<b>18.300</b>	<b>19.700</b>	<b>21.600</b>	<b>23.700</b>	<b>25.000</b>	<b>26.400</b>
Bulgarien	1.000	1.000	800	700	700	600	700	800	900	1.000
Dänemark	16.400	16.400	14.400	12.900	11.300	14.300	16.400	18.200	20.000	20.000
Großbritannien	9.200	10.100	10.800	11.700	12.600	15.000	18.800	22.900	25.300	26.900
Lettland	600	700	700	800	900	2.100	3.200	3.900	4.200	4.400
Litauen	1.000	1.000	1.100	1.300	1.400	1.500	2.300	3.300	3.900	4.500
Polen	2.500	2.700	3.000	3.300	3.400	3.900	4.400	5.000	5.500	5.600
Rumänien	400	500	500	400	600	700	1.200	1.700	2.000	2.300
Schweden	17.100	17.400	18.000	17.100	16.000	15.700	16.600	16.400	16.600	16.600
Tschechische Rep.	3.000	3.300	3.400	3.700	3.900	4.200	4.900	5.400	5.900	6.700
Ungarn	3.700	4.200	4.600	5.300	5.700	6.600	7.000	7.400	7.800	7.700
<b>EU-27-Aggregat</b>	<b>12.900</b>	<b>13.500</b>	<b>14.200</b>	<b>14.600</b>	<b>14.700</b>	<b>15.600</b>	<b>17.500</b>	<b>19.600</b>	<b>20.900</b>	<b>22.200</b>
USA	17.600	20.800	21.800	22.400	23.500	26.900	30.800	34.900	37.600	40.400
Japan <sup>2)</sup>	58.300	62.700	64.700	64.900	64.700	66.300	68.400	72.200	74.600	78.100
Schweiz	27.100	27.600	27.100	25.500	24.800	24.100	22.400	22.000	21.800	21.700

1) Die Verschuldungsdaten der USA, Japan, Schweiz sowie der Nicht-WWU-Länder wurden für alle Jahre zu Devisenmittelkursen des Jahresresultimos 2012 in EUR umgerechnet und auf 100 EUR gerundet.

2) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2013).

**A 11 STAATSVerschuldung im internationalen Vergleich**

(Fortsetzung)

**Öffentliche Neuverschuldung (Bruttoaufnahmen abzüglich Tilgungen) (in % des BIP)**

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belgien	-2,2	0,8	1,7	0,4	0,5	7,8	5,0	4,0	5,8	3,6
Deutschland	4,1	3,2	3,2	2,1	0,4	2,8	4,9	11,5	1,1	3,1
Estland	0,5	0,0	0,2	0,6	0,0	0,9	1,8	-0,2	0,3	4,2
Finnland	3,6	1,8	-1,2	0,0	-1,4	-0,1	7,0	6,7	3,1	5,3
Frankreich	5,8	4,4	4,0	0,3	3,3	5,5	9,3	5,2	6,1	5,7
Griechenland	5,2	8,2	6,4	13,8	6,8	10,3	15,8	13,4	12,3	-26,5
Irland	1,0	0,6	0,1	-0,4	1,8	18,1	15,5	25,3	15,8	14,2
Italien	1,9	3,7	5,1	4,6	1,1	4,2	6,5	5,3	3,6	5,2
Luxemburg	0,2	0,6	0,3	1,3	0,6	7,7	0,4	5,4	0,3	3,2
Malta	10,4	4,5	2,2	-2,1	2,5	4,0	5,5	4,7	5,3	3,8
Niederlande	2,7	2,0	1,6	-1,9	0,5	14,9	0,1	4,0	3,7	5,5
<b>Österreich</b>	<b>0,4</b>	<b>2,1</b>	<b>2,3</b>	<b>1,5</b>	<b>1,3</b>	<b>5,5</b>	<b>3,8</b>	<b>5,2</b>	<b>3,9</b>	<b>3,1</b>
Portugal	3,7	4,8	7,8	4,5	2,4	4,4	10,5	12,4	13,3	11,6
Slowakei	3,0	3,4	-3,8	-0,1	2,3	0,6	5,9	7,1	4,2	10,3
Slowenien	1,7	2,1	0,9	1,7	-0,6	0,5	12,0	3,6	8,9	6,3
Spanien	-0,2	0,8	0,4	-0,1	-0,8	5,0	12,2	7,6	8,6	14,0
Zypern	8,7	6,2	3,1	0,2	-0,1	-5,4	8,7	4,7	11,7	14,4
<b>Euro-17-Aggregat</b>	<b>3,1</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>	<b>1,8</b>	<b>1,2</b>	<b>5,3</b>	<b>7,3</b>	<b>7,8</b>	<b>4,7</b>	<b>5,3</b>
Bulgarien	-4,2	-2,9	-4,9	-2,5	-1,4	-1,3	0,7	2,1	1,1	2,7
Dänemark	-1,3	0,0	-5,1	-3,7	-3,7	7,1	5,5	4,3	4,4	0,1
Großbritannien	3,7	3,9	3,3	3,3	3,4	8,9	14,1	14,6	8,6	6,0
Lettland	2,4	2,4	0,1	0,6	1,0	11,5	12,6	6,7	2,0	2,2
Litauen	0,7	0,2	1,5	2,0	1,8	0,6	10,4	9,6	4,5	4,5
Polen	6,6	2,8	4,1	4,1	2,0	5,6	6,2	6,5	5,4	1,7
Rumänien	2,3	1,6	-0,3	-0,9	2,6	3,1	9,9	7,8	6,0	4,9
Schweden	1,3	0,9	2,0	-2,1	-2,4	-0,4	2,5	-0,2	0,8	0,4
Tschechische Rep.	2,7	2,7	1,2	1,9	2,1	2,1	4,8	4,0	3,4	4,9
Ungarn	7,5	6,4	5,8	8,5	4,6	9,9	4,2	5,0	3,3	-1,1
<b>EU-27-Aggregat</b>	<b>2,5</b>	<b>3,3</b>	<b>3,1</b>	<b>2,1</b>	<b>0,8</b>	<b>3,5</b>	<b>8,5</b>	<b>8,8</b>	<b>5,2</b>	<b>5,4</b>
USA <sup>1)</sup>	5,9	11,0	3,7	2,5	3,5	10,3	11,8	12,4	8,1	8,0
Japan <sup>2)</sup>	5,5	12,7	5,8	0,6	-0,7	4,5	6,2	10,6	8,9	10,2
Schweiz	0,9	1,2	-0,5	-2,5	-0,9	-0,6	-2,4	-0,1	0,0	0,2

1) Gesamtstaat nach Flow of Funds Accounts.

2) Fiskaljahr März.

Quelle: Europäische Kommission, IWF und eigene Berechnung; Schweiz: nationale Daten (Stand: Mai 2013).

## A 12 GLOSSAR<sup>\*)</sup>

### Finanzschuld

#### Auslandsverschuldung:

Verschuldung in heimischer Währung und in Fremdwährungen gegenüber ausländischen Gläubigern.

#### Bayes'sches Netz

Bayes'sche Netze kommen im Stress-Testing des Debt-Managements des Bundes zum Einsatz. Mit Hilfe eines Bayes'schen Netzes werden definierte Stress-Ereignisse miteinander verbunden und damit ein graphisches Modell konstruiert, das beschreibt, welche dieser Ereignisse sich im Krisenfall auf welche anderen auswirken könnten. Dadurch wird es ermöglicht, durch die Schätzung von relativ wenigen Eintrittswahrscheinlichkeiten für einzelne Stress-Ereignisse (und deren Wirkung auf andere Stress-Ereignisse) auf die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Vielzahl an Stress-Szenarien zu schließen.

#### Bereinigte Finanzschuld:

Finanzschuld des Bundes nach Abzug von im eigenen Besitz befindlichen Bundesschuldkategorien (Bundesanleihen, Bundesschatzscheine).

#### Bewertungsänderungen:

Auf Wechselkursänderungen zurückzuführende Unterschiede der Eurogegenwerte der Fremdwährungsschuld. Kursgewinne (Verminderung der Eurogegenwerte) entstehen durch Abwertung, Kursverluste (Erhöhung der Eurogegenwerte) durch Aufwertung der jeweiligen Fremdwährung gegenüber dem Euro. Bewertungsdifferenzen ergeben sich für die während des Jahres unverändert gebliebenen Fremdwahrungsbetrage, aus der Differenz zwischen den Kursen zum Jahresende des Berichtsjahres und des Vorjahres. Bei den im Laufe des Jahres aufgenommenen Schuldtiteln kommen Bewertungsdifferenzen durch die Differenz zwischen dem Kurs am Tag der Umrechnung in Euro und dem Jahresendkurs zustande, für die während des Jahres getilgten Teilbeträge durch die Differenz zwischen dem Jahresendkurs des Vorjahrs und dem Tilgungskurs.

#### Bruttozunahme der Finanzschuld:

Neuaufnahmen von Schuldtiteln einschließlic Konversionsaufnahmen und Kursverluste.

#### Cashflow-at-Risk:

Das Cashflow-at-Risk ist eine statistische Risikokennzahl, die angibt, wie stark die Zinskosten der Verschuldung aufgrund der Volatilität von Zins- und Währungsmärkten in einem bestimmten Zeitraum mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit maximal ansteigen können. Dieser Risikoabschätzung liegen meist Annahmen bezüglich der zukünftigen Defizite und der Struktur der zukünftigen Mittelaufnahme zugrunde. Für die Schwankungsintensität der Preise (Zinssätze und Wechselkurse) wird auf historische Volatilitäten zurückgegriffen.

#### Duration (Macaulay, Modified, Effective):

Die Macaulay Duration bezeichnet die barwertgewichtete, durchschnittliche Zeitdauer der Kapitalbindung von Schuldverschreibungen. Im Gegensatz zur Restlaufzeit werden beim Konzept der Duration auch die Zinszahlungsstrome berücksichtigt. Die Modified Duration wird von der Macaulay Duration abgeleitet und stellt ein Risikomaß dar, mit dem die Sensitivität von Schuldverschreibungen oder Portfolios auf Zinssatzveranderungen geschätzt werden kann. Da die Modified Duration bei Transaktionen mit eingebetteten Kündigungsoptionen keine exakten Ergebnisse liefert, wird im Berichtswesen der OeBFA über die direkte Berechnung der Sensitivitäten des Portfolios auf die Effective Duration rückgeschlossen.

#### Effektivverzinsung:

Der effektive Jahreszinssatz beziffert die jährlichen und auf die nominale Kredithöhe bezogenen Kosten der Verschuldung. Der effektive Jahreszinssatz gibt die Gesamtkosten der Verschuldung in Prozent pro Jahr an und wird im Wesentlichen vom Nominalzinssatz, dem Emissionskurs (Disagio, Agio) und der Tilgung bestimmt. Die einzelnen Effektivzinssätze werden mit dem aushaftenden Volumen der bereinigten Finanzschuld gewichtet.

<sup>\*)</sup> Die Begriffe sind in alphabetischer Reihenfolge geordnet.

**Eigenbesitz des Bundes (Bundesanleihen und Bundesschatzscheine):**

Der Bund behält sich bei jeder Bundesanleiheemission eine Eigenquote von 10% zurück. Auch werden eigene Bundesanleihen am Sekundärmarkt zur Vermeidung von Refinanzierungsspitzen erworben. Außerdem wird das emittierte Volumen der „Bundesschatze“ (Inhaberwertpapiere für Privatanleger) bis zum Erwerb im Eigenbesitz des Bundes verbucht.

**Euroschuld:**

Auf Euro lautende Finanzschulden des Bundes gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern.

**Finanzierungssaldo:**

Veränderung der finanziellen Forderungen abzüglich der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten.

**Finanzschuld:**

Nicht fällige Verbindlichkeiten des Bundes laut § 65a Bundeshaushaltsgesetz 1986 i. d. g. F. zuzüglich der Verbindlichkeiten und abzüglich der Forderungen aus Währungstauschverträgen (Finanzschuld im engeren Sinn einschließlich Cross-Currency-Swaps). Zieht man davon jene Schuldtitel des Bundes ab, die sich im eigenen Besitz befinden, so ergibt sich der bereinigte Schuldenstand.

**Finanzschuld im engeren Sinn:**

Finanzschuld des Bundes ohne Berücksichtigung der Währungstauschverträge im Sinne des § 65 des Bundeshaushaltsgesetzes 1986 i. d. g. F.

**Fremdwährungsschuld:**

Finanzschulden des Bundes in fremden Währungen gegenüber inländischen und ausländischen Gläubigern. Seit Beginn der Währungsunion am 1. Jänner 1999 auf Nicht-Euro lautende Finanzschulden. Die Umrechnung in Euro erfolgt zu Devisenmittelkursen.

**Konversion:**

Umwandlung eines Schuldtitels, wobei Ausstattungsmerkmale (Zinssatz, Tilgung, Laufzeit) oder die Verschuldungsform geändert werden.

**Nettodefizit:**

Überhang der Ausgaben über die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts laut Bundesfinanzgesetz bzw. Bundesrechnungsabschluss.

**Neuverschuldung (Nettoveränderung der Finanzschuld):**

Bruttozunahme der Verschuldung abzüglich Tilgungen einschließlich Konversionstilgungen und Kursgewinne.

**Nicht titrierte Finanzschuld:**

Verschuldung in Form von Direktkrediten und Darlehen.

**Nominalverzinsung:**

Jener Zinssatz, der sich auf den Nennbetrag der Verbindlichkeit bezieht (Kupon). Die Nominalverzinsung der Finanzschuld ergibt sich aus den gewichteten Nominalzinssätzen der aushaftenden Verbindlichkeiten des Bundes.

**Pensionsgeschäfte:**

Befristete Übertragung von Wertpapieren des Pensionsgebers an den Pensionsnehmer. Der Pensionsgeber erhält für die Dauer des Pensionsgeschäfts Liquidität im Wert der Anleihe, während der Pensionsnehmer im Gegenzug eine mit dem Wertpapier abgesicherte Veranlagung zu Geldmarktkonditionen tätigt. Im Falle unechter Pensionsgeschäfte ist laut § 50 BWG der Pensionsnehmer berechtigt, aber nicht gezwungen, die Vermögensgegenstände zurück zu übertragen. Unechte Pensionsgeschäfte sind in der Bilanz des Pensionsnehmers auszuweisen.

**Primärsaldo:**

Budgeteinnahmen abzüglich Budgetausgaben ohne Zinszahlungen.

**Rechtsträgerfinanzierungen:**

Kreditoperationen im Namen des Bundes für sonstige Rechtsträger, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist oder für deren Kreditoperationen der Bund die Haftung als Bürge und Zahler übernommen hat (§ 65c BHG i.d.g.F.). Kreditoperationen für sonstige Rechtsträger gelten nicht als Finanzschulden gemäß Bundeshaushaltsgesetz. Bei den öffentlichen Schulden im Sinne von Maastricht sind allerdings Rechtsträgerfinanzierungen des Bundes hinzuzuzählen (Eurostat-Feststellung vom Jänner 2003).

**Restlaufzeit:**

Zeitraum vom Beobachtungszeitpunkt bis zur Endfälligkeit der Verbindlichkeit. Die durchschnittliche Restlaufzeit ergibt sich aus der mit dem aushaftenden Kapital gewichteten mittleren Restlaufzeit der Verbindlichkeiten.

**Schuldformen des Bundes in Fremdwährungen:**

- Anleihen: Fremdwährungsanleihen der Republik Österreich.
- Kredite und Darlehen: Direktkredite und Darlehen in- und ausländischer Banken in Fremdwährung.
- Schuldverschreibungen: Privatplatzierungen der Republik Österreich in Fremdwährung, wobei auf öffentliche Ankündigung und Zeichnungsaufforderung des Publikums verzichtet wird, sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.

**Schuldformen des Bundes in heimischer Währung:**

- Anleihen: Im Auktionsverfahren oder im Wege eines Bankenkonsortiums emittierte Euroanleihen (Linmalemissionen) der Republik Österreich mit fixer Verzinsung und mittel- bis langfristigen Laufzeiten.
- Bankendarlehen: Direktkredite und Darlehen von Banken.
- Bundesobligationen: Von der Republik Österreich mit der Bezeichnung "Bundesobligationen" begebene Einmalemissionen (i. Allg. Privatplatzierungen) sowie Emissionen mit einem Emissionsvolumen bis zu 500 Mio EUR.
- Bundesschatzscheine: Vorwiegend kurzfristige Schuldverschreibungen des Bundes mit fixer Verzinsung, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt oder direkt in die Portefeuilles der Banken übernommen werden und für die zum Teil Konversionsvereinbarungen bestehen.
- Sonstige Kredite: Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften und Parafisci.
- Versicherungsdarlehen: Darlehen der Vertragsversicherungen an den Bund.

**Titrierte Finanzschuld:**

Verschuldung, die vom Inhaber formlos übertragen werden kann (Bundesanleihen, Bundesobligationen, Bundesschatzscheine und Schuldverschreibungen).

**Value-at-Risk:**

Während beim Cashflow-at-Risk eine Flussgröße analysiert wird, zielt das Value-at-Risk auf die Risikoabschätzung einer Bestandsgröße ab. Value-at-Risk zeigt das Verlustpotenzial für das Portfolio (mögliche Marktwert erhöhungen der Verschuldung). Dabei wird – mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit und über einen bestimmten Zeithorizont – abgeschätzt, wie stark sich der Wert eines Portfolios maximal ändern kann.

**Währungstauschverträge (Cross-Currency-Swaps und/oder Zinsswaps):**

Verträge, in denen die Vertragspartner vereinbaren, jeweils die Verpflichtungen (Zinsen- und/oder Tilgungszahlungen) aus Kreditaufnahmen der anderen Partei zu übernehmen. Die aufgrund der Marktstellung erzielten Vorteile für die Vertragspartner werden je nach Bonität und Verhandlungsgeschick aufgeteilt.

**Zinsfixierungszeitraum:**

Der Zinsfixierungszeitraum ist als die Cashflow-gewichtete Restlaufzeit aller fixierter Cashflows definiert, wobei bei variablen Positionen der volle Nominalbetrag am nächsten, bereits fixierten Kupon-Zahltag berücksichtigt wird. Bei Kündigungsrechten wird vom Nutzen dieser Rechte ausgegangen.

## Internationale Finanzhilfemechanismen

### European Financial Stability Facility (EFSF):

Gesellschaft, die bei Bedarf zur Kreditvergabe an Länder des Euroraums Anleihen emittieren kann, für die die Euro-raum-Länder anteilmäßig haften. Ab Mitte 2013 dürfen keine neuen Hilfsprogramme über die EFSF initiiert, sondern nur noch die derzeit laufenden Finanzhilfen fortgesetzt werden.

### European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM):

Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus. Verordnung, durch die die Europäische Kommission im Auftrag der EU Mittel in Höhe von bis zu 60 Mrd EUR aufnehmen und diese als Kredite an EU-Mitgliedstaaten vergeben kann. Der Fortbestand der EFSM ist an das Vorliegen von außergewöhnlichen Ereignissen geknüpft, deren Existenz regelmäßig durch die Europäische Kommission zu überprüfen ist.

### European Stabilisation Mechanism (ESM):

Permanenter Rettungsschirm seit Oktober 2012, der über eine internationale Organisation nach dem Völkerrecht unter strengen Vorgaben Finanzhilfen an Euroländer mit Zahlungsschwierigkeiten gewährt und ab diesem Zeitpunkt sukzessive die Aufgaben der EFSF übernimmt.

## Rentenmarkt

### Einmalemission:

Ausgabe eines bestimmten Nominalbetrags gleichartig ausgestatteter Rentenwerte, die während einer bestimmten Frist (Zeichnungsfrist) gleichzeitig zum Ersterwerb angeboten werden (Anleihen und Bundesobligationen).

### Mengentender:

Auktionsverfahren mit fixem Zinssatz, bei dem die Zuteilung nach der Höhe der gebotenen Volumina der Banken erfolgt.

### Kurstender:

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale Nominalverzinsung und Laufzeit der Emission festgelegt werden und die Zuteilung aufgrund der Kursangebote der Auktionsteilnehmer bestimmt wird. Der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung erfolgt nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren (vorrangige angewandte Emissionstechnik des Bundes).

### Zins- bzw. Renditentender:

Emissionsverfahren bei dem die Ausstattungsmerkmale der Emission (Kurs, Nominalverzinsung) und die Zuteilung aufgrund der Renditeangebote der Teilnehmer bestimmt werden. Die Emissionstechnik bei Bundesanleihen in EUR erfolgt – wie auch das EZB-Tenderverfahren – nach dem amerikanischen Zuteilungsverfahren, bei dem der Zuteilungssatz bzw. -preis der individuellen Bietung entspricht.

## Verzinsung

### EONIA:

Euro OverNight Index Average (Durchschnitt für Taggeldsatz zwischen den Banken).

### EURIBOR:

Euro Interbank Offered Rate (Durchschnitt für Geldmarktsatz bis 12 Monate zwischen den Banken für Euro-Währungen).

### Geldmarktorientierte Verzinsung:

Als Referenzzinssatz wird ein Geldmarktzinssatz (z. B. Drei-Monats-EURIBOR) vereinbart. Die Zinskondition der Verbindlichkeit entspricht sodann dem Referenzzinssatz mit oder ohne Aufschlag bzw. Abschlag.

**LIBOR:**

London Interbank Offered Rate (täglich festgelegter Referenzzinssatz im Interbankengeschäft im Regelfall für Nicht-Euro-Währungen).

**OIS:**

Overnight-Index-Swap (Zinsderivat, bei dem ein Festzins gegen einen (variablen) Overnight-Referenzzins getauscht wird).

**Primärmarktorientierte Verzinsung:**

Als Referenzzinssatz wird eine Emissionsrendite gewählt.

**Sekundärmarktorientierte Verzinsung:**

Als Referenzzinssatz wird eine Sekundärmarktrendite gewählt.

**Sprungfixe Verzinsung:**

Zinsanpassung bei Überschreiten der vertraglich festgelegten Schwankungsbreite des Referenzzinssatzes (i. a. der Sekundärmarktrendite).

**Euroraum-Aggregate**

- Euro-11 = Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien (seit 1.1.1999)
- Euro-12 = Euro-11-Länder inklusive Griechenland (seit 1.1.2001)
- Euro-13 = Euro-12-Länder inklusive Slowenien (seit 1.1.2007)
- Euro-15 = Euro-13-Länder inklusive Malta und Zypern (seit 1.1.2008)
- Euro-16 = Euro-15-Länder inklusive Slowakei (seit 1.1.2009)
- Euro-17 = Euro-16-Länder inklusive Estland (seit 1.1.2011)

**Währungsbezeichnungen**

ATS	= Österreichische Schilling	ISK	= Isländische Kronen
AUD	= Australische Dollar	ITL	= Italienische Lire
BEF	= Belgische Francs	JPY	= Japanische Yen
BRL	= Brasilianische Real	LUF	= Luxemburgische Francs
CAD	= Kanadische Dollar	MXN	= Mexikanische Pesos
CHF	= Schweizer Franken	NLG	= Holländische Gulden
CZK	= Tschechische Kronen	NOK	= Norwegische Kronen
DEM	= Deutsche Mark	NZD	= Neuseeland Dollar
ESP	= Spanische Peseten	PLN	= Polnische Zloty
EUR	= Euro	RON	= Neuer Rumänischer Leu
FRF	= Französische Francs	SKK	= Slowakische Kronen
GBP	= Pfund Sterling	TRY	= Neue Türkische Lira
GRD	= Griechische Drachmen	USD	= US-Dollar
HUF	= Ungarische Forint	XEU	= European Currency Unit
		ZAR	= Südafrikanische Rand

**Zeichenerklärung**

- : **Zahlenwert** ist null bzw. Eintragung ist definitiv unmöglich.
- . : **Zahlenwert** nicht ermittelbar.
- 0 oder 0,0 : Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der letzten angegebenen Dezimalstelle.

## Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte

# 10. SONDERTHEMA

Das folgende Kapitel präsentiert die Hauptergebnisse der von Eva Hauth und Bernhard Grossmann (Mitarbeiter des Büros des Staatsschuldenausschusses) im Auftrag des Staatsschuldenausschusses erstellten Studie „**Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte: Inwieweit limitieren die neuen Obergrenzenbestimmungen deren Haftungsrisiko?**“ Die im Auftrag des Staatsschuldenausschusses erstellten Studien in Langfassung sind auf der Website des Staatsschuldenausschusses (<http://www.staatsschuldenausschuss.at/de/pub/publikationen.jsp>) abrufbar. Die **Ergebnisse und Schlussfolgerungen** müssen nicht im Einklang mit den Einschätzungen des Staatsschuldenausschusses stehen.

## HAFTUNGEN DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN FÜR DRITTE: INWIEWEIT LIMITIEREN DIE NEUEN OBERGRENZENBESTIMMUNGEN DEREN HAFTUNGSRISIKO?

### 10.1 Gegenstand der Studie

Die Themen **staatliche Haftungen** und **Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen** gewannen vor dem Hintergrund der Finanz- und Staatsschuldenkrise an Bedeutung. In **Österreich** trugen die **Erfahrungen über Rettungsmaßnahmen im Bankenbereich** dazu bei, dass Bund, Länder und Gemeinden rechtlich verbindliche **Haftungsobergrenzen** für übernommene Haftungen (Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen etc.) vereinbarten. Im Rahmen des **Österreichischen Stabilitätspakts (ÖStP) 2011**, der rückwirkend mit 1.1.2011 in Kraft trat, wurden bundes- und landesgesetzlich festzulegende Haftungsobergrenzen, Informationspflichten sowie die Bildung von Risikovorsorgen festgelegt. Diese Vorgaben gelten durch den ÖStP 2012 nunmehr unbefristet.

Untersuchungsgegenstand der **vorliegenden Studie** ist die **rechtliche Umsetzung zur Festlegung der Haftungsobergrenzen** bei den einzelnen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) im Hinblick auf **normierte Ziele** im ÖStP (2011 und 2012), **Vergleichbarkeit** der Vorgaben und **Vollständigkeit** der Erfassung sowie auf **Wirksamkeit zur eigenen Risikobegrenzung**.

Die potenzielle budgetäre Belastung aus gegebenen Haftungen (das „**Risiko**“) ergibt sich aus der Kombination der **absoluten Haftungsbeträge** und dem **Ausfallsrisiko des Schuldners**. Die letzten Jahre zeigten, dass die Inanspruchnahme des Haftungsbetrag bei hohen Haftungsständen den Handlungsspielraum einer Gebietskörperschaft gefährden und sich die Eintrittswahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme unter neuen ökonomischen Rahmenbedingungen rasch ändern kann.

Neben den **expliziten Garantien** (bzw. Haftungen) bestehen auch **implizite staatliche Garantien** bei „**systemrelevanten Bereichen**“, bei denen der Staat die Funktion als „insurer of last resort“ („Katastrophenversicherung“) übernimmt. Solche (präventiven) staatlichen Hilfsmaßnahmen können – wie Haftungsinanspruchnahmen – erhebliche budgetäre Belastungen und Risiken darstellen. „Implizite Garantien“ sind in erster Linie im **Bankenbereich** (systemrelevante Kreditinstitute wie beispielsweise UniCredit Bank Austria AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG) und im **gemeinwirtschaftlichen Unternehmensbereich** angesiedelt.

Die Begriffe Garantien und Haftungen werden in der Studie synonym verwendet. Implizite Garantien in Form von Versorgungsansprüchen des Staates im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme sind nicht Gegenstand der Studie.

## Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte

### 10.2 Das Bundeshaftungsobergrenzengesetz 2012

- Das BHOG definierte **erstmalig maximale Gesamtobergrenzen** für jegliche Form von **Haftungen der Bundesebene** (Bund einschließlich im Verantwortungsbereich des Bundes liegende **außerbudgetäre Einheiten**) für die Jahre **2012 bis 2014**. Diese im BHOG festgelegte Obergrenze für die Bundesebene wurde mit **193,1 Mrd EUR oder 63% des BIP** fixiert. **Ohne abreisende Haftungen** beträgt die **Obergrenze rund 175 Mrd EUR oder 57% des BIP**.
- Das BHOG begrenzte die **Ausnützung des Haftungskapitals zu Nominalwerten**. **Haftungen für Zinsen und operative Kosten** sind auf die **Obergrenzen** nicht anzurechnen. Ermächtigungen des Nationalrats zur Begründung von **Vorbelastungen** sind für das BHOG nicht von Bedeutung. Auch eine Ausweitung **vertraglicher Haftungszusagen** oder **Rahmen** geht nicht zwingend mit einer Überschreitung des BHOG einher, da die Ausnützung darunter liegen kann.
- Mit dem BHOG wurden **Haftungsübernahmen von außerbudgetären Einheiten des Bundes**, die der Bundesebene gemäß **ESVG 95** zuzurechnen sind, mit einem **Betrag von 100 Mio EUR** beschränkt. Organisationseinheiten wie **Kammern, Fachhochschulen und Forschungsinstitute** wurden **ausgeklammert**, da sie nicht im primären Verantwortungsbereich des Bundes stehen.
- Das BHOG normierte **Haftungsobergrenzen ohne Risikogewichtung**. Die Festlegung von Haftungsobergrenzen ohne Berücksichtigung unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeiten kann im Hinblick auf das **Vorsichtsprinzip** argumentiert werden und **deckt sich** mit den **Vereinbarungen im ÖStP (2011 und 2012)**.
- In **drei Bereichen** ist die Methode zur Einbeziehung der Haftungen auf Bundesebene aus **ökonomischer Sicht** infrage zu stellen:
  - Es bestehen aus ökonomischer Sicht Aktiv- und Passivhaftungen bei der OeKB zu analogen Geschäftsfällen im Rahmen der **Ausfuhrförderung**, die konsolidiert werden könnten. Dadurch würde sich das Haftungsvolumen des Bundes Ende 2011 **um rund 27 Mrd EUR** reduzieren.
  - Die **Einlagensicherung bei Kreditinstituten** wurde bei einem sicherungspflichtigen Einlagenvolumen von rund **179 Mrd EUR** (Ende 2011) mit nur 7 Mio EUR an Kapital im **BFG 2012** und **BHOG** angesetzt. Aus Autorensicht wäre das Einlagevolumen mit **direkter Ausfallhaftung** des Bundes als Haftung anzuführen (Schätzung: 22 Mrd EUR als Untergrenze) und die niedrige **Grenze im BFG** zu hinterfragen.
  - Bei **Haftungsübernahmen für die ÖBB-Infrastruktur und für EFSF-Garantien** sind **Teile bereits als Maastricht-Schuldenstand des Bundes** verbucht (Ende 2011: 6,7 Mrd EUR) und könnten von den Haftungen abgezogen werden.
- Die **Einhaltung der Haftungsobergrenze** des Bundes in den Jahren 2012 bis 2014 ist zu erwarten: Die Haftungsübernahmen des Bundes (ohne außerbudgetäre Einheiten) für Kapital aus **ökonomischer Sicht** lagen Ende 2011 nach eigenen Recherchen **bei etwa 103 Mrd EUR oder 34% des BIP**. Davon entfielen zumindest 22 Mrd EUR (Schätzung) auf „**direkte Haftungen**“ des Bundes im Rahmen der **Einlagensicherung**. Die erhebliche **Unterschreitung der Obergrenze** (Haftungsobligo betrug Ende 2011 etwa 53% der Obergrenze) erklärte sich aus nicht zur Gänze ausgenützten Haftungsrahmen (v. a. Exportförderung, EFSF), Doppelzählungen aus ökonomischer Sicht (Exportförderung, EFSF, ÖBB-Haftungen) und aus dem Umstand, dass Teile des Finanzmarktstabilitätsgesetzes keine Haftungen darstellten (z. B. Partizipationskapital, Gesellschafterzuschüsse).
- Vom **Haftungsobligo des Bundes aus ökonomischer Sicht** (Ende 2011) entfielen 39% auf Haftungen im Rahmen der **Ausfuhrförderung**, 21% auf direkte Haftungen bei der **Einlagensiche-**

### Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte

rung (Schätzung), 19% auf **krisebedingte Haftungsübernahmen** v. a. zur Refinanzierung der Banken, 18% auf Haftungen zur Finanzierung des **Verkehrs** und 3% auf sonstige Haftungen.

- **Haftungsrückstellungen** sind im Budget dann zu veranschlagen, wenn die **Inanspruchnahme mit überwiegender Wahrscheinlichkeit** (mehr als 50%) **anzunehmen ist**. Die diesbezügliche Dotierung belief sich im BVA 2013 auf 15 Mio EUR. Im **BRA** sind der **Gesamthaftungsrahmen** und der **Ausnützungsstand** (Haftungsobligo) an Kapital des Bundes und der außerbudgetären Einheiten auszuweisen (erstmalig im **BRA 2013**).

## 10.3 Haftungsobergrenzenbestimmungen der Länder und Gemeinden

- Die **Haftungsobergrenzen** für **Länder** wurden vorrangig in Form von **Landtagsbeschlüssen** und jene für **Gemeinden** in Form von **Verordnungen** des Landes festgelegt. Zusätzlich bestehen Normierungen, die die staatlichen Ausfall- und Gewährträgerhaftungen für Landeshypothekenbanken und Gemeindesparkassen beschränken und deren Abreifungsprozess bestimmen.
- Aus der Umsetzung der Vorgaben lassen sich **Charakteristika** ableiten, mehrere Merkmale wurden allerdings auch sehr unterschiedlich ausgestaltet. So definierten die Bestimmungen im Regelfall **risikogewichtete Obergrenzen** für die **Ausnutzung des Haftungskapitals (Obligo ohne Zinsen)** zu Nominalwerten. Im Gegensatz dazu gelten für die Länder Oberösterreich und Tirol sowie für die Gemeinden Oberösterreichs und der Steiermark **Obergrenzen ohne Risikogewichtung**.
- Die **Haftungsobergrenzen**, die den **maximal zulässigen Gesamthaftungsstand der einzelnen Gebietskörperschaft zu Jahresende** determinieren, wurden mit Ausnahme des Landes Oberösterreich **als Relation** zu bestimmten **Einnahmekategorien** – meist zu den öffentlichen Abgaben (Abschnitt 92 des Rechnungsabschlusses) – festgelegt und schließen **außerbudgetäre Einheiten**, die im Verantwortungsbereich der jeweiligen Gebietskörperschaft liegen, vom Grundsatz her ein. Allerdings wurden keine Verfahren zur Festlegung der außerbudgetären Einheiten normiert.
- Die **einzelnen Landes- und Gemeindehaftungen** gehen – im Hinblick auf die Obergrenze – mehrheitlich **gewichtet** in den Gesamthaftungsstand ein. Die **Risikogewichtung** basierte auf dem **Grad der Einflussmöglichkeit** von Ländern und Gemeinden. Haftungen für Einheiten mit beherrschendem Einfluss der Gebietskörperschaften, die im Haftungsportfolio meist dominieren, wurde ein geringes Risiko (i. A. zwischen 0,0 und 0,3) zuerkannt. Durch die Risikogewichtung wurden die **Vorgaben des ÖStP** zur Begrenzung des **Haftungsrisikos wenig restriktiv** umgesetzt.
- **Bankenhaftungen** der Länder wurden – außer in Nieder- und Oberösterreich – von den allgemeinen Haftungsobergrenzen **ausgenommen** und erhöhen durch ihre Abreifung den Handlungsspielraum nicht. Von den Landeshaftungen (inkl. Wien) bestanden Ende 2011 knapp drei Viertel (51,7 Mrd EUR) gegenüber Banken – einschließlich der Haftung des Landes Kärnten für die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in Höhe von 17,5 Mrd EUR. Die **Ausfall- und Gewährträgerhaftungen** gegenüber den Landeshypothekenbanken und Gemeindesparkassen reifen gemäß einer EU-Vorgabe größtenteils bis zum Jahr 2017 ab.
- **Risikovorsorgen** sind gemäß ÖStP (2011 und 2012) zu bilden, wenn eine Inanspruchnahme überwiegend wahrscheinlich ist. In manchen Ländern und Gemeinden wurden Haftungen mit niedrigen Risikogewichten gänzlich von der Risikovorsorge **ausgenommen**. Die **Dotierung** der Risikovorsorge erfolgt in Form zweckgewidmeter Rücklagen oder Vermögenswerte.
- Die einzelnen **Bestimmungen** zu den Haftungsobergrenzen für Länder und Gemeinden **variierten** sowohl beim **Geltungsbereich** der Haftungsobergrenzen (normierte Einschränkungen in Bezug auf die Haftungsgeber (ohne außerbudgetäre Einheiten im Burgenland und Wien sowie bei

## Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte

den oberösterreichischen Gemeinden) und auch Haftungsnehmer (z. B. ohne bestimmte Eigenunternehmen wie die Kärntner Landesholding) ebenso wie bei der **Ermittlung der Haftungswerte** (Höhe und Zuordnung der Risikogewichte etc.). In Summe setzte sich die **Haftungsobergrenze der Länder und Gemeinden** (einschließlich außerbudgetärer Einheiten) zum Jahresende 2012 von **31 Mrd EUR oder 10% des BIP** aus den einzelnen risikogewichteten (12 Mrd EUR) und nicht risikogewichteten (19 Mrd EUR) Haftungslimits zusammen. Davon betrug die Haftungsobergrenze der Länder (inkl. Wien) 23 Mrd EUR, jene der Gemeinden (ohne Wien) 8 Mrd EUR.

- Von einer **Einhaltung der Haftungsobergrenzen im Jahr 2012** kann **trotz höherem Haftungsbbligo** der Länder und Gemeinden ausgegangen werden: Nach amtlichen Informationen überschritten Ende 2011 die **Haftungsübernahmen der Länder und Gemeinden** (ohne Risikogewichtung, inkl. Bankenhaftungen) mit 77 Mrd EUR oder 26% des BIP die für Ende 2012 definierten **Haftungsobergrenzen** von insgesamt 31 Mrd EUR beträchtlich, die sich aus **risikogewichteten** und **nicht risikogewichteten Limits** zusammensetzten und **Bankenhaftungen** – von Nieder- und Oberösterreich abgesehen – nicht einbezogen. Ende 2011 entfiel über 50% des **Haftungsbbligos der Länder und Gemeinden** auf **Landesbanken** (ohne Nieder- und Oberösterreich) mit einem Volumen von 42 Mrd EUR, das bei den Obergrenzenbestimmungen nicht einbezogen wurde. Ferner wurde der anrechenbare Wert der Einzelhaftungen durch die **Risikogewichtung** erheblich reduziert.

### 10.4 Kenngrößen zum Haftungsbbligo der Gebietskörperschaften

- Die jährlichen **Einnahmen** der Bundesebene nach ESVG 95 (konsolidiert) von rund 70 Mrd EUR (23% des BIP) deckten 2011 beinahe 70% der **Haftungsübernahmen des Bundes** aus ökonomischer Sicht von 103 Mrd EUR (34% des BIP) und 36% des **Maximalhaftungsvolumens laut BHOG** von 193,1 Mrd EUR (63% des BIP). Der **Schuldenstand der Bundesebene laut Maastricht** betrug Ende 2011 rund 189 Mrd EUR oder 63% des BIP.
- Für die **Landes- und Gemeindeebene** betrug der **Schuldenstand laut Maastricht** Ende 2011 in Summe 27 Mrd EUR oder 9% des BIP und die **Gesamteinnahmen** (2011) 36 Mrd EUR oder 12% des BIP. Das Volumen der **Haftungsübernahmen** der Länder und Gemeinden in Höhe von 77 Mrd EUR oder 26% des BIP (Ende 2011; ohne außerbudgetäre Einheiten) war durch die jährlichen **Gesamteinnahmen** etwa zur  **Hälfte** gedeckt.
- Die **subsektoralen Relationen** im Bereich **Haftungen** und **Verschuldung** waren im Jahr 2011 durch große Diskrepanzen geprägt: Während der Beitrag der Landes- und Gemeindeebene (ohne außerbudgetäre Einheiten) zum gesamtstaatlichen Haftungsbbligo Ende 2011 43% (bzw. jener der Bundesebene 57%) betrug, lag der Anteil der Landes- und Gemeindeebene am Schuldenstand des Staates bei 12% (bzw. der Bundesebene bei 88%).

### 10.5 Schlussfolgerungen und Erweiterungsvorschläge

- Die **Haftungsübernahmen der Gebietskörperschaften** in Österreich stehen im Zusammenhang mit **wirtschaftspolitisch bedeutenden Aktionsfeldern**: Durch staatliche Haftungen werden **Sicherheiten und Finanzierungserleichterungen** für unternehmerische Projekte bereitgestellt (z. B. Außenhandelsförderung, Garantieübernahmen für Infrastrukturunternehmen etc.) und Maßnahmen zur **Stabilisierung der Finanzmärkte** umgesetzt (z. B. Einlagensicherung, EFSF, FinStaG).
- Bei einigen **Bundesländern** lag 2011 das Haftungsvolumen um ein Vielfaches (bis zum 20-Fachen) über den Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (Abschnitt 92), wodurch der **Haushalt bei einer vermehrten Inanspruchnahme überfordert** sein könnte. Allerdings werden Landeshaftungen (inklusive Wien) **gegenüber Banken**, die Ende 2011 etwa drei Viertel der Gesamt-

### Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte

summe ausmachen, bis zum Jahr 2017 abreifen. Eine nähere Untersuchung der Ausfallrisiken erfolgte im Rahmen dieser Studie nicht.

- Auf **Gemeindeebene** dürfte ein beträchtlicher Teil des budgetären Risikos in Form von **Eventualverpflichtungen durch Beteiligungen** bestehen, die nicht Gegenstand des Haftungsnachweises sind (implizite Garantien) oder nicht erfasst werden.
- Auf **Bundesebene** ist zu bedenken, dass dem Zentralstaat die **makroökonomische Aufgabe als „insurer of last resort“** („Katastrophenversicherung“) zukommt. Solche (impliziten) **Garantien** stellen schwer abschätzbare und im Zeitablauf variierende Risiken dar, die zusätzlich zu berücksichtigen wären. Solche Garantien sind in erster Linie im Bereich der **„strategischen Infrastruktur“ (Bankenbereich und im gemeinwirtschaftlichen Unternehmensbereich)** angesiedelt.
- Durch die **Vereinbarungen im ÖStP (2011 und 2012)** wurde **erstmalig erreicht**, dass **alle Gebietskörperschaften** bereit waren, **eigene Haftungsobergrenzen** festzulegen und höhere Transparenzanforderungen im Hinblick auf Staatshaftungen zu akzeptieren. Die Vorgaben für die Umsetzung der Vereinbarung ließen aber **Spielraum**. Methodische Vorgaben zur Festlegung der Haftungsobergrenzen, zu deren Bewertung und zur Begriffsabgrenzung (z. B. sonstige Eventualverbindlichkeiten) fehlen weitgehend. Auch wurde im ÖStP (2011 und 2012) weder ein rechtsverbindlicher **Evaluierungsprozess** bezüglich der Einhaltung der Haftungsobergrenzen noch ein Anpassungsprozess im Überschreitungsfall geregelt.
- Die **Risikobegrenzung sollte durch die Obergrenzenbestimmungen der Gebietskörperschaften greifen**. Einschränkungen ergeben sich allerdings durch den **partiellen Ansatz** (Haftungen als Teil der Eventualverbindlichkeiten) und dadurch, dass die **gesetzten Obergrenzen** (in absoluten und relativen Größen) **leicht** von den Gebietskörperschaften **einzuhalten** sein dürften. Allerdings dürften die **Erfahrungen** im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die **höheren Transparenzvorgaben** dazu beitragen, dass Kosten-Nutzen- und Risikoüberlegungen bei Haftungszusagen verstärkt zum Tragen kommen.
- Die **Fiskalrahmenrichtlinie** der EU, die bis **Ende 2013** umzusetzen ist, beschränkte sich nicht auf Haftungen, sondern sah Transparenzvorgaben für „(explizite) **Eventualverbindlichkeiten**“ vor, die sich erheblich auf die öffentlichen Finanzen auswirken können. Diese Bestimmungen dürften auch Eventualrisiken durch Aktiva (z. B. Darlehensgewährungen) beinhalten. **Hohe Eventualverbindlichkeiten** stellen in Kombination mit bereits **hohen Staatschuldenquoten** eine nicht zu unterschätzende **Gefahrenquelle für die Bonitätseinstufung** eines Landes dar. Die Festlegung von **Haftungsobergrenzen** und **hohe Transparenz** über alle Formen von Haftungen sind daher **ein wichtiger Schritt zur Verringerung von Budgetrisiken**.
- Aus **Risikosicht** ist hervorzuheben, dass die **ökonomische Grenzziehung zwischen Haftungen** (z. B. EFSF), **strategischen Beteiligungen** (z. B. Partizipationskapital, ESM, Infrastrukturunternehmen, Landesbanken) oder sonstigen **strategischen Veranlagungen (z. B. Darlehensgewährung)** **unscharf** ist. In den Obergrenzenbestimmungen der **Gebietskörperschaften wurden Eventualrisiken** in Form von **Beteiligungen** oder **Darlehensgewährungen** mit Zuschussbedarf oder Ausfallrisiko nicht berücksichtigt. Das **maximale ESM-Risiko** für die Republik Österreich beträgt **19,5 Mrd EUR** (Österreich-Anteil am eingezahlten und abrufbaren Stammkapital).
- Zur leichteren Beurteilung der **Kosten-Nutzen-Relationen** von öffentlichen Haftungsübernahmen und aus Sicht der **Transparenz** wären öffentliche Informationen von den Haftungsnehmern über ihre Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Lage (z. B. Geschäftsberichte) einzufordern.
- In den **Bestimmungen** der Länder und Gemeinden zu den **Haftungsobergrenzen** blieben einige bedeutende **Aspekte un geregelt oder wenig spezifiziert** (z. B. Festlegung der außerbudgetären Rechtsträger, Ermittlung von Risikovorsorgen, Verfahren und Sanktionsmechanismen bei Überschreitung der Obergrenze, Verfahren zur landesweisen Koordination). Solche Budgetprozesse

### Haftungen der Gebietskörperschaften für Dritte

wären im Rahmen von „Haushaltsrechten“ auf Länder- und Gemeindeebene zu verankern und zu harmonisieren.

- **Wettbewerbs- und budgetneutrale staatliche Haftungsübernahmen** müssten, um eine Internalisierung der erwarteten Kosten zu erreichen, mit **risikogerechten Prämien** ausgestattet werden. Im BHG 2013 ist eine **Prämienobergrenze von 1% des Haftungsvolumens** normiert, die bei risikoreichen Haftungen zu niedrig sein dürfte. Deutlich höhere Prämien von bis zu 10% des Haftungsvolumens wurden im Rahmen des nationalen Bankenhilfspakets (z. B. Asset-Haftungen) vorgeschrieben, um dem EU-Wettbewerbsrecht zu entsprechen. **Evaluierungen der Haftungsprämien** auf ihre Budgetneutralität erscheinen zweckmäßig. Auf Länder- und Gemeindeebene existieren **keine allgemeinen Bestimmungen** zu Haftungsentgelten.
- Die **Durchsetzbarkeit der Obergrenze bei außerbudgetären Organisationen** auf Basis der derzeitigen Bestimmungen ist **fraglich**. **Haftungsgrenzen** bei außerbudgetären Organisationen, die nach den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften agieren, **wären notwendig** und müssten zusätzlich durch eigene Regelungen und/oder Beschlüsse normiert werden.
- Ein **wichtiger Schritt**, um das Risiko für die Gebietskörperschaft **durch staatsnahe Einbeiten besser einschätzen zu können**, wären **verpflichtende Ausgliederungsberichte**. Solche Ausgliederungsberichte sollten umfassende Information über die (budgetäre) **Vernetzung zwischen den Gebietskörperschaften und ihren Beteiligungen** (z. B. Ausweis der Zahlungsströme, der Beteiligungsverhältnisse, der Haftungen, des Schuldenstands, des Eigenkapitals etc. jeweils pro Unternehmen) enthalten. Gegenwärtig erstellt nur der Bund einen Ausgliederungsbericht.
- **Um Fehleinschätzungen zu vermeiden**, wäre ein **einheitlicher Ausweis der Haftungen** von Bund, Ländern und Gemeinden (zu Nominalwerten ohne Einbeziehung aller Zinsen und Kosten und/oder zum Gegenwartswert der Forderung) in allen Veröffentlichungen zweckmäßig. Aus finanzmathematischer Sicht ergibt sich der Wert der Haftungen (ohne Risikobetrachtung) aus dem **Gegenwartswert** („Marktpreis“) aller ausstehenden Zahlungsströme (Kapital und Zinsen) zum jeweiligen Stichtag. Eine Darstellung der Haftungen unter **Einbeziehung (Kumulierung) aller Zinszahlungen in den Gesamthaftungsstand zu Nominalwerten** ergibt **überhöhte Volumina**, die bei Inanspruchnahme der Haftung zum Stichtag nicht zu leisten wären.
- Umfangreiche Eventualrisiken erfordern ein **umfassendes, strategisches und laufendes Risikomanagement mit Evaluierung von Eintrittswahrscheinlichkeiten** und Abwägung von **Systemrisiken**, das durch **Haftungsobergrenzengesetze** unterstützt, aber nicht ersetzt werden kann. Die Finanz- und Schuldenkrise zeigte, dass (explizite und implizite) Haftungen unerwartet und in großem Umfang schlagend werden können und Spillover-Effekte zum Tragen kommen.
- Das **Anforderungsprofil** an ein derart umfassendes **Risikomanagement** sollte an die Höhe und den Grad der Komplexität der Portfolios angepasst sein und den Verwaltungsaufwand möglichst gering halten. Als Instrumente würden sich z. B. Stress-Testing und Szenarioanalysen anbieten. Insgesamt erscheinen einheitliche Mindeststandards (für Bund und Länder und aggregiert für die Gemeinden pro Bundesland) zweckmäßig:
  - Auf Bundesebene normieren das **BHG 2013** und das **BHOG** Ansätze für ein **Risikomanagement** (Informations- und Meldeverpflichtungen des Schuldners, Haftungsobergrenzen, Controllingberichte, Bildung von Rückstellungen für Haftungen bei Ausfallwahrscheinlichkeiten von mehr als 50% etc.), die **noch ausgebaut werden könnten (bundesweites strategisches Risikomanagement)**.
  - Auf Länder- und Gemeindeebene **wurden bislang Budgetordnungen**, die haushaltsrechtlich Prozesse und Kompetenzen im Detail festlegen, **kaum bzw. sehr rudimentär verabschiedet**. Hier müssten im Regelfall **Risiko-Management-Standards** noch rechtlich fixiert werden.



**STAATSSCHULDENAUSSCHUSS**